

Täter-Opfer-Ausgleich bei häuslicher Gewalt

**Inaugural-Dissertation
zur
Erlangung der juristischen Doktorwürde**

**dem
Fachbereich Rechtswissenschaften
der Philipps-Universität zu Marburg**

**vorgelegt von
Akiko Hotta**

Assessorin aus Luxemburg

**Marburg
2010**

Als Dissertation von dem Fachbereich Rechtswissenschaften

angenommen am: 21. 05. 2010

Berichterstatter: Professor Dr. Rössner
Mitberichterstatter: Professor Dr. Safferling

Tag der mündlichen Prüfung: 11. 06. 2010

Vorwort

Die vorliegende Arbeit ist dem Fachbereich Rechtswissenschaften der Philipps-Universität Marburg im Sommersemester 2010 als Dissertation vorgelegt worden.

Besonderen Dank möchte ich meinem Doktorvater Professor Dr. Dieter Rössner aussprechen, der mich nicht nur mit Rat und Tat, sondern stets freundlich und außerordentlich geduldig unterstützte. Für die Erstellung des Zweitgutachtens danke ich Herrn Professor Dr. Christoph Safferling.

Weiterhin möchte ich mich bei Herrn Prof. Dr. Heinrich Menkhaus bedanken, der meinen Aufenthalt in Deutschland maßgeblich erleichtert hat. Bei den Herren Prof. Dr. Koichi Miyazawa und Prof. Tatsuya Ota der japanischen Keio Universität bedanke ich mich dafür, Gelegenheit zum Studienaufenthalt in Deutschland erhalten zu haben sowie für die weitere Unterstützung. Ferner bin ich dem DAAD für die finanzielle Unterstützung meiner Arbeit dankbar.

Darüber hinaus danke ich meiner Freundin Eva Nonnast für Beratung und Berichtigung in Fragen der deutschen Sprache.

Abschließend bedanke ich mich bei meiner Familie, die mir jederzeit geduldig und voller Optimismus den Rücken gestärkt hat.

Marburg, im Juni 2010

Akiko Hotta

Inhaltsverzeichnis

A) Einleitung	1
B) Erstes Kapitel: Täter-Opfer-Ausgleich in der allgemeinen Strafrechtspraxis	3
I. Einordnung des Begriffs	3
1) Mediation	3
2) Konfliktregelung	4
3) Wiedergutmachung	5
4) Täter-Opfer-Ausgleich	6
II. Rechtsgrundlagen des § 46 a StGB	8
1) Allgemeine Voraussetzungen und Anwendungsbereich des § 46 a StGB	9
2) Voraussetzungen des § 46 a StGB Nr. 1 StGB	15
3) Voraussetzungen des § 46 a StGB Nr. 2 StGB	18
4) Rechtsfolgen des § 46 a StGB	20
III. Der Sachverhalt des Täter-Opfer-Ausgleichs	
– Basierend auf der bundesweiten TOA-Statistik –	23
1) Beteiligte Einrichtungen	23
2) Verlauf des TOAs	27
3) Behandelte Delikte und erlittene Schäden	30
4) Beschuldigte und Geschädigte	33
5) Gesprächsformen des TOAs	42
6) Ergebnis des TOAs	45
7) Vorläufige Betrachtung	50

C) Zweites Kapitel: Täter-Opfer-Ausgleich bei häuslicher Gewalt	51
I. Problemstellung	51
II. Gegenwärtige Situation häuslicher Gewalt	53
III. Maßnahmen gegen häusliche Gewalt	66
1) Strafrechtliche Kontrolle (Strafverfahrensmodell)	66
2) Zivilrechtliche Kontrolle nach dem Gewaltschutzgesetz (Zivilklagemodell)	71
3) Konfliktregelung durch Täter-Opfer-Ausgleich (Konfliktregelungsmodell)	74
IV. Täter-Opfer-Ausgleich im Rahmen des HAIPs	81
1) Konzeption des HAIPs	81
2) Der Sachverhalt des TOAs – Im Rahmen des HAIPs –	83
a) Abgeschlossene Fälle	83
b) Täter und Opfer	88
c) Delikte	93
d) Fallzuweisung	95
e) Dauer der HAIP-Fälle	97
f) Vorläufige Betrachtung	100
D) Drittes Kapitel: Zusammenfassung und Folgerungen	101
Literaturverzeichnis	106

A) Einleitung

Vor nahezu 15 Jahren wurde § 46 a StGB eingeführt, wo Täter-Opfer-Ausgleich (TOA) und eine qualifizierte Form der freiwillige Wiedergutmachung gesetzlich geregelt wurden. 1999 wurde noch das Gesetz zur strafrechtlichen Verankerung des Täter-Opfer-Ausgleichs in die StPO eingefügt, das eine einfachere und häufigere Anwendung des TOAs ermöglichen soll. Parallel zu dieser gesetzlichen Entwicklung sind im praktischen Bereich zahlreiche Projekte durchgeführt worden, die von der Möglichkeit des TOAs Gebrauch machen. Der in Kapitel II dieser Arbeit ausführlich erörterte „Täter-Opfer-Ausgleich bei häuslicher Gewalt“ liegt allgemein im Trend des sich ausbreiteten TOA-Konzepts.

Der seit Mitte der 1980er Jahre thematisierte TOA ist im Vergleich zum herkömmlichen Strafverfahren, wo der Täter im Mittelpunkt steht, eine umwälzende Entwicklung. Seitdem wird der TOA, bei dem die Betroffenen in einem mediativen Verfahren den Konflikt individuell eigenverantwortlich aufarbeiten, ständig mit scharfer Kritik konfrontiert. Von Anfang an wurde skeptisch beobachtet, ob ein weiches Verfahren wie die Mediation in einem als klar und fest geltenden Strafverfahren gelingen kann. Zahlreiche TOA-Projekte haben jedoch bisher gezeigt, dass der TOA in Konfliktsituationen oftmals positive Ergebnisse erzielen kann. Aufgrund dessen ist der TOA Schritt für Schritt in der deutschen Strafrechtspraxis rechtstaatlicher aufgenommen worden. Dadurch gewinnt die Frage an Brisanz, inwiefern die Flexibilität, die dem mediativen Verfahren innewohnt, in der Strafrechtspraxis unter Berücksichtigung rechtsstaatlicher Grundsätze des Strafverfahrens zugelassen werden darf. Zur Beantwortung dieser Frage können nicht nur theoretische Erkenntnisse, sondern auch eine genaue Untersuchung der praktischen Umsetzung des TOAs beitragen.

Von diesem Standpunkt aus wird im ersten Kapitel dieser Arbeit der Täter-Opfer-Ausgleich in der allgemeinen Strafrechtspraxis betrachtet. Zunächst werden einige Begriffe eingeordnet, die zur restitutiven Konfliktlösung beitragen. Anschließend werden Rechtsgrundlage und Rechtsfolgen des § 46 a StGB diskutiert. Nachdem ein grundsätzliches Verständnis der rechtlichen Struktur des § 46 a StGB gegeben ist, wird im letzten Abschnitt dieses Kapitels eine genaue Untersuchung der praktischen Umsetzung des TOAs, basierend auf der TOA-Statistik 2002, durchgeführt.

Im zweiten Kapitel wird der TOA bei häuslicher Gewalt als ein eher neues Konzept des TOAs ausführlich erörtert. Wie oben erwähnt, distanzierte man sich in der Strafrechtsgeschichte lange Zeit vom TOA als unklarer Methode. Häusliche Gewalt wurde und wird noch heute von den Strafverfolgungsbehörden eher als Privatsache betrachtet und es wird passiv reagiert. Die Einführung des TOAs als Verfahren im Bereich häuslicher Gewalt ist also ein doppeltes Wagnis im Rahmen der herkömmlichen Strafrechtspraxis. Eine genaue Untersuchung dieses bahnbrechenden Verfahrens kann meiner Meinung nach sowohl die Grenzen als auch weitere Möglichkeiten des TOAs ausloten. Das kann zweifellos zu einer verbesserten Einschätzung des Potenzials des TOAs und dadurch zu einer angemessenen Ausbreitung beitragen.

In Japan wird in letzten zehn Jahren heftig diskutiert, ob und wie die Stellung des Opfers im Strafverfahren gestärkt werden kann. Dadurch wurde zwar ein Schritt in Richtung des materiellen Schutzes des Opfers getan, jedoch wird zum großen Teil noch immer nicht der Standpunkt vertreten, dass eine Straftat als Konflikt anzusehen und durch ein mediatives Verfahren aufzuarbeiten ist. Das Beispiel „TOA bei häuslicher Gewalt“ in Deutschland scheint mir besonders geeignet aufzuzeigen, dass sogar in stark tabuisierten Bereichen positive Ergebnisse erzielt werden können. Das kann evtl. auch zu einem Umdenken in anderen Bereichen führen. Eine Vorschrift wie der § 46 a StGB sollte auch in das japanische Strafgesetz eingeführt werden. Es ist zu hoffen, dass meine Arbeit über die Situation in Deutschland dazu beitragen kann.

B) Erstes Kapitel: Täter-Opfer-Ausgleich in der allgemeinen Strafrechtspraxis

I. Einordnung des Begriffs

In der deutschen Literatur existieren verschiedene Begriffe, die im Zusammenhang mit restitutiver Konfliktlösung verwendet werden. Das führt bei Personen die im kriminalpolitischen Bereich arbeiten, insbesondere wenn es sich dabei um Ausländer handelt, leicht zu Unklarheiten. Daher möchte ich in diesem Abschnitt, noch vor der Betrachtung der Rechtsgrundlagen des § 46 a StGB, die Termini *Mediation*, *Konfliktregelung*, *Täter-Opfer-Ausgleich* und *Wiedergutmachung* im strafrechtlichen Kontext verdeutlichen. Das wird später bei der Auslegung des § 46 a StGB von Nutzen sein.

1) *Mediation*

Unter *Mediation* versteht man eine Vermittlung, bei der eine außergerichtliche oder alternative Streitbeilegung unter Anleitung eines oder mehrerer Vermittler durchgeführt wird¹. Außergerichtliche Streitbeilegungen werden am häufigsten im Zivilrecht durchgeführt, vor allem im Familienrecht z.B. bei der Scheidungsmediation. Aber auch in anderen Rechtsgebieten wie dem Arbeits-, Verwaltungs- und Strafrecht, gewinnt die Mediation heutzutage immer mehr an Bedeutung². Mediation ist eine Form der Vermittlung mit dem Ziel einer Einigung verschiedener Parteien in einem Konflikt, deren Besonderheit darin besteht, dass die Parteien freiwillig eine faire und rechtsverbindliche Lösung durch Unterstützung eines Mediators auf der Grundlage rechtlicher, wirtschaftlicher, persönlicher und sozialer Gegebenheiten und Interessen erarbeiten³. Mediation kann also zur konstruktiven Konfliktlösung beitragen und bietet dem Täter im strafrechtlichen Bereich die Möglichkeit, die aus der Tat resultierende Verletzung des Opfers anzuerkennen und das Opfer zu entschädigen⁴. Mediation kann jedoch keine anwaltliche Vertretung, Beratung bzw. keine Schlichtung umfassen. Bei der Mediation liegt die Konfliktlösung also allein in den Händen der Konfliktparteien und beruht auf einer umfassenden Freiwilligkeit. Bei Konfliktlösungen im strafrechtlichen Rahmen ist

¹ Stempel 1998, S. 9 ff.

² Bannenberg 1999, S. 14

³ Stempel 1998, S. 12 ff.

⁴ Bannenberg 1999, S. 16

dagegen zu berücksichtigen, dass eine autonome Konfliktlösung nach einer Straftat davon lebt, dass im Hintergrund Zwangsmittel bereitgehalten und im Notfall zum Schutz des Schwächeren aktiviert werden können⁵. Das heißt, Konflikte werden im strafrechtlichen Bereich immer mit Blick auf das Legal- und das Officialprinzip geregelt und daher wird die Freiwilligkeit der Konfliktparteien infolgedessen unvermeidbar eingeschränkt⁶. Daraus folgt, dass Vermittlung im Strafrecht besser nicht als *Mediation* bezeichnet werden sollte.

2) *Konfliktregelung*

Neben der *Mediation* wird auch der Begriff der *Konfliktregelung* in der deutschen Literatur vielfach verwandt. Im Unterschied zur Mediation scheint bei der Konfliktregelung eher eine strafrechtliche Nuance vorzuherrschen⁷. Es geht um eine umfassende Wiederherstellung des sozialen Friedens bzw. die Befriedung des durch die Straftat ausgelösten oder ihr zugrunde liegenden Konflikts⁸. Der Begriff Konfliktregelung begreift also die Straftat als Konflikt und benennt als Ziel u. a. die Möglichkeit einer Wiedergutmachung. Dabei tritt jedoch das Element der persönlichen Begegnung zwischen Täter und Opfer, das den Konflikt in einem Ausgleichsgespräch regelt, in den Hintergrund⁹. Der Begriff der Konfliktregelung wird in der kriminalpolitischen Diskussionen bevorzugt von Vertretern justizkritischer Positionen und auch im Bereich der Opferhilfe benutzt¹⁰. Der Begriff Konfliktregelung umfasst im strafrechtlichen Rahmen also nur einen Teilaspekt des Oberbegriffs Konfliktregelung¹¹ und ermöglicht daher vielfältige Auslegungen. Wenn man über restitutive Konfliktbearbeitungen, vor allem im strafrechtlichen Rahmen, exakt diskutieren will, sind Begriffe wie *Wiedergutmachung* oder *Täter-Opfer-Ausgleich* passender. Diese beiden Termini werden im nächsten Abschnitt ausführlich erörtert.

⁵ Bannenberg 1999, S. 17

⁶ Rössner in: FS für J.Baumann, S. 269 ff.

⁷ Dehalb behauptet Bannenberg, dass eine Vermittlung im Strafrecht besser nicht Mediation sondern Konfliktregelung genannt werden sollte. Bannenberg 1999, S. 17

⁸ Steffens 1999, S. 9

⁹ Bannenberg 1999, S. 21

¹⁰ Steffens 1999, S. 10

¹¹ Bannenberg 1993, S.3; Steffens 1999, S. 10

3) Wiedergutmachung

Im Vergleich zur *Konfliktregelung* und zum *Täter-Opfer-Ausgleich* wird bei der *Wiedergutmachung* die vom Täter zu erbringende Leistung in den Vordergrund gestellt¹². Diese Leistung soll freiwillig erbracht werden und zielt auf die Wiederherstellung des Rechtsfriedens ab¹³. Dabei steht aber nicht der zivilrechtliche Schadensersatz im Vordergrund. Viel mehr wird persönlicher Einsatz vom Täter gefordert, welcher gegenüber dem Opfer und der Gesellschaft Verantwortung für die Tat übernimmt und sich um den Ausgleich der Folgen der Tat bemüht¹⁴. Der AE-WGM¹⁵ definiert in § 1 Abs. 1 den Begriff Wiedergutmachung als Ausgleich der Folgen der Tat durch eine freiwillige Leistung seitens des Täters, die in erster Linie zugunsten des Opfers erfolgen soll¹⁶. Bei Verwendung des Begriffs der Wiedergutmachung wird also großer Wert auf den äußeren Sachverhalt materieller bzw. immaterieller Ausgleichsleistungen von Seiten des Täters gelegt. Als materielle Leistungen werden z. B. Schadensersatz oder Schmerzensgeld gezählt und als immaterielle Leistungen gelten z. B. Entschuldigungen¹⁷. Diese materiellen und immateriellen Leistungen werden normalerweise miteinander verknüpft¹⁸. Im AE-WGM wird auch erklärt, dass eine Wiedergutmachung auch als symbolischer Akt gegenüber der Allgemeinheit in Betracht kommt, wenn eine Wiedergutmachung zugunsten des Opfers nicht möglich ist, keinen Erfolg verspricht oder für sich allein nicht ausreicht¹⁹. Diese *Symbolische Wiedergutmachung* kann unterschiedlich ausgelegt werden und wird in der Forschung heftig diskutiert. Auf mögliche Inhalte einer symbolischen Wiedergutmachung werde ich im zweiten Abschnitt dieses Kapitels (*Rechtsgrundlage des Täter-Opfer-Ausgleichs*) ausführlich eingehen.

In der Literatur kann man neben dem Begriff *Wiedergutmachung* auch den der *Schadenswiedergutmachung* finden. Steffens hat diese beiden Begriffe genau analysiert. Mit *Schadenswiedergutmachung* wird im Vergleich zur

¹² Bannenberg 1993, S. 6

¹³ Steffens 1999, S. 13 ; Bannenberg, 1999, S.20

¹⁴ Steffens 1999, S. 13

¹⁵ Alternative Entwurf Wiedergutmachung, s. Rössner, in: Marks u. a. 1993, S. 341 ff.

¹⁶ Baumann u.a., 1992

¹⁷ Steffens 1999, S. 13

¹⁸ Steffens 1999, S. 13

¹⁹ Baumann u.a. 1992

Wiedergutmachung oft ausschließlich finanzieller Schadensersatz assoziiert und der Aspekt der prozesshaften Aussöhnung zwischen Täter und Opfer bleibt ausgeklammert²⁰. Das heißt, die Schadenswiedergutmachung bezieht sich im engeren Sinne ausschließlich auf die Ergebnisdimension und steht lediglich für den Ausgleich der Tatfolgen²¹. Nach Steffens kann der Begriff *Schadenswiedergutmachung* erst zur umfassenden *Wiedergutmachung* erweitert werden, wenn ihr ein personales Element wie im Täter-Opfer-Ausgleich hinzugefügt wird²². Hieraus folgt, dass die *Wiedergutmachung* als ein umfangreicherer strafrechtlicher Begriff, der die Elemente *Täter-Opfer-Ausgleich* und *Schadenswiedergutmachung* weitgehend umfasst, definiert werden kann.

4) Täter-Opfer-Ausgleich

Der Begriff *Täter-Opfer-Ausgleich* (TOA) ist gegenüber der oben genannten Wiedergutmachung enger gefasst²³. Zwar überlagern sich beide Begriffe in weiten Teilen, da auch der TOA den äußeren Sachverhalt materieller und immaterieller Ausgleichsleistungen erfüllt, jedoch ist beim TOA das personale Element der Kommunikation zwischen den Personen, die an der Straftat beteiligt sind, von besonderer Bedeutung²⁴. Beim TOA findet ein persönliches Gespräch zwischen Täter und Opfer u.a. über die Tat und die Tatfolgen mit dem Ziel einer Konfliktregelung statt²⁵. Der TOA ist keine bloße Schadensregulierung, sondern er bietet auch die Chance, beim Opfer seelische Belastungen abzubauen und sein Vertrauen in die Rechtsordnung wiederherzustellen²⁶. Der Unterschied zwischen den Begriffen Wiedergutmachung und TOA besteht also darin, dass beim TOA ein kommunikativer Prozess zwischen Täter, Opfer und ggf. dritten Personen unerlässlich ist, während bei der Wiedergutmachung die vom Täter zu erbringende Leistung im Vordergrund steht. Dölling definiert den TOA als eine Bewältigung von Straftaten durch Konfliktregelung zwischen Täter und Opfer, insbesondere

²⁰ Steffens 1999, S. 14

²¹ Dazu: Kilchling 1996, S. 309 ff.

²² Steffens 1999, S. 14: Im Unterschied zum Steffens werden die Termini *Wiedergutmachung* und *Schadenswiedergutmachung* oft undifferenziert verwandt: z. B. Bannenberg 1999, S. 20

²³ Steffens 1999, S. 12

²⁴ Bannenberg 1999, S. 20; Bannenberg, 1993, S.5; Steffens, 1999, S. 11

²⁵ Meier GA 1999, S. 1 ff.

²⁶ So definiert in der Begründung zum 1. JGGÄndG: s. BT-Druks. 11/5829, S. 17

durch eine Schadenswiedergutmachung²⁷. Diese Definition zeigt, dass die Begriffe TOA und Wiedergutmachung bzw. Schadenswiedergutmachung ganz eng miteinander verknüpft sind. In § 46 a StGB werden beide Termini verwandt. Basierend auf den bisherigen Betrachtungen wird im nächsten Abschnitt die Rechtsgrundlage des § 46 a StGB erörtert.

²⁷ Dölling 1992, S. 493 ff.; Kilchling definiert TOA als „einen Weg zur Wiedergutmachung“ wobei der TOA alle denkbaren Restitutionsformen umfasst. s. Kilchling 1996, S. 309, 311; Steffens nennt den TOA „eine Form der Wiedergutmachung“. s. Steffens 1999, S. 10

II. Rechtsgrundlage des § 46 a StGB

Mit dem Verbrechensbekämpfungsgesetz vom 28.10.1994 wurde der § 46 a ins deutsche Strafrecht eingeführt. Die kriminalpolitische Bedeutung des § 46 a StGB besteht einerseits darin, das Interesse des Opfers an Schadenskompensation stärker zu berücksichtigen und andererseits dem Täter die Verwerflichkeit seines Handelns und dessen Folgen bewusster zu machen²⁸. Das fördert seine Bereitschaft, Verantwortung für seine Tat zu übernehmen.

§ 46 a StGB wird aber auch so ausgelegt, dass sich die praktische Bedeutung der Vorschrift hauptsächlich darin erschöpft, dem Täter die Möglichkeit einer Strafmilderung bzw. das Absehen von der Strafe unter bestimmten Voraussetzungen zu ermöglichen²⁹. Die letztere Interpretation stellt zwar mögliche Rechtsfolgen des § 46 a StGB dar, aber nicht die Bedeutung bzw. das Ziel der Vorschrift. Laut § 1 Abs. 1 AE-WGM³⁰ soll die Wiedergutmachung in erster Linie zugunsten des Verletzten erfolgen. Diesem Verständnis zufolge sollten bei der Anwendung des § 46 a StGB Täter und Opfer gleichermaßen berücksichtigt und möglichst den Interessen beider Seiten entsprochen werden, damit der durch die Tat gestörte Rechtsfrieden wiederhergestellt werden kann.

§ 46 a StGB bietet zwei Alternativen: Den Täter-Opfer-Ausgleich (TOA, Nr. 1) und die Schadenswiedergutmachung (Nr. 2). Beide sind keine Strafen, sondern eigenständige Reaktionsmittel, die Strafen überflüssig machen oder mildern können³¹. Es wird aber oft angenommen, dass sich Nr. 1 auf immatriellen Ausgleich bezieht, während Nr. 2 materielle Schäden betrifft³². Solch eine Differenzierung ist weder in der Praxis noch dem Wortlaut der Vorschrift nach zu akzeptieren. Nicht nur materiell geschädigte Opfer, sondern auch immateriell geschädigte Opfer haben ein Interesse an einem materiellen Ausgleich. Umgekehrt benötigen auch materiell geschädigte Opfer oft eine ideelle Wiedergutmachung. Materielle und immaterielle Elemente sind bei Ausgleichsbemühungen normalerweise untrennbar miteinander

²⁸ BT-Drs. 12/6853, S. 21, Tröndle/Fischer 2006, Rn. 2

²⁹ SK-Horn 2001, § 46 a Rn. 1

³⁰ Alternativ Entwurf Wiedergutmachung, s. Rössner, in: Marks u. a. 1993, S. 341 ff.

³¹ Lackner/Kühl 2007, § 46 a Rn. 1 a

³² BGH v. 2. Mai 1995, NStZ 1995, S. 492; BverfG v. 30. Okt. 2002, NJW 2003, S. 740; Brauns 1996, S. 218

verknüpft³³. Der Täter muss sich in jedem Fall bemühen, alle denkbaren materiellen sowie immateriellen Schäden wiedergutzumachen³⁴. Das Verhältnis beider Vorschriften ist eher so auszulegen, dass in Nr. 1 besonderes Gewicht auf den Täter-Opfer-Ausgleich, d. h. einen kommunikativen Prozess zwischen Beschuldigtem und Geschädigtem gelegt wird, während Nr. 2 sich mit besonderem persönlichen Einsatz bei der materiellen Wiedergutmachung begnügt³⁵. Beide Alternativen existieren unabhängig voneinander, jedoch verfolgen sie das gleiche Ziel, nämlich einen übereinstimmenden Schadensausgleich zu schaffen³⁶.

Im Folgenden werden zuerst die allgemeinen Voraussetzungen des § 46 a StGB und danach die Voraussetzungen für Nr. 1 sowie Nr. 2 dargestellt.

1) Allgemeine Voraussetzungen und Anwendungsbereich des § 46 a StGB

Die allgemeine Voraussetzung des § 46 a StGB ist vor allem die *Freiwilligkeit*. Dieses Prinzip ist selbstverständlich auf Täter und Opfer gleichermaßen anzuwenden. Daher ist eine Vereinbarung unzulässig, bei der das Einverständnis einer Seite nur notgedrungenenmaßen erteilt wurde³⁷. Die Motive für einen Ausgleich bzw. eine Wiedergutmachung spielen jedoch keine Rolle³⁸. Auch ein eigennütziges Motiv ist dabei nicht auszuschließen³⁹.

Obwohl es für eine freiwillige Durchführung nach § 46 a StGB unerlässlich ist, dass der Täter seine Rolle als Täter anerkennt, wird kein uneingeschränktes Geständnis seinerseits benötigt, sofern dem Opfer ein Bekennen des Täters nicht besonders wichtig ist⁴⁰. Falls der Täter seine Verantwortung nicht explizit bestreitet, ist die Anwendung des § 46 a StGB nicht ausgeschlossen. Daher kann auch ein schweigender Täter für den TOA in Betracht gezogen werden⁴¹. Bei Gewaltdelikten und Delikten gegen die sexuelle Selbstbestimmung ist jedoch in der Regel ein klares Geständnis erforderlich. In diesem Fall ist unter Berücksichtigung der emotionalen Situation des Opfers ein Bekennen des Täters unerlässlich⁴².

³³ Rössner/Klaus, in: Dölling u.a. 1998, S. 50; BT-Drs. 12/6853, S. 21

³⁴ Rössner/Klaus, in: Dölling u.a. 1998, S. 50

³⁵ Lackner/Kühl 2007, § 46 a Rn. 4a

³⁶ Lackner/Kühl 2007, § 46 a Rn. 4a

³⁷ BGH v. 31. Mai 2002, StV 2002 S. 649ff.

³⁸ Kilchling, NStZ 1996, S. 313; Meier, GA 1999, S. 6

³⁹ Meier, Jus 1996, S. 440

⁴⁰ BGH v. 31. Mai 2002, StV 2002, S. 649; Schönke/Schröder 2006, § 46 a Rn. 1

⁴¹ BGH v. 19. Dez. 2002, StV 2003 S. 274

⁴² BGH v. 19. Dez. 2002, StV 2003 S. 272 ff.; Schönke/Schröder 2006, § 46 a Rn. 2

§ 46 a StGB gilt sowohl für Vergehen als auch für Verbrechen. Aus der systematischen Stellung der Norm heraus ist bei Bagatelldaten die Anwendung des § 46 a StGB ausgeschlossen. Bei Bagatelldaten gilt § 153 StPO, und somit kommt § 46 a StGB nicht mehr in Betracht⁴³.

Die Anwendung des § 46 a StGB ist nicht auf bestimmte Delikte beschränkt⁴⁴. Deliktbezogene Anwendungshindernisse können jedoch im Hinblick auf die Voraussetzung des Verletzten bzw. Opferstatus nach § 46 a StGB auftreten⁴⁵, da das Ziel des § 46 a StGB vor allem darin besteht, Opferinteressen stärker zu berücksichtigen. In diesem Zusammenhang sollten Fälle ggf. darauf geprüft werden, ob tatsächlich ein Verletzter oder ein Opfer vorhanden ist. *Verletzter* und *Opfer* sind i. S. d. § 46 a StGB identisch⁴⁶. Der Begriff Opfer wird in § 46 a StGB als eine von einer Straftat materiell und/oder immateriell verletzte Person ausgelegt⁴⁷.

Unter diesem Gesichtspunkt kommt die Anwendung des § 46 a StGB auch auf Versuchsstraftaten in Frage. Bei Versuchsstraftaten sind selbstverständlich noch keine sichtbaren Rechtsverletzungen aufgetreten, jedoch werden auf Seiten des Opfers erhebliche emotionale Belastungen und ggf. Angst vor erneuten Übergriffen verursacht⁴⁸. Mit Rücksicht auf den Opferschutz gibt es keine plausiblen Gründe, die Anwendung des § 46 a StGB auf Versuchsstraftaten auszuschließen⁴⁹.

Heftig umstritten ist dabei, ob § 46 a StGB auch anwendbar ist, wenn das Opfer eine juristische Person ist. Es gibt keinen zwingenden Grund dafür, dass juristische Personen von der Anwendung des § 46 a StGB ausgenommen werden sollten. Auch wenn eine juristische Person geschädigt worden ist, kann der Täter durch sein Verhalten nach der Tat bezeugen, dass er bereit ist, Verantwortung zu übernehmen⁵⁰. Darüber hinaus kommt die Schadenswiedergutmachung im übrigen mittelbar auch den hinter der juristischen Person stehenden natürlichen Personen,

⁴³ Daher ist keine echte Konkurrenz zwischen § 46 a StGB und § 153 StPO erkennbar, s. Rössner/Klaus, in: Dölling u. a. 1998, S. 63 ff.

⁴⁴ Rössner/Klaus, in: Dölling u. a. 1998, S. 55; Meier, GA 1999, S. 7 ff.

⁴⁵ Rössner/Klaus, in: Dölling u. a. 1998, S. 55

⁴⁶ Näher dazu, Rössner/Klaus, in: Dölling u. a. 1998, S. 55; Während Rössner die Begriffe *Opfer* und *Verletzter* i. S. d. § 46 a StGB als identisch betrachtet, behauptet Meier, beide Begriffe seien nicht identisch, sondern parallel: s. Meier GA 1999 S.8

⁴⁷ Rössner/Klaus, in: Dölling u. a. 1998, S. 55

⁴⁸ Rössner/Klaus, in: Dölling u. a. 1998, S. 55

⁴⁹ Schrönke/Schröder 2006, § 46 a Rn. 4; Rössner/Bannenberg, Meurer-Geds, S. 167; Rössner/ Klaus, in: Dölling u.a. 1998, S. 55; Dagegen SK-Horn 2001, § 46 a Rn. 3

⁵⁰ BGH v. 18. Nov. 1999, NStZ 2000, S. 205

bei einem eingetragenen Verein z. B. den Vereinsmitgliedern oder den durch die Tätigkeit des Vereins begünstigten Personen, zugute⁵¹. Hier kann man also ein bestimmtes personales Opfer ausgemacht werden. In diesem Zusammenhang betont Meier, dass § 46 a StGB nicht anwendbar ist, wenn kein personales Opfer erkennbar sei⁵². Mit dieser Auslegung sind diejenigen Opfer von einer Teilnahme am TOA ausgeschlossen, die als weitgehend anonyme Vertreter der Verletzteninteressen (z. B. ein Vorstandsvorsitzender einer Kaufhaus-AG) anzusehen sind⁵³. Zwar ist bei juristischen Personen oder bei Gruppen natürlicher Personen die emotionale Verletzung normalerweise erheblich geringer, man sollte aber das Restitutionsinteresse solcher Personengruppen nicht ganz ablehnen⁵⁴. Darüber hinaus scheint es in einzelnen Fällen schwierig zu beurteilen sein, ob ein personales Opfer vorliegt. Es gibt also keinen sachlichen Grund, juristischen Personen oder einer Gruppe natürlicher Personen den Opferstatus gleichermaßen abzusprechen⁵⁵. Unter Berücksichtigung des Opferschutzes sollte meines Erachtens nach der Opferstatus möglichst umfassend ausgelegt werden. Soweit der Opferstatus anerkannt wird, sollte die Anwendung des TOAs nicht ausgeschlossen werden. Es muss nur eine natürliche Person der jeweiligen Institution zu identifizieren sein, die für die bei § 46 a Nr. 1 StGB zur Kommunikation fähig ist.

Die weitere Betrachtung beschäftigt sich mit sog. *opferlosen Delikten*. Der Begriff *opferloser Delikt* ist diffus, da die Definitionen mitunter erheblich voneinander abweichen⁵⁶. Es werden nicht nur Delikte gegen die Allgemeinheit erfasst, sondern teilweise auch Versuchsstraftaten und Straftaten gegen juristische Personen⁵⁷. Diese Ansicht kann nicht geteilt werden, denn auch bei Versuchsstraftaten gibt es in den meistens Fällen ein bestimmtes Opfer, das durch den Ansatz zur Tat einen erheblichen emotionalen Schaden erleidet. Das gilt auch für juristische Personen, denen wie oben erwähnt, ebenfalls der Opferstatus anerkannt werden sollte. Dem Verständnis nach werden in dieser Arbeit daher nur Gefährdungsdelikte hinsichtlich der Güter der Allgemeinheit z. B. Trunkenheit im Straßenverkehr (§ 316 StGB), Fahren ohne Fahrerlaubnis (§ 21 StVG) oder Straftaten, bei denen ein Schaden ausschließlich an Rechtsgütern der Allgemeinheit eingetreten ist, als

⁵¹ BGH v. 18. Nov. 1999, NStZ 2000, S. 205

⁵² Meier, Jus 1996, S. 440; Meier, GA 1999, S. 8 ff.

⁵³ Meier, Jus 1996, S. 440; Meier, GA 1999, S. 9

⁵⁴ Rössner/Klaus, in: Dölling u. a. 1998, S. 56

⁵⁵ Rössner/Klaus, in: Dölling u. a. 1998, S. 56

⁵⁶ Pielsticker 2004, S. 114

⁵⁷ SK-Horn 2001, § 46 a Rn. 3

opferlose Delikte bezeichnet.

Anders kann die Situation in bestimmten Einzelfällen bei § 46 a Nr. 1 StGB beurteilt werden: So kommt ein entsprechender TOA z. B. bei Aussagedelikten zustande (beispielweise § 46 a Nr. 1 StGB), weil hier ein Opferbezug vorhanden und ein Ausgleich zwischen den Beteiligten noch möglich ist⁵⁸. Darüber hinaus ist bei Delikten gegen die Allgemeinheit mit materiellem Schaden (z. B. bei Umweltdelikten) die Anwendung des § 46 a StGB Nr. 2 denkbar, denn eine zwingende Voraussetzung der Schadenswiedergutmachung i. S. d. § 46 a Nr. 2 StGB ist ein eingetretener Schaden⁵⁹. Bei Delikten hingegen, bei denen keine bestimmten natürlichen oder juristischen Personen geschädigt wurden und keine materiellen bzw. immateriellen Schäden existieren, wie Gefährdungdelikte bezüglich der Allgemeingüter (z. B. § 316 StGB, § 21 StVG), wird die Anwendbarkeit des § 46 a StGB zu Recht abgelehnt⁶⁰. Obwohl bei Straftaten gegen die Allgemeinheit der Täter seine Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung zeigen könnte⁶¹, fehlt bei solchen Fällen die nach der Norm vorausgesetzte Notwendigkeit des Opferschutzes⁶².

Ein weiteres Problem hinsichtlich der Anwendung des § 46 a StGB besteht im Steuerstrafrecht. Dabei geht es speziell um das Verhältnis zwischen § 371 AO und § 46 a Nr. 1 StGB. Fraglich ist, ob § 371 AO gegenüber dem § 46 a Nr. 1 StGB eine spezialgesetzliche Regelung ist⁶³. Beide Normen umfassen zwar einen Appell an den Täter, die von ihm verursachten Folgen strafbaren Verhaltens zu beseitigen oder zu mildern, aber sie weisen infolge ihres zeitlichen Ablaufs ganz unterschiedliche Anwendungsgebiete auf⁶⁴. Während nach § 371 AO psychologischer Druck auf den noch nicht erkannten Steuerstraftäter ausgeübt wird⁶⁵, richtet sich § 46 a Nr. 1 StGB an einen Täter, der sich schon im Steuerstrafverfahren befindet. Daher ist der Zweck beider Normen völlig unterschiedlich: § 371 AO dient dazu, verborgene Steuerquellen zu erschließen, § 46 a Nr. 1 StGB trägt dagegen dazu bei, den Täter dazu zu animieren, einen

⁵⁸ Rössner/Klaus, in: Dölling u. a. 1998, S. 56

⁵⁹ Rössner/Klaus, in: Dölling u. a. 1998, S. 56 ff.

⁶⁰ Lackner/Kühl 2007, § 46 a Rn. 1 b; Meier, GA 1999, S. 18; Rössner/Klaus, in: Dölling u. a. 1998, S. 57

⁶¹ BGH v. 18. Nov. 1999, NStZ 2000, S. 205

⁶² Rössner/Klaus, in: Dölling u. a. 1998, S. 54 ff.

⁶³ Blesinger wistra 1996 S. 90

⁶⁴ Rössner/Klaus, in: Dölling u. a. 1998, S. 58 ff.

⁶⁵ Rössner/Klaus, in: Dölling u. a. 1998, S. 58

umfassenden Ausgleich mit dem Opfer anzustreben⁶⁶. Aufgrund der mangelnden Überschneidung wird ein Verhältnis der Spezialität zwischen § 371 AO und § 46 a Nr. 1 StGB verneint⁶⁷.

Dennoch ist der § 46 a Nr. 1 StGB im Bereich des Steuerstrafrechts nicht anwendbar⁶⁸. Denn bei Steuerdelikten kann, wie bei opferlosen Delikten, kein Opferstatus i. S. d. § 46 a Nr. 1 StGB anerkannt werden. Der Staat als Opfer hat bloß ein Interesse an fiskalischer Erstattung und nicht an immaterieller Wiedergutmachung⁶⁹. In diesem Zusammenhang ist letztlich die Anwendung des § 46 a Nr. 2 StGB denkbar⁷⁰. Zwar zielt der § 46 a Nr. 2 StGB auf die materielle Wiedergutmachung, fordert dem Täter bei seiner Anwendung aber erhebliche persönliche Leistungen bzw. persönlichen Verzicht ab. In der Regel sind zur Begleichung der Steuerschuld weder erhebliche persönliche Leistungen noch persönlicher Verzicht erforderlich⁷¹. Daraus folgt, dass im Rahmen des Steuerstrafrechts § 46 a StGB kaum eine Rolle spielt.

Bei opferlosen Delikten wird oft argumentiert, dass der Täter seine Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme durch sog. *symbolische Wiedergutmachung* wie z. B. gemeinnützige Arbeit oder Zahlungen für gemeinnützige Zwecke zeigen kann⁷². § 46 a StGB stellt aber keine ausdrückliche Anerkennung von symbolischer Wiedergutmachung dar. Laut der Begründung des SPD-E⁷³ sollte der TOA als symbolischer Akt sowie aus Gründen der *Gleichbehandlung* auch bei anderen Delikten, durch die keiner bestimmten Person ein Schaden entstanden ist, als fakultativer Strafmilderungsgrund berücksichtigt werden⁷⁴. Im AE-WGM wird symbolische Wiedergutmachung als *Wiedergutmachung gegenüber der Allgemeinheit* definiert. Daher kommt eine solche symbolische Wiedergutmachung

⁶⁶ Rössner/Klaus, in: Dölling u. a. 1998, S. 58

⁶⁷ Rössner/Klaus, in: Dölling u. a. 1998, S. 58

⁶⁸ BGH v. 25. Okt. 2000, wistra 2001, S. 23; Blesinger, wistra 1996, S. 90 ff.; Tröndle/Fischer 2006, § 46 a Rn. 8; Laut Lackner scheidet die Anwendung des § 46 a Nr. 1 StGB bei Steuerhinterziehung in aller Regel, aber nicht notwendigerweise, aus, s. Lackner/Kühl 2007, § 46 a Rn. 1 b

⁶⁹ Rössner/Klaus, in: Dölling u. a. 1998, S. 59

⁷⁰ Lackner/Kühl 2007, § 46 a Rn. 1b; Rössner/Klaus, in: Dölling u. a. 1998, S. 59

⁷¹ Rössner/Klaus, in: Dölling u. a. 1998, S. 59

⁷² Meier, GA 1999, S. 3 ff.; Pielsticker 2004, S. 56 ff.; Rössner/Klaus, in: Dölling u. a. 1998, S. 57; SK-Horn 2001, § 46 a Rn. 3

⁷³ Am 11.11.1993 legten der Abgeordnete Dr. Jürgen Meyer u. a. und die Fraktion der SPD den Entwurf eines Gesetzes zur Reform des strafrechtlichen Sanktionssystems vor; Kasperek 2002, S. 15; BT-Drs. 12/6141

⁷⁴ BT-Drs. 12/6141, S. 8

erst dann in Betracht, wenn eine Wiedergutmachung zugunsten des Verletzten nicht möglich ist, keinen Erfolg verspricht oder für sich allein nicht ausreicht⁷⁵. Für diese beiden hier vertretenen Ansichten sind zwei verschiedene Anwendungsbereiche denkbar: Zum Einen sind das Fälle, in denen das Opfer nicht zur Mitwirkung an einem Ausgleichsverfahren bereit ist, oder Fälle in denen es dem Täter aufgrund eines besonders hohen Schadens bzw. mangelnder Liquidität nicht möglich ist, vollständigen materiellen Ersatz zu leisten⁷⁶. Zum Anderen werden solche Delikte gezählt, bei denen kein bestimmtes Opfer vorliegt, wie z. B. bei Umwelt- oder Wirtschaftsdelikten⁷⁷. Wie oben erwähnt, zeigen diese beiden Alternativen völlig unterschiedliche Anwendungsbereiche auf. Die erste Alternative umfasst Taten, die zwar dem Grunde nach auf ein individuelles Opfer gerichtet sind, deren Täter aber dennoch einer Wiedergutmachung nicht zur Verfügung stehen⁷⁸. Da hier das Fehlen einer anderen Wiedergutmachungsmöglichkeit rein zufällig ist und durch eine symbolische Wiedergutmachung daher jedes Wiedergutmachungskonzept vor dem Vorwurf der Ungleichbehandlung geschützt ist, nennt Laue es *defensive Funktion* der symbolischen Wiedergutmachung⁷⁹. Die letztere Alternative bezieht sich auf sog. opferlose Delikte. Dabei wird die Wiedergutmachungsidee ausgeweitet und somit nicht einmal mehr ein mittelbarer Opferschutz, sondern vielmehr ein umfassendes Konzept möglicher Ersetzung von Strafe durch Wiedergutmachung angestrebt⁸⁰. Daher bezeichnet es Laue als *offensive Funktion* der symbolischen Wiedergutmachung⁸¹.

Laut Gleichbehandlungsgebots gemäß Art. 3 GG können Täter ebenso bei Straftaten ohne konkrete sekundäre Geschädigte, bei denen ausschließlich Güter der Allgemeinheit geschädigt wurden, Verantwortungsbewusstsein zeigen wie bei Straftaten mit konkret Geschädigten. Man sollte jedoch im Hinblick auf den Anspruch auf Opferschutz vorsichtig sein, die Anwendung symbolischer Wiedergutmachung im direkten Zusammenhang mit opferlosen Delikten zu nennen. Eine solche Wiedergutmachung ist eher im Rahmen der allgemeinen Strafzumessung zu berücksichtigen⁸². Die Symbolische Wiedergutmachung i. S. d.

⁷⁵ Baumann 1992, S. 1

⁷⁶ Meier, GA 1999, S. 3; Pielsticker 2004, S. 56

⁷⁷ Meier, GA 1999, S. 3; Pielsticker 2004, S. 56

⁷⁸ Pielsticker 2004, S. 56

⁷⁹ Pielsticker 2004, S. 56

⁸⁰ Pielsticker 2004, S. 57

⁸¹ Pielsticker 2004, S. 57

⁸² Meier behauptet aber, dass § 46 Abs. 2 hier nicht weiterhelfen kann, da auf diesem Weg weder die Strafraumenänderung nach § 49 Abs. 1 noch das Absehen von Strafe

§ 46 a Nr. 1 StGB sollte nur ein ergänzender Weg sein, wenn eine *echte* Wiedergutmachung, an der sich das Opfer beteiligt, nicht möglich ist. Daher sollte meines Erachtens nach die symbolische Wiedergutmachung nach § 46 a Nr. 1 StGB erst dann benutzt werden, wenn eine Kommunikation zwischen Täter und Opfer nicht möglich ist. Solch ein grundsätzlicher Gedanke könnte wichtig sein, für eine weiterführende Untersuchung des Anwendungsbereiches des § 46 a StGB.

2) Voraussetzungen des § 46 a Nr. 1 StGB

§ 46 Nr. 1 StGB setzt voraus, dass der Täter in dem Bemühen, einen Ausgleich mit dem Verletzten zu erreichen, seine Tat ganz oder zum überwiegenden Teil wiedergutmacht hat oder deren Wiedergutmachung ernsthaft erstrebt. Wie im letzten Abschnitt erwähnt, baut der TOA auf kommunikativen Elementen zwischen Täter und Opfer auf. Dabei ist es in der Regel unerheblich, von welcher Seite die Initiative zu einem kommunikativen Prozess ausgeht⁸³. Eine einseitige Wiedergutmachung des Täters ohne den Versuch, mit dem Opfer Kontakt aufzunehmen⁸⁴, oder eine reine Entschuldigung des Täters ohne Reaktion des Opfers⁸⁵ reichen nicht aus.

Der Täter sollte möglichst anstreben, den der Tat zugrunde liegenden Konflikt ernsthaft beizulegen. Dieses Bestreben verdeutlicht vor allem die Bereitschaft des Täters zur Verantwortungsübernahme, was durch die Teilnahme an Ausgleichsgesprächen zum Ausdruck kommt.

Unter dem Begriff TOA versteht der Gesetzgeber das durch einen Vermittler geförderte Aufeinanderzugehen von Täter und Opfer⁸⁶. Die Teilnahme eines Vermittlers ist jedoch dem Wortlaut des Gesetzes nach nicht zwingend erforderlich⁸⁷. Zwar ist der Ausgleich unter Anleitung eines professionellen bzw. erfahrenen Vermittlers erwünscht, der TOA setzt aber keine bestimmte

zulässig sind, s. Meier, Jus 1996, S. 442; § 153 a StPO kann hier auch nur begrenzt angewendet werden, weil er sich nur auf Vergehen, nicht aber auf Verbrechen, bezieht. s. Rössner/Klaus, in: Dölling u. a. 1998, S. 57, 64

⁸³ Schönke/Schröder 2006, § 46 a Rn. 2

⁸⁴ BGH v. 19. Dez. 2003 StV 2003, S. 274; BGH v. 18. Nov. 1999, NStZ 2000, S. 205

⁸⁵ BGH v. 8. Sept. 1999, NStZ 1999 S. 610

⁸⁶ BT-Drs. 12/6853, S. 21

⁸⁷ SK-Horn 2001, Rn. 6; BGH v. 31. Mai 2002 StV 2002, S. 651; OLG Stuttgart v. 8. März 1996 NJW 1996, S. 2109; BayObLG v. 31. März 1995 wistra 1995 S. 308

kommunikative Form voraus⁸⁸. Um den Konflikt friedlich zu bewältigen, ist eine eigenverantwortliche Verabredung zwischen Täter und Opfer wichtiger als die formelle An- oder Abwesenheit des Vermittlers. Sie kann freilich mangelnde Kompetenz zur Konfliktregelung bei Täter oder Opfer ausgleichen.

Die Beteiligten haben *freie Disposition*⁸⁹ über die Form der abzuschließenden Verabredung. Dabei kann sowohl eine Verabredung, die dem Täter entgegen kommt, als auch eine Verabredung, die die zivilrechtlichen Ansprüche des Opfers wesentlich übersteigt, nicht ausgeschlossen werden⁹⁰. Der Maßstab der Verabredung ist umstritten. Einerseits wird behauptet, dass bei einer Verabredung vor allem die Einschätzung des Opfers eine objektive Beurteilung durch einen unabhängigen Dritten benötigt⁹¹, andererseits wird aber geäußert, dass eine solche Beurteilung nicht nötig sei, weil den Beteiligten die freie Dispositionsmacht eingeräumt werden soll⁹². Aus der letzteren Interpretation folgt, dass die Höhe der Wiedergutmachung allein von der Verabredung abhängt und auf Grund des Freiwilligkeitsprinzips höher als die tatsächlich geschuldete Leistung sein kann. Diese Differenz zwischen tatsächlich geschuldeter Leistung und Wiedergutmachung resultiert eher aus der Freiwilligkeit des Täters, dem eine strafrechtliche Verfolgung droht, und weniger aus überzogenen Forderungen des Opfers, was den Tatbestand der Nötigung bzw. Erpressung erfüllen würde⁹³. Beide Interpretationen lassen selbstverständlich keine unzumutbaren Belastungen des Täters zu, und somit können die Unterschiede als unwesentlich angesehen werden. Dennoch scheint die letztere Interpretation, die keine Beurteilung des unabhängigen Dritten benötigt, plausibler, da ein grundsätzliches Prinzip des TOAs in der Freiwilligkeit, u. a. durch eine freie Verhandlung zwischen den Beteiligten, besteht. Diese Konzeption gilt auch für die oben genannte *symbolische Wiedergutmachung*. Da die autonome Friedensstiftung auch durch dem Opfer versprochene symbolische Akte erfolgen kann⁹⁴, sollte in Fällen symbolischer Wiedergutmachung die Ausgleichsleistung unabhängig von

⁸⁸ In der Gesetzgebung heißt es, der fördernde Vermittler im TOA sei „*nur als Hinweis auf die wichtige Hilfestellung für Täter und Opfer*“ zu betrachten, s. Rössner in: Dölling u.a. 1998, S. 50

⁸⁹ Rössner/Klaus, in: Dölling u.a. 1998, S. 50; SK-Horn 2001, § 46 a Rn. 3

⁹⁰ Rössner/Klaus, in: Dölling u.a. 1998, S. 51

⁹¹ SK-Horn, § 46 a Rn. 3

⁹² Rössner/Klaus, in: Dölling u.a. 1998, S. 51

⁹³ Rössner/Klaus, in: Dölling u.a. 1998, S. 51

⁹⁴ Rössner/Klaus, in: Dölling u.a. 1998, S. 51

den verursachten materiellen Schäden sein⁹⁵. Beim freiwilligen TOA ist vor allem wichtig, durch die freie Disposition der Beteiligten eine möglichst überzeugende Vereinbarung für beide Seiten zu treffen.

Ein weiteres Problem entsteht in der Erfüllungsphase der Verabredung. Laut Wortlaut des § 46 a Nr. 1 StGB können positive Rechtsfolgen der Vorschrift i. S. d. Täters erst dann eintreten, wenn er, wie oben bereits erwähnt, die Tat versprochenenmaßen ganz oder zum überwiegenden Teil wiedergutmacht oder deren Wiedergutmachung ernsthaft erstrebt hat. Der Begriff *überwiegend* wird einerseits als eine *mindestens die Hälfte des Gesamtschadens übersteigende Wiedergutmachung* interpretiert⁹⁶. Andererseits wird diese Interpretation aber auch kritisiert, da sie sowohl die Wiedergutmachungsidee pauschalisiert als auch dem Interesse des Opfers an einer möglichst vollständigen Erbringung der versprochenen Leistungen widerspricht⁹⁷. Die erste Interpretation „mehr als die Hälfte“ könnte zwar bei einer Differenzierung zwischen *überwiegender* Wiedergutmachung und *ernsthafter* Wiedergutmachung eine Rolle spielen und einen einigermaßen objektiven Maßstab bieten, um die mindestens durch den Täter zu erbringende Leistung zu prüfen, aber mit Rücksicht auf das oben genannte Freiwilligkeitsprinzip und die Anerkennung freier Disposition beider Seiten ist eine solche Pauschalisierung eher zu vermeiden. Sowohl in der Verabredungsphase als auch in der Erfüllungsphase sollte die Autonomie der Beteiligten möglichst erhalten bleiben. Bei der Anwendung des TOAs ist eine Einzelfallbetrachtung wesentlich wichtiger als eine Pauschalisierung, da nur so den Interessen beider Seiten entsprochen und der Rechtsfrieden in der Praxis wiederhergestellt werden kann.

Wie oben erwähnt, gibt es in der Erfüllungsphase des TOAs neben der *vollständigen* bzw. *überwiegenden* Wiedergutmachung als Alternative die *ernsthafte erstrebte* Wiedergutmachung von Seiten des Täters. Von einer solchen Wiedergutmachung wird grundsätzlich dann ausgegangen, wenn der Täter alle zumutbaren kommunikativen und ideellen Wiedergutmachungsleistungen erbringt und auch Schritte zur materiellen Wiedergutmachung unternimmt, aber auch bei bestem Willen auf Grund beengter finanzieller Verhältnisse und/oder der Schadenshöhe

⁹⁵ Dagegen aber, Schönke/Schröder 2006, § 46 a Rn. 2

⁹⁶ Kühl/Heger JZ 2002, S. 363 ff.; Dagegen aber Dölling/Hartmann NStZ 2002, S. 366 ff.

⁹⁷ Rössner/Klaus, in: Dölling u.a. 1998, S. 52

keine *überwiegende* Wiedergutmachung erbringen kann. Ausgehend vom Autonomieprinzip der Verabredung und der oben genannten Dispositionsmacht der Beteiligten sollte diese Alternative eng interpretiert werden, da andernfalls die Vereinbarung bzw. der Leistungsgegenstand des § 46 a StGB gegebenenfalls nur aus einer Selbstverpflichtung des Täters entspringen könnte⁹⁸. *Ernsthafte* Wiedergutmachung sollte nur eine notgedrungene Alternative sein, z. B. wenn Ereignisse nachträglich dazu führen, dass der Täter der Vereinbarung nicht mehr nachkommen kann⁹⁹. Damit gemeint sind auf solche Hindernisse, die nach Abschluss der Ausgleichsvereinbarung dem Täter die Erfüllung der von ihm eingegangenen Verpflichtung wesentlich erschweren oder unmöglich machen¹⁰⁰, wie z. B. Arbeitslosigkeit oder Krankheit.

Die Alternative *ernsthaft erstrebte* Wiedergutmachung umfasst auch solche Fälle, in denen das Opfer trotz Bemühens des Täters eine Beteiligung am TOA ablehnt¹⁰¹. In allen anderen Fällen sollten aber die beiden anderen Methoden der Erfüllung, nämlich *vollständige* oder *überwiegende* Wiedergutmachung, den Vorrang haben.

3) Voraussetzungen des § 46 a Nr. 2 StGB

Im Vergleich zu Nr. 1 erfordert § 46 a Nr. 2 StGB nur eine vollständige oder überwiegende Schadenswiedergutmachung seitens des Täters, nicht aber eine ernsthaft erstrebte Wiedergutmachung. Dabei muss die Schadenswiedergutmachung dem Täter erhebliche persönliche Leistungen oder persönlichen Verzicht abfordern¹⁰². Erhebliche persönliche Leistungen sind etwa erhebliche Einschränkungen im finanziellen Bereich oder umfangreiche Arbeiten in der Freizeit, mit denen der Täter sich die Mittel für die Schadenswiedergutmachung verschafft. Erheblicher persönlicher Verzicht ist etwa die Aufgabe einer geplanten Urlaubsreise¹⁰³.

Da § 46 a Nr. 2 StGB im Gegensatz zu Nr. 1, wie oben genannt, keine *ernsthaft erstrebte* Wiedergutmachung vorsieht, muss bei dessen Anwendung das Opfer tatsächlich bzw. objektiv ganz oder zum überwiegenden Teil entschädigt werden¹⁰⁴.

⁹⁸ Rössner/Klaus, in: Dölling u.a. 1998, S. 52

⁹⁹ Laut Rössner dient die Alternative *ernsthaft erstrebte Wiedergutmachung* als Subsidiarität für den Ausnahmefall, s. Rössner/Klaus, in: Dölling u.a. 1998, S. 52

¹⁰⁰ Rössner/Klaus, in: Dölling u.a. 1998, S. 52

¹⁰¹ BGH v. 31. Mai 2002, StV 2002, S. 651

¹⁰² NStZ 1995, S. 492 ff.; Tröndle/Fischer 2006, § 46 a Rn. 11

¹⁰³ BT-Drs. 12/6853 S. 22

¹⁰⁴ BGH v. 19. Okt. 1999, NStZ 2000, S. 84

Das kann darauf zurückgeführt werden, dass § 46 a Nr. 2 StGB keinen kommunikativen Prozess, wie er beim TOA nach Nr. 1 vorausgesetzt wird, erfordert. Darum vermag nur ein Wiedergutmachungserfolg einen dem Ausgleichsbemühen nach Nr. 1 gleichwertigen Beitrag zur Wiederherstellung des durch die Tat gestörten Rechtsfriedens zu liefern¹⁰⁵. Gemäß diesem Erfolgsprinzip reicht eine Zusage späterer Leistung seitens des Täters nicht aus¹⁰⁶. Ein ernsthaftes, aber erfolgloses Bemühen kommt grundsätzlich nicht in Betracht. Eine Ausnahme bilden Fälle, in denen das Opfer die Annahme der Leistung verweigert¹⁰⁷. Dagegen ist die Anwendung des § 46 a Nr. 2 StGB nicht ausgeschlossen, wenn der Täter solche Leistungen erst erbracht hat, nachdem er vom Opfer zur Zahlung aufgefordert worden ist¹⁰⁸.

Bei der Anwendung des § 46 a Nr. 2 StGB ist die Erfüllung von Schadensersatzansprüchen allein nicht ausreichend. Nr. 2 setzt vielmehr voraus, dass der Täter einen über die rein rechnerische Kompensation hinausgehenden Beitrag erbringt¹⁰⁹. Die Leistungen müssen Ausdruck der Übernahme von Verantwortung gegenüber dem Opfer sein¹¹⁰. Diesbezüglich werden Leistungen von Dritten, namentlich durch Haftpflichtversicherungen, ausgeschlossen¹¹¹.

Solche Einschränkungen zielen darauf ab, eine Besserstellung des Täters zu vermeiden¹¹². Andernfalls könnte ein Täter ohne eine ins Gewicht fallende persönliche Belastung das Opfer entschädigen und sich so ohne weiteres durch Schadensersatzleistungen von einer strengeren Bestrafung freikaufen¹¹³. Dennoch sollte § 46 a Nr. 2 StGB kein Instrument sein, den Täter zu einer Leistung zu nötigen, zu der er nicht verpflichtet ist¹¹⁴. Eine Schadenswiedergutmachung eines relativ vermögenden Täters, der unter keinen widrigen Umständen die Leistungen erbracht hat, kann selbstverständlich auch ein Ausdruck einer Verantwortungs-

¹⁰⁵ Schönke/Schröder 2006, § 46 a Rn. 5

¹⁰⁶ BGH v. 19. Okt. 1999, NStZ 2000, S. 83

¹⁰⁷ BGH v. 13. Apr. 1999, NStZ 1999, S. 454ff.; Tröndle/Fischer 2006, § 46 a Rn. 11; s. a. Schönke/Schröder 2006, § 46 a Rn. 5

¹⁰⁸ BGH v. 19. Dez. 2002, StV 2003, S. 274; BGH v. 17. Jan. 1995, NStZ 1995, S. 284

¹⁰⁹ BGH v. 18. Nov. 1999, NStZ 2000, S. 205

¹¹⁰ BGH v. 18. Nov. 1999, NStZ 2000, S. 205 ff.

¹¹¹ BayObLG v. 17. Dez. 1997, NJW 1998, S. 1654; Rössner/Bannenberg, Meurer-Geds, S. 157, 169; krit. Anm. Horn, JR 1999 S. 41

¹¹² Rössner / Kempfer, 2005

¹¹³ Rössner / Kempfer, 2005; BGH v. 2. Mai 1995, NStZ 1995, S. 493; BGH v. 18. Nov. 1999, NStZ 2000, S. 205 ff.

¹¹⁴ Rössner/Klaus, in: Dölling u.a. 1998, S. 53

übernahme sein und friedensstiftend wirken¹¹⁵. Die Voraussetzung der erheblichen persönlichen Leistungen bzw. des persönlichen Verzichts i. S. d. § 46 a Nr. 2 StGB sollte nicht einfach in eine Forderung an den Täter münden, den Tatfolgenausgleich bis an seine Leistungsgrenze überzuerfüllen¹¹⁶, sondern vielmehr durch genaue Betrachtungen des Einzelfalls geprüft werden. Die Einschränkungen (keine Zusage späterer Leistung, keine ernsthafte Wiedergutmachung, keine Leistung von Dritten u. a.) verweisen eher darauf, dass der § 46 a Nr. 1 StGB, der einen kommunikativen Prozess zwischen den Beteiligten, namentlich TOA, erfordert, stets einer bloßen Schadenswiedergutmachung nach § 46 a Nr. 2 StGB vorrangig ist¹¹⁷.

4) Rechtsfolgen des § 46 a StGB

Unter den vorstehend erörterten Voraussetzungen sieht § 46 a StGB folgende Rechtsfolgen vor: Strafmilderung i. S. d. § 49 Abs. 1 StGB oder Absehen von Strafe, wenn keine höhere Strafe als eine Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder eine Geldstrafe bis zu 360 Tagessätzen verhängt worden ist. Die Justiz kann daher, muss aber nicht, von einer Strafe absehen oder sie mildern¹¹⁸. Möchte man von einer Strafe absehen, kann die Staatsanwaltschaft das Verfahren mit Zustimmung des Gerichts nach § 153 b Abs. 1 StPO einstellen, wenn noch keine Anklage erhoben worden ist. Nach Anklageerhebung ist die Einstellung des Verfahrens noch nach § 153 b Abs. 2 StPO möglich¹¹⁹.

Im Rahmen des § 46 a StGB hat der Tatrichter pflichtgemäß die jeweilige Entscheidung nach eigenem Ermessen zu treffen¹²⁰. Da sich auf der Tatbestandsseite, wie oben erwähnt, kaum einschneidende, insbesondere deliktspezifische, Einschränkungen finden, gibt es dabei einen großen Ermessensspielraum¹²¹. Das richterliche Ermessen entscheidet über die Frage, ob der TOA oder die Schadenswiedergutmachung im konkreten Fall, gemessen an den Strafzwecken zur vollständigen bzw. teilweisen Wiederherstellung des

¹¹⁵ Rössner/Klaus, in: Dölling u.a. 1998, S. 53

¹¹⁶ Rössner/Klaus, in: Dölling u.a. 1998, S. 53

¹¹⁷ Diesbezüglich sieht Rössner den § 46 a Nr. 2 StGB als „nur ein Nebenweg zu den Rechtsfolgen der Norm“ an, und findet eine Parallele zu § 60 Satz 1 StGB. s. Rössner/Klaus, in: Dölling u.a. 1998, S. 53

¹¹⁸ Rössner/Klaus, in: Dölling u.a. 1998, S. 59

¹¹⁹ Rössner/Klaus, in: Dölling u.a. 1998, S. 60

¹²⁰ SK-Horn 2001, § 46 a Rn. 10; Schönke/Schröder 2006, § 46 a Rn. 6

¹²¹ Rössner/Klaus, in: Dölling u.a. 1998, S. 59

Rechtsfriedens, ausreichen¹²². Die Ermessensentscheidung wird somit reduziert auf die negative Prüfung, ob Aspekte des Schuldausgleichs sowie der Spezial- oder Generalprävention der Anwendung des § 46 a StGB entgegenstehen und durch eine zusätzliche Reaktion ausgeglichen werden müssen.¹²³ Bei der individuellen Gesamtwürdigung sind vor allem zu prüfen¹²⁴: die Höhe des Schadens; die Größe des verschuldeten Unrechts; die Intensität des Bemühens seitens des Täters, um die vereinbarte Leistungen zu erbringen, welche von einem ernsthaften Erstreben bis zur vollständigen Wiedergutmachung reicht; der Grad des freiwilligen Engagements des Täters, d. h. ob er sich spontan oder erst nach einem Abschätzen der Chancen um den TOA bemüht hat, gegebenenfalls ob er vom Opfer bzw. Dritten dazu gedrängt worden ist; schließlich die mutmaßlichen Auswirkungen auf die Allgemeinheit.

Hinsichtlich der Größe des verschuldeten Unrechts ist zu beachten, dass bei Vergewaltigung in der Regel weder § 46 a Nr. 2 StGB zur Anwendung kommen kann¹²⁵ noch der Versuch einer Entschuldigung¹²⁶ oder die Zahlung von Schmerzensgeld¹²⁷, selbst wenn ein Kredit aufgenommen wurde, ausreichend ist. Zur Beurteilung des freiwilligen Engagements des Täters kann z. B. der Zeitpunkt von Bedeutung sein, zu dem der Täter seine Bemühung um den Ausgleich bzw. die Schadenswiedergutmachung begonnen hat¹²⁸. Diesbezüglich ist auch zu berücksichtigen, von wem die Initiative zum TOA ausging¹²⁹, d. h. von wem der Ausgleich eingeleitet bzw. weitgehend durchgeführt wurde.

Wie oben erwähnt, legt § 46 a StGB gesetzlich vertyppte Strafmilderungsgründe fest¹³⁰. Da der Gesetzgeber durch das Verbrechensbekämpfungsgesetz die in § 46 Nr. 2 StGB bereits existierende Regelung nicht beseitigt hat, wonach das Bemühen des Täters um einen TOA bzw. eine Schadenswiedergutmachung mit dem Opfer auch unabhängig von den in § 46 a vorgesehenen besonderen Rechtsfolgen bei der Strafzumessung berücksichtigen ist¹³¹, ist das Verhältnis zwischen § 46 StGB

¹²² Rössner/Klaus, in: Dölling u.a. 1998, S. 60

¹²³ Rössner/Klaus, in: Dölling u.a. 1998, S. 60

¹²⁴ Lackner/Kühl 2007, § 46 a Rn. 5; Schönke/Schröder 2006, § 46 a Rn. 6

¹²⁵ BGH v. 2. Mai 1995, NStZ 1995, S. 492; Dölling/Hartmann, NStZ 2004, S. 382; Dagegen aber Kasper, StV 2002, S. 651, 653

¹²⁶ BGH v. 2. Mai 1995, NStZ 1995, S. 492

¹²⁷ BGH v. 22. Aug. 1995, StV 1995, S. 635

¹²⁸ Lackner/Kühl 2007, § 46 a Rn. 5

¹²⁹ Lackner/Kühl 2007, § 46 a Rn. 5

¹³⁰ OLG Hamm, v. 24. Juli 1998, StV 1999 S. 89

¹³¹ Meier, Jus 1996, S. 441

und § 46 a StGB umstritten. Dabei darf nicht übersehen werden, dass ausgehend von *Subsidiaritätsprinzip* die Anwendung der am tiefsten in die Rechtsstellung des Täters eingreifenden Reaktionsform der Strafe gegenüber der Reaktionsform des TOAs bzw. der Wiedergutmachung, die auch zur Verhinderung der Begehung weiterer Straftaten beiträgt, immer nachrangig sein sollte¹³². Aus dieser Sichtweise heraus ist der Vorrang von § 46 StGB gegenüber § 46 a StGB nicht zu akzeptieren¹³³. Denn § 46 StGB, der allgemeine Strafmilderungsgrund, kann die angemessene Strafe nur innerhalb der Grenzen des anzuwendenden Strafrahmens festsetzen¹³⁴. § 46 a StGB hingegen sieht als Rechtsfolge das vollständige Absehen von Strafe bzw. eine Strafrahmenverschiebung nach § 49 Abs. 1 StGB vor¹³⁵. Damit muss die Prüfung des anzuwendenden Strafrahmens gemäß § 46 a StGB immer gegenüber § 46 StGB vorangehen¹³⁶. Laut BayObLG liegen Anhaltspunkte dafür vor, dass im Fall von Schadensersatzleistungen des Angeklagten an das Opfer, der Tatrichter zu prüfen und in der Urteilsbegründung zu erörtern hat, ob die Voraussetzungen des § 46 a StGB erfüllt sind, und ob er die fakultativen Möglichkeiten dieser Vorschrift zutreffend beurteilt hat¹³⁷.

¹³² Meier, Jus 1996, S. 441

¹³³ Meier, Jus 1996, S. 441; Rössner/Klaus, in: Dölling u.a. 1998, S. 62; SK-Horn 2001, § 46 a Rn. 8; OLG Hamm, v. 24 Juli 1998, StV 1999, S. 89; Dagegen aber, Tröndle/Fischer 2006, § 46 a Rn. 4

¹³⁴ Rössner/Klaus, in: Dölling u.a. 1998, S. 62

¹³⁵ Rössner/Klaus, in: Dölling u.a. 1998, S. 62

¹³⁶ Rössner/Klaus, in: Dölling u.a. 1998, S. 62

¹³⁷ BayObLG v. 31. März, StV 1995, S. 367; OLG Hamm, v. 24 Juli 1998, StV 1999, S. 89

III. Der Sachverhalt des Täter-Opfer-Ausgleichs

– Basierend auf der bundesweiten TOA-Statistik –

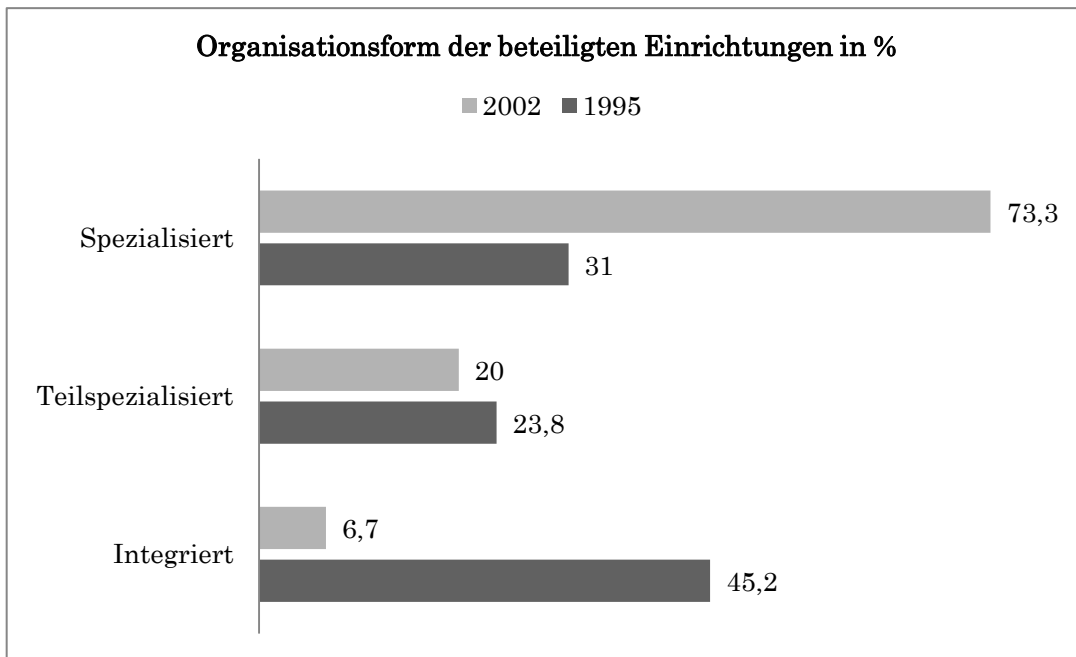
Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit dem gegenwärtigen Zustand des TOAs und basiert auf der bundesweiten TOA-Statistik¹³⁸, die mit Hilfe umfangreicher Umfragen in verschiedenen TOA-Einrichtungen erstellt wurde und den Zeitraum der Jahre 1993 bis 2002 erfasst. Die im folgenden angegebenen Zahlen beziehen sich zwar nur auf die in der Statistik erfassten Einrichtungen, die freiwillig an der Umfrage teilgenommen haben, aber daraus sind dennoch die grundlegenden Tendenzen erkennbar.

1) Beteiligte Einrichtungen

Dem Spezialisierungsgrad nach lassen sich drei Kategorien von TOA-Einrichtungen unterscheiden. Einrichtungen, die neben ihrer Vermittlungstätigkeit noch weitere spezielle Aufgaben (z. B. Betreuungstätigkeit der Täter) wahrnehmen, werden der *integrierten* Kategorie zugeordnet. Einrichtungen, die zwar einen weiteren Arbeitsbereich haben, deren Mitarbeiter sich aber ausschließlich mit der Durchführung des TOAs beschäftigen, werden unter die *teilspezialisierte* Kategorie subsumiert. Unter die dritte, die *spezialisierte* Kategorie, fallen die Einrichtungen, die sich allein auf den TOA konzentrieren. Die bisherigen Untersuchungen haben gezeigt, dass zur Durchführung des TOAs die spezialisierten Einrichtungen am geeignetsten sind. Der Anteil dieser Einrichtungen hat sich ständig erhöht und liegt 2002 bei 73,3 %. Dagegen beträgt der Anteil der integrierten Einrichtungen nur 6,7 % und der Anteil der Teilspezialisierten 20,0 %. Im Vergleich zum Jahr 1995 als der Anteil der integrierten Einrichtungen noch 45,2 % und der der teilspezialisierten Einrichtungen noch 23,8 % betrug, kann man feststellen, dass sich ein rascher Wandel bei der Durchführung hin zur Spezialisierung des TOAs vollzogen hat.

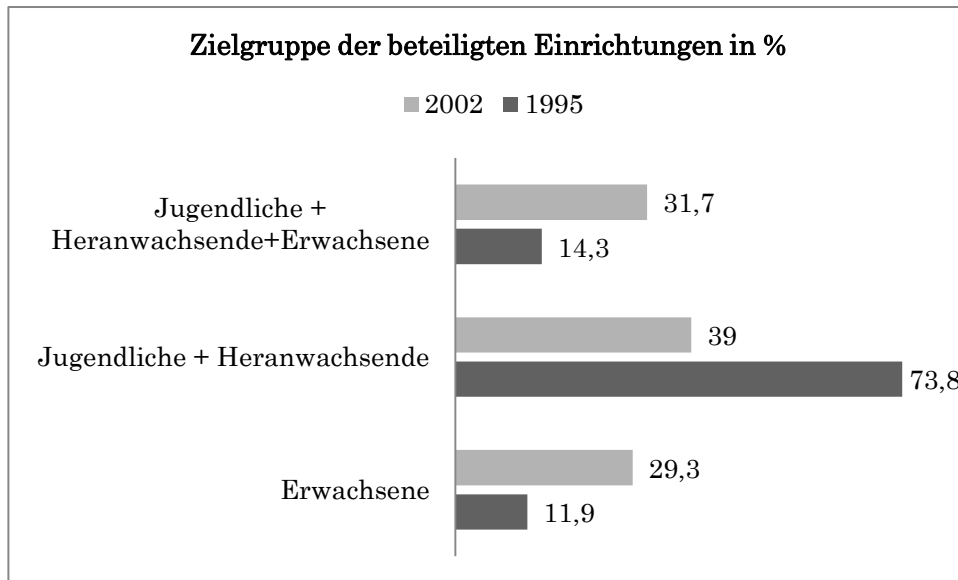
¹³⁸ Kerner, Hans-Jürgen / Hartmann, Arthur / Lenz, Sönke, Täter-Opfer-Ausgleich in der Entwicklung – Auswertung der bundesweiten Täter-Opfer-Ausgleichs-Statistik für den Zehnjahreszeitraum 1993 bis 2002 –, Berlin 2005

Schaubild 1:



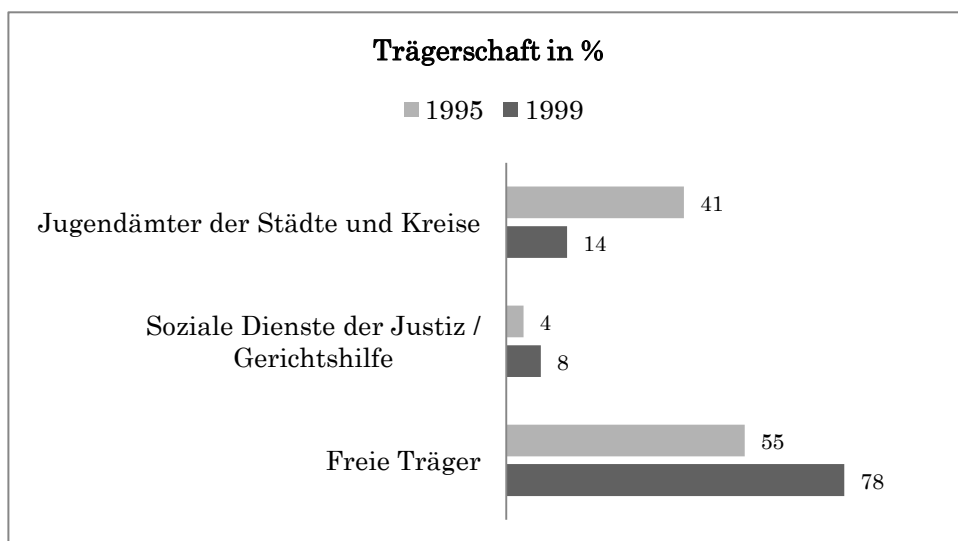
Die Einrichtungen unterscheiden sich auch von den Zielgruppen her. Der Anteil der Einrichtungen, die den TOA ausschließlich bei Jugendlichen und Heranwachsenden durchführt, liegt im Jahr 2002 bei 39,0 %. Daneben beträgt der Anteil der Einrichtungen, die sich auf den Erwachsenen-TOA konzentrieren 29,3 % und der Anteil der Einrichtungen, die beide Formen des TOAs umsetzen 31,7 %. Die Anteile dieser drei Formen von Einrichtungen haben sich allmählich angenähert. Im Vergleich dazu lag der Anteil der Einrichtungen für Jugendliche und Heranwachsende im Jahr 1995 bei 73,8 % –also fast doppelt so hoch. Dagegen betrug der Anteil der Einrichtungen für Erwachsene 11,9 %, sowie der der gemischten Einrichtungen 14,3 %. Der bisherige Wandel vollzog sich nachweislich nicht durch Zunahme der Anzahl der Einrichtungen für Erwachsene, sondern durch Rückgang der Anzahl der Einrichtungen für Jugendliche und Heranwachsende.

Schaubild 2:



Im Jahr 1999 sind TOA-Einrichtungen so organisiert, dass der Anteil der Einrichtungen in freier Trägerschaft 78 %, der Anteil der Einrichtungen in Trägerschaft der Jugendämter 14 % und der Anteil derer, die zu sozialen Diensten der Justiz/Gerichtshilfe gehören 8 % beträgt. Im Vergleich zu 1995 haben die Einrichtungen in freier Trägerschaft im Jahr 1999 etwa 20 Prozentpunkte zugenommen.

Schaubild 1 :



Im Jahr 2002 beteiligen sich an der TOA-Statistik 44 Einrichtungen und behandeln insgesamt 4.466 Fälle. In Nordrhein-Westfalen, wo die Anzahl der Fälle seit 1999 ständig zugenommen hat, werden nun jährlich 1.812 Fälle bearbeitet, was 40,6 % der gesamten Fälle ausmacht¹³⁹. Dagegen nimmt die Anzahl der Fälle aus den neuen Bundesländern ab. Deren Anteil an den gesamten Fällen beträgt 2002, ähnlich dem Wert von 1993, lediglich 5,6 %. Diese Abnahme beruht vor allem auf dem Rückzug der Einrichtungen Sachsens und Sachsen-Anhalts aus der TOA-Statistik. Analog dazu nimmt auch die Anzahl der Fälle aus Baden-Württemberg von 533 im Jahr 2000 auf 17 im Jahr 2002 ab. Die Gründe des Rückzugs der teilnehmenden Einrichtungen in den jeweiligen Ländern sind nicht geklärt. Es sind jedoch vielfältige Gründe denkbar, z. B. 1) die Auflösung von TOA-Einrichtungen durch Sparmaßnahmen, 2) die Bevorzugung von Statistiken auf Länderebene, oder 3) die Vermeidung von zusätzlicher Arbeit durch Teilnahme an der zeitaufwändigen Statistik. Nach den gegenwärtigen Erkenntnissen hat die Nichtteilnahme oder gar der Rückzug von Einrichtungen aus der TOA-Statistik die stärksten Effekte auf die Ergebnisse. Da in der Statistik ein relativ geringer Anteil aller TOA-Einrichtungen erfasst ist, hat der Ausstieg einer Einrichtung zu dem einen verhältnismäßig starken Einfluss auf die Quantität der erfassten Fälle. Besonders positiv zu bewerten ist dagegen der Wiedereinstieg von drei Einrichtungen aus Brandenburg. Da Brandenburg eine eigene TOA-Statistik hat, waren die dortigen Einrichtungen bisher mit der Teilnahme an der bundesweiten TOA-Statistik zurückhaltend. Die drei gegenwärtig an der bundesweiten TOA-Statistik teilnehmenden Einrichtungen berichten, dass momentan 358 Fälle von ihnen bearbeitet werden. Die regional unterschiedliche Beteiligung der Einrichtungen ist darauf zurückzuführen, dass die Beteiligung an der TOA-Statistik freiwillig ist. Um mehr TOA-Einrichtungen für die Teilnahme an der Statistik zu gewinnen, konnte das TOA-Servicebüro¹⁴⁰ 2002 durch finanzielle Unterstützung des BMJ den Einrichtungen eine kostenlose Fallbearbeitungssoftware zur Verfügung stellen.

¹³⁹ Im Vergleich dazu waren es 1995 in NRW noch 88 Fälle.

¹⁴⁰ 1992 wurde das TOA-Servicebüro als überregionale Zentralstelle zur Förderung des TOAs eingerichtet. Es wird aus Mitteln des BMJ gefördert. Das TOA-Servicebüro bietet vielfältige Programme bzw. Veranstaltungen zur Förderung des TOAs an. Außerdem ist es bestrebt, spezialisierte Vermittler auszubilden und Aufklärungsarbeit zu leisten.

2. Verlauf des TOAs

TOA-Fälle werden meistens von der Amts- oder Staatsanwaltschaft als solche definiert und den TOA-Einrichtungen zugewiesen. Die Auswahlkriterien der Amts- oder Staatsanwaltschaft für TOA-geeignete Fälle sind bisher nicht einheitlich reguliert. Private Aufträge durch betroffene Personen wie Beschuldigte oder Geschädigte sind auch möglich. Deren Anteil ist aber, wie unten erwähnt, verhältnismäßig gering. Die den TOA-Einrichtungen zugewiesenen Fälle werden wegen verfahrenstechnischer Hindernisse gelegentlich an den Auftraggeber zurückgegeben. Ein solches Hindernis ist zum Beispiel der Tod eines Betroffenen oder der Widerspruch gegen die Eignung von Seiten der jeweiligen Einrichtung. Die Eignungskriterien der Einrichtungen sind wiederum verschieden, aber in der Regel heißt es, dass der Geschädigte eine natürliche Person und der Beschuldigte geständig sein solle. Theoretisch besteht die Möglichkeit, dass der Beschuldigte das Geständnis vortäuscht, um am TOA teilnehmen zu können, was sich z. B., darin äußert, dass seine Aussage jedes Mal unterschiedlich ist – in der Praxis ist dieser Aspekt aber wenig relevant. Das Geständnis sollte man jedoch mit Bedacht beurteilen, vor allem wenn die Aussage des Beschuldigten jedes Mal unterschiedlich ist. Die Anzahl der wegen verfahrenstechnischer Hindernisse zurückgegebenen Fälle hat sich im Verlauf der Jahre 1995 bis 2002 von 167 auf 85 verringert, was einem absoluten Rückgang um die Hälfte entspricht, während die Anzahl der zugewiesenen Fälle im gleichen Zeitraum etwa um das 2,5-fache von 1.813 auf 4.466 angewachsen ist. Der relative Rückgang der zurückgewiesenen Fälle ist noch größer und beträgt 7,3 Prozentpunkte (von 9,2% 1995 auf 1,9% im Jahr 2002). Somit ist erkennbar, dass der TOA Schritt für Schritt besser in der Praxis angenommen worden ist.

Der TOA wird, wie oben erwähnt, häufig von der Amts- oder Staatsanwaltschaft angeregt. Der Anteil solcher Fälle liegt im Jahr 2002 bei 79,6 %. Dagegen beträgt der Anteil des von der Jugendgerichtshilfe angeregten TOAs 4,8 %, von der Polizei 4,6 %¹⁴¹, von Beschuldigten 3,6 %, von Richtern 1,6 %, von Geschädigten 0,8 %, von der Bewährungshilfe 0,6 % und des von der Gerichtshilfe angeregten TOAs 0,3 %.

¹⁴¹ Da die Polizei im deutschen Strafprozess keine Befugnis hat, Diversionsmaßnahmen autonom einzuleiten, spiegelt sich die TOA-Anregung der Polizei nicht hinreichend in der Statistik wider.

Schaubild 4-1 :

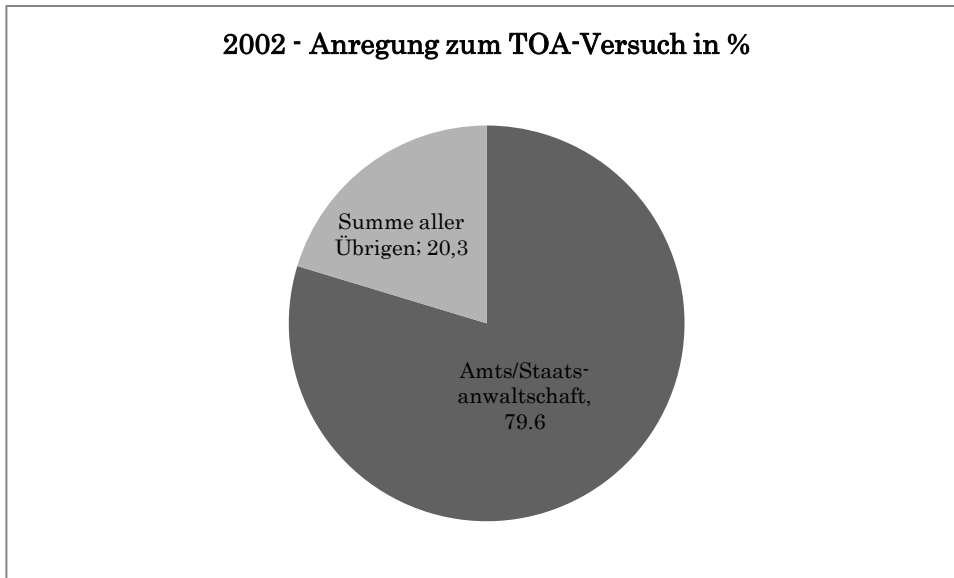
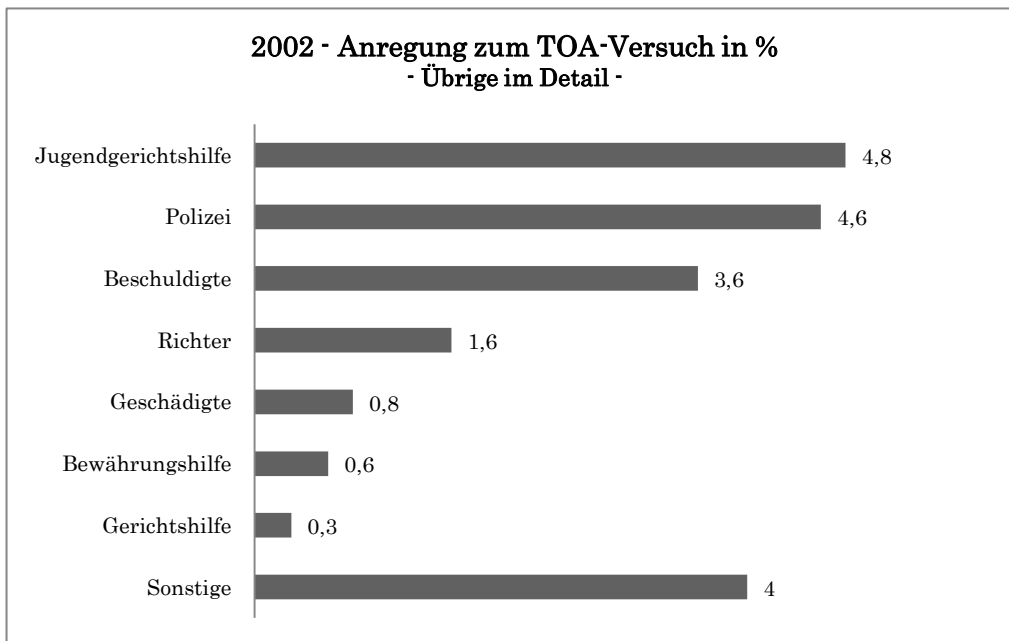
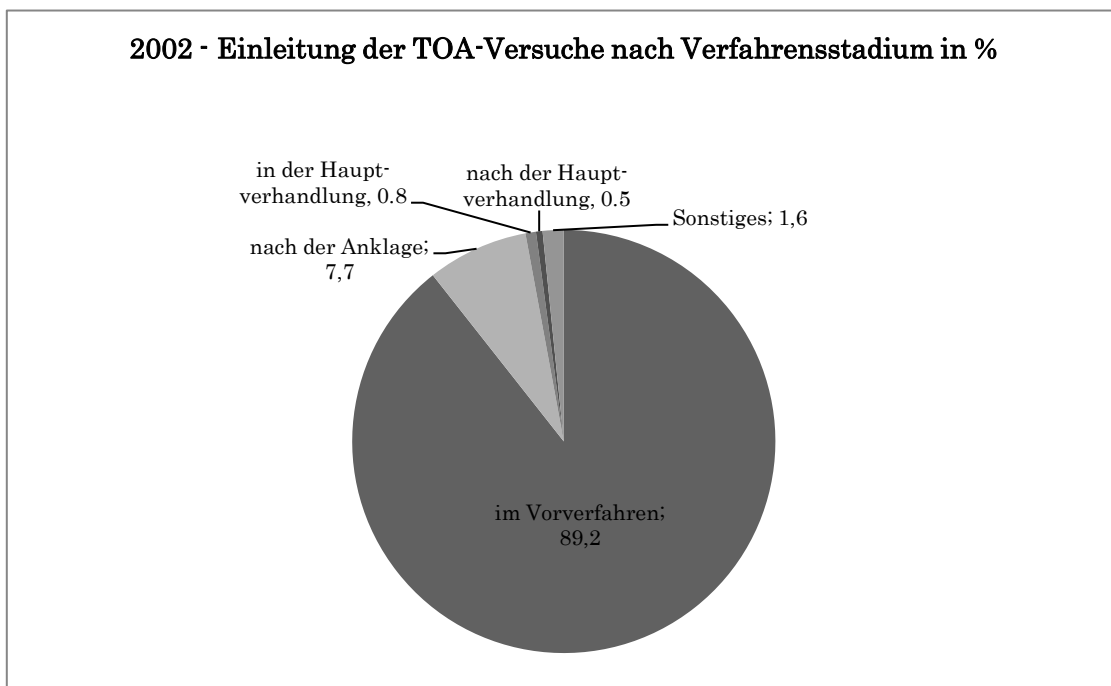


Schaubild 4-2



Während die überwiegende Zahl der TOA-Fälle 2002 im Vorverfahren durchgeführt wird (89,2 %), betragen die behandelten Fälle nach der Anklage 7,7 %, die in der Hauptverhandlung 0,8 % und die nach der Hauptverhandlung 0,5 %. Sowohl im Jugendstrafrecht als auch im Erwachsenenstrafrecht wird der TOA in einer möglichst frühen Phase des Strafverfahrens eingeleitet. Es zeigt sich, dass der TOA vor allem als Diversionmöglichkeit angesehen wird. Aus dem TOA-Verfahren ergibt sich normalerweise die Einstellung des weiteren Strafverfahrens (mit oder ohne Auflagen), aber ggf. wird der Täter auch angeklagt und verurteilt. Die Aussage des Täters während des TOAs ist im weiteren Straf- oder Zivilprozess verfügbar. Es gibt jedoch einige Einrichtungen, die dahingehend Vereinbarungen mit dem Staatsanwalt treffen, dass das Verfahren nach dem TOA grundsätzlich eingestellt werden soll.

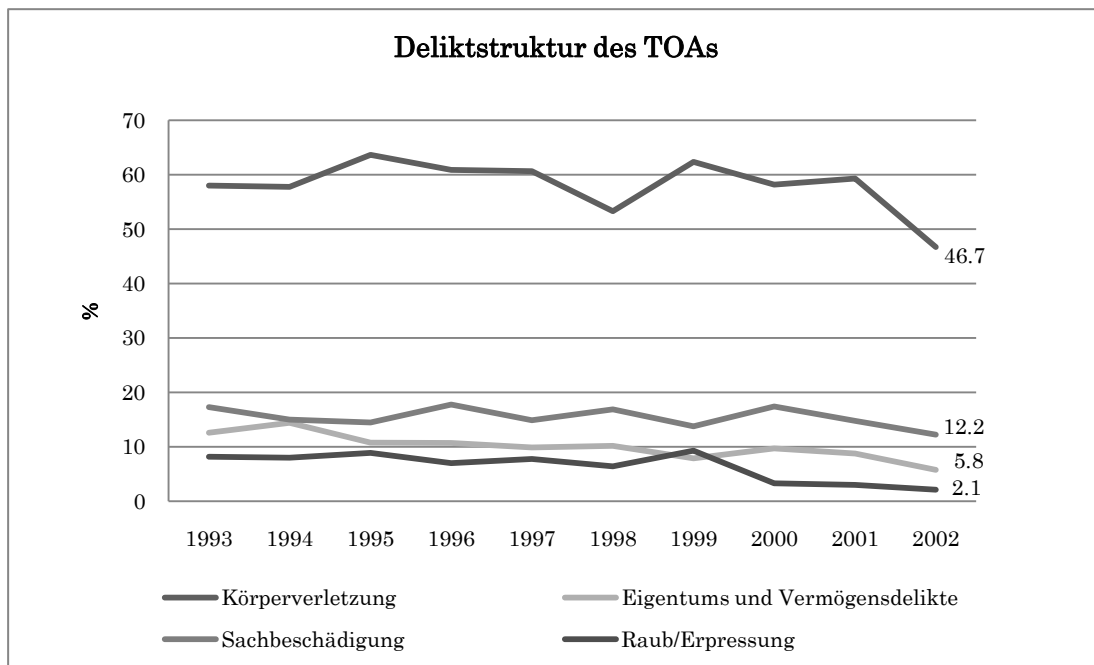
Schaubild 5:



3. Behandelte Delikte und erlittene Schäden

Der TOA ist bei den verschiedensten Delikten anwendbar. Im Jahr 2002 befassen sich 46,7 % der gesamten TOA-Fälle mit Körperverletzung, 12,2 % mit Sachbeschädigung, 5,8 % mit Eigentums- und Vermögensdelikten¹⁴² sowie 2,1 % mit Raub und Erpressung. In den letzten zehn Jahren nahmen die Körperverletzungsdelikte bei den TOA-Fällen konstant den ersten Platz ein. Bis 2001 betrugen sie durchschnittlich 60 %. Dies ist ein bemerkenswertes Ergebnis, da es der allgemeinen Strömung der Strafverschärfung, vor allem bei Körperverletzungs- und Gewaltdelikten entgegengerichtet ist. Seit 1999 ist jedoch der Anteil von Körperverletzungsdelikten aufgrund des Zuwachses anderer Delikte wie z. B. Beleidigung bzw. Bedrohung allmählich zurückgegangen, steht aber weiterhin an der Spitze. Im Vergleich zum letzten untersuchten Jahr 2001 erhöhte sich der Anteil der Beleidigungen um 2,3 % und der Anteil der Bedrohungen um 1,2 %.

Schaubild 6:



¹⁴² Der Anteil der Eigentums- und Vermögensdelikte in der TOA-Statistik ist sichtlich geringer als deren Anteil in der allgemeinen Kriminalstatistik, denn bei solchen Delikten werden andere Diversionsmöglichkeiten präferiert.

Es besteht kein großer Unterschied in der Anwendung des TOAs bei Jugendlichen und Erwachsenen. Bei Raub und Erpressung im Jugendstrafrecht ist der Anteil des TOAs jedoch viel größer als dessen Äquivalent im Erwachsenenstrafrecht. Dies ist darauf zurückzuführen, dass bei derartigen Delikten im Erwachsenenstrafrecht keine Einstellung des Verfahrens zugelassen wird. Bei Jugendlichen und Heranwachsenden betrug der Anteil von Raub und Erpressung bis 1999 rund 10 %, ist jedoch 2002 auf 3,9 % gesunken. Im Vergleich dazu betrug der Anteil bei Erwachsenen von 1995 bis 2001 durchschnittlich 1,5 %, 2002 sank er auf 0,4 %. Wegen des Zuwachses anderer Delikte, die nicht näher in der Statistik erläutert werden, hat sich der Anteil von Raub und Erpressung sowie von Körperverletzungsdelikten relativ verringert.

Von 1993 bis 2001 haben über die Hälfte der Geschädigten Körperschäden erlitten. Bis 2002 nahm deren Anzahl auf 42,6 % ab. Rund ein Drittel der Geschädigten erfuhr materielle Schäden. Dieser Anteil ist jedoch seit 2000 rückläufig und liegt 2002 bei 23,5 %. Dagegen ist der Anteil der psychisch Geschädigten, deren Anteil von 1993 bis 1998 durchgehend weniger als 10 % betrug, seit 1998 beträchtlich angestiegen und erreichte 2001 den vorläufigen Höhepunkt mit 30,3 %. Der Anteil ist im Jahr 2002 jedoch wieder auf 19,8 % gefallen. Da die Daten der Statistik durch eine Umfrage erhoben werden, beruht die Einschätzung der psychischen Schäden auf der subjektiven Wahrnehmung der Vermittler. Inwiefern der in der Statistik sichtbare Anstieg die Realität wiedergibt, sollte mit Vorsicht interpretiert werden.

Im Jahr 2002 sind 53,8 % der Körperschäden leichte Beeinträchtigungen, 36,9 % mittlere Beeinträchtigungen, 8,9 % gravierende Beeinträchtigungen und 0,3 % dauerhafte Verletzungen. In den letzten drei Jahren erhöhte sich lediglich der Anteil der leichten Beeinträchtigungen um 10 % und erwarb den bisherigen Höchststand, während der Anteil der anderen Körperschäden gleichmäßig fiel. Obgleich mit Hilfe des TOAs schwere Schäden behandelbar sind, behandelt der TOA heutzutage schwerpunktmäßig leichtere Schäden.

Schaubild 7:

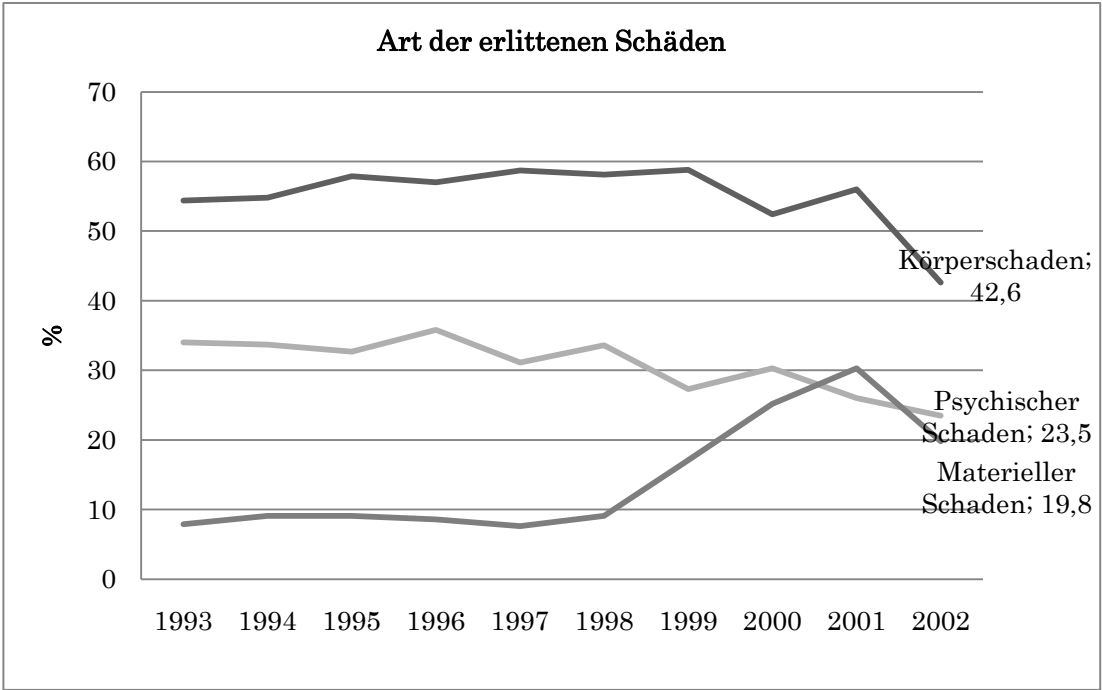


Schaubild 8:



4. Beschuldigte und Geschädigte

Der überwiegende Teil der Geschädigten (95,2 %), die sich am TOA beteiligen, sind natürliche Personen. Das erklärt sich aus der Tatsache heraus, dass der TOA einen kommunikativen Prozess zwischen Täter und Opfer voraussetzt und vor allem bei Gewalt- und Körperverletzungsdelikten genutzt wird. 62,0 % der Geschädigten sind 2002 männlich und 38,0 % sind weiblich. Im Vergleich dazu betrug 1993 der Anteil der männlichen Geschädigten 72,9 % und der Anteil der weiblichen Geschädigten 27,1 %. Die männlichen Geschädigten sind zwar immer noch in der Mehrheit, der Abstand zwischen Männern und Frauen verringert sich aber allmählich. Andererseits liegt der Anteil der männlichen Beschuldigten 2002 bei 80,4 % und der der weiblichen bei 19,6 %. Der Anteil der männlichen Beschuldigten bleibt im gesamten Untersuchungszeitraum konstant und beträgt durchgehend über 80 % (außer 1996).

Schaubild 9:

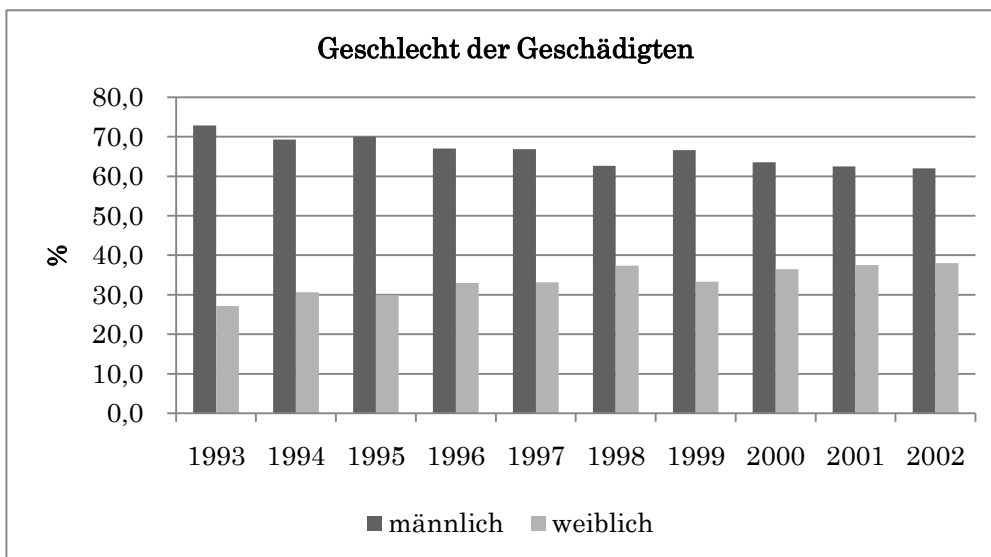
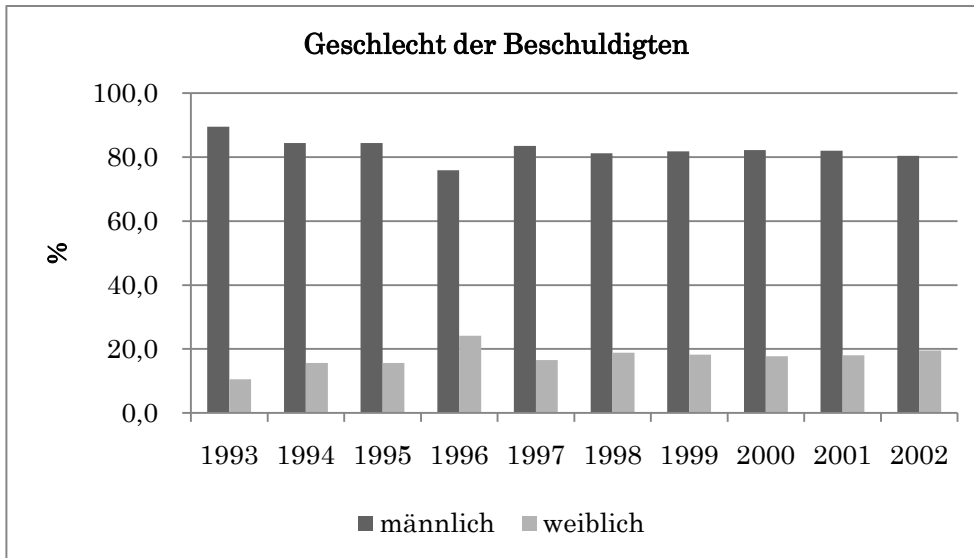


Schaubild 10:



Der Anteil der Geschädigten mit deutscher Staatsangehörigkeit beträgt von 1993 bis 2001 über 80 %, der Anteil der Beschuldigten liegt bei über 70 %. 2002 sind die Anteile auf 67,3 % und 68,6 % gesunken, was den Tiefststand der letzten 10 Jahre markiert. Im Vergleich zum letzten untersuchten Jahr 2001 erhöhte sich dagegen der Anteil der ausländischen Geschädigten um 15 Prozentpunkte und der der ausländischen Beschuldigten um 7 Prozentpunkte. Die ausländischen Geschädigten gehören über 40 verschiedenen Nationen an. Der Anteil jeder Nation beträgt jeweils kaum mehr als 1 %. Eine Ausnahme bildet die Türkei, aus der mehr als 3 % der Geschädigten und mehr als 10 % der Beschuldigten stammen.

Der Anteil der 14 bis 20-jährigen jugendlichen bzw. heranwachsenden Beschuldigten beträgt von 1993 bis 1999 mehr als 60 % aller Täter, die einen TOA angestrebt haben. 2001 sank deren Anteil jedoch auf 37,2 %. Im Jahr 2002 ist er wieder auf 45,0 % angestiegen, hat aber die Hälfte noch nicht wieder überschritten. Dagegen erhöht sich der Anteil der 21 bis 40-jährigen Beschuldigten im Verlauf der Jahre 1994 bis 2002 von 18,7 % auf 33,4 %. Der Anteil der beiden Altersstufen hat sich allmählich angenähert. Bemerkenswert ist, dass auch der Anteil der über 60-jährigen Beschuldigten in den untersuchten Jahren allmählich angestiegen ist. Im Vergleich zu allen anderen Altersstufen ist ihr Anteil zwar noch gering, jedoch sollte hier die weitere Entwicklung verfolgt werden. Im gesellschaftlichen Hintergrund findet heutzutage ein bedeutsames Wachstum der sog.

Alterskriminalität statt ¹⁴³. Meiner Meinung nach kann der TOA dieser Altersgruppe eine weitere effektive und kreative Alternative der Konfliktlösung anbieten.

Schaubild 11:

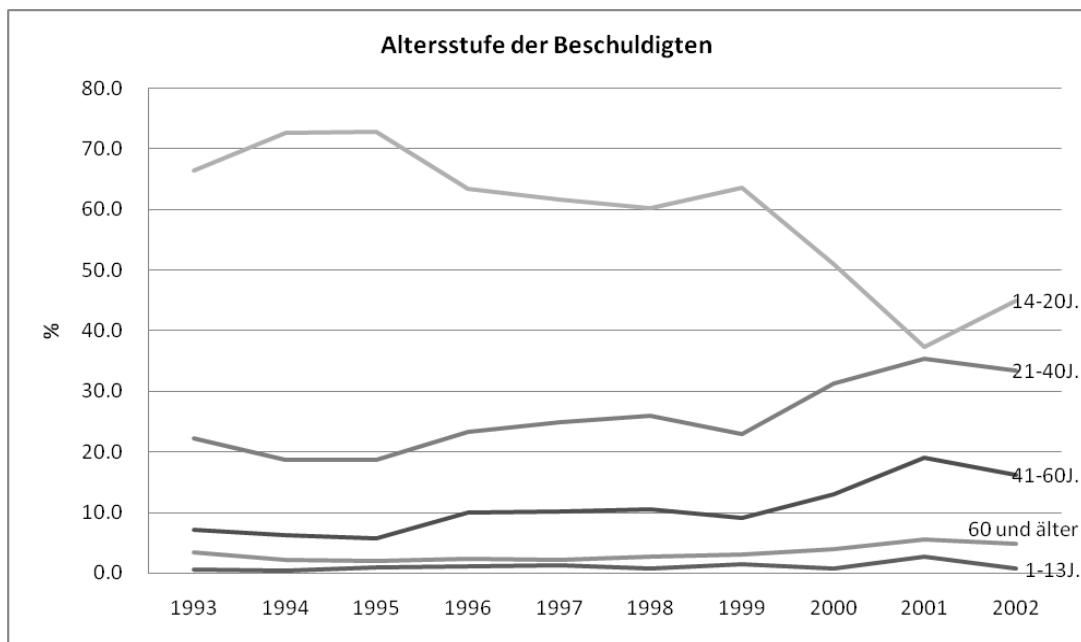
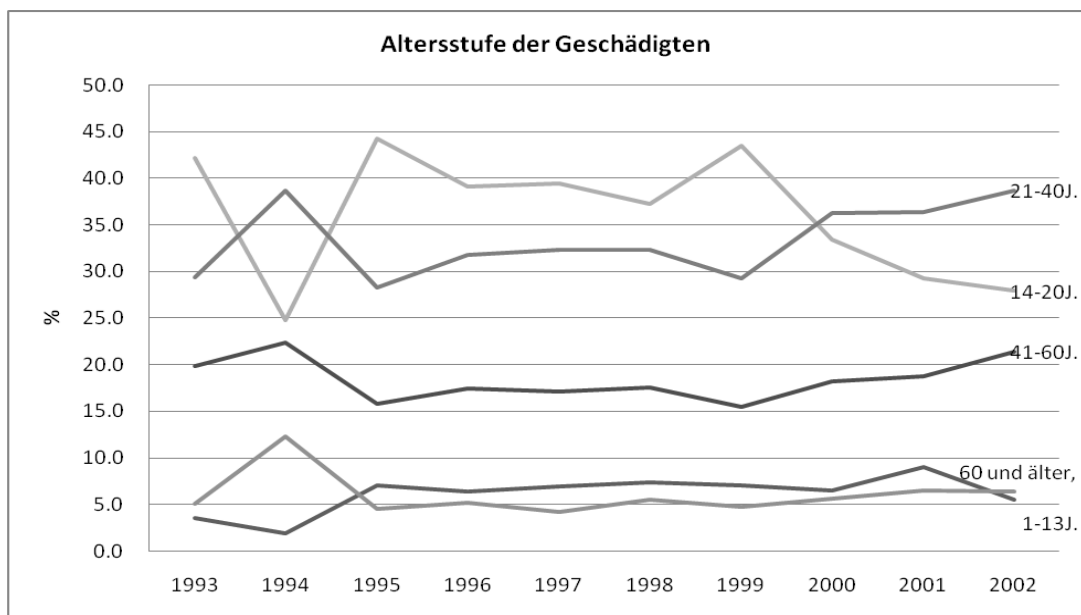


Schaubild 12:



¹⁴³ Keßler 2005; Schaumann 2000; Kreuzer 1992

Der Anteil der 14 bis 20-jährigen Geschädigten stand bis 1999 an erster Stelle aller Altersstufen. Dieser Anteil ist allmählich von 43,4 % im Jahre 1999 auf 27,9 % im Jahre 2002 zurückgegangen. Dagegen erhöhte sich der Anteil der 21 bis 40-jährigen Geschädigten im Verlauf der Jahre 1999 bis 2002 von 29,3 % auf 38,7 % und nimmt 2002 die erste Stelle ein.

Während der Anteil der am TOA beteiligten strafunmündigen Kinder, die schuldig scheinen, jedes Jahr bei etwa 1 % liegt¹⁴⁴, beträgt der Anteil der Geschädigten gleichen Alters 1995 bis 2001 etwa 6,5 bis 9,0 %. Der Anteil ist 2002 auf 5,5 % gesunken. Aus dem quantitativen Vergleich dieser Altersgruppe ergibt sich, dass sich am TOA mehr Geschädigte als schuldig erscheinende Kinder teilnehmen. Während die Anzahl der schuldig erscheinenden Kinder 2002 bei 27 Personen liegt, ist die Anzahl der Geschädigten mit 224 Personen ungleich höher. Zwar ist es möglich, einen TOA unabhängig von einem Strafverfahren durchzuführen, z. B. auf Wunsch des Geschädigten oder der Eltern des Beschuldigten, die den Fall bei einer TOA-Einrichtung einbringen können, aber tatsächlich werden die meisten TOA-Fälle von der Staatsanwaltschaft oder der Jugendgerichtshilfe angeregt. Daher beteiligen sich die strafunmündigen Kinder meist informell als Mittäter der strafmündigen Beschuldigten am TOA im Strafverfahren.

Man könnte sozialpsychologisch begründet annehmen, dass eine nähere Bekanntschaft der Betroffenen eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Schlichtung ist. Dagegen haben einige frühere Untersuchungen ergeben, dass eine solche Bekanntschaft zwischen Beschuldigtem und Geschädigtem Reibereien verursachen und daher die Vermittlung erschweren kann. Die Statistik zeigt, dass der Anteil der Beschuldigten und Geschädigten, die sich bereits vor der Tat gut kannten, im Jahr 2002 bei 34,5 % liegt; derer, die sich nur flüchtig kannten, bei 24,8 % und derer, die sich gänzlich unbekannt waren, bei 24,9 %. Diesen Ergebnissen zufolge kann vorläufig geschlossen werden, dass es bei der Häufigkeit des Einsatzes des TOAs heutzutage keinen großen Unterschied nach Bekanntschaftsverhältnissen gibt und der TOA daher für jeden Grad der Bekanntschaft geeignet ist. Dennoch enthält eine Vermittlung bei überaus nahen sozialen Beziehungen, nämlich bei häuslicher Gewalt, vielfältige und komplexe

¹⁴⁴ Der Anteil erreichte 2001 seinen Höchststand (2,8 %), 1994 war er am geringsten (0,3 %).

Probleme, die nicht in der Statistik erfasst werden können. Das wird im nächsten Kapitel „*Täter-Opfer-Ausgleich bei häuslicher Gewalt*“ näher erörtert.

Schaubild 13-1:

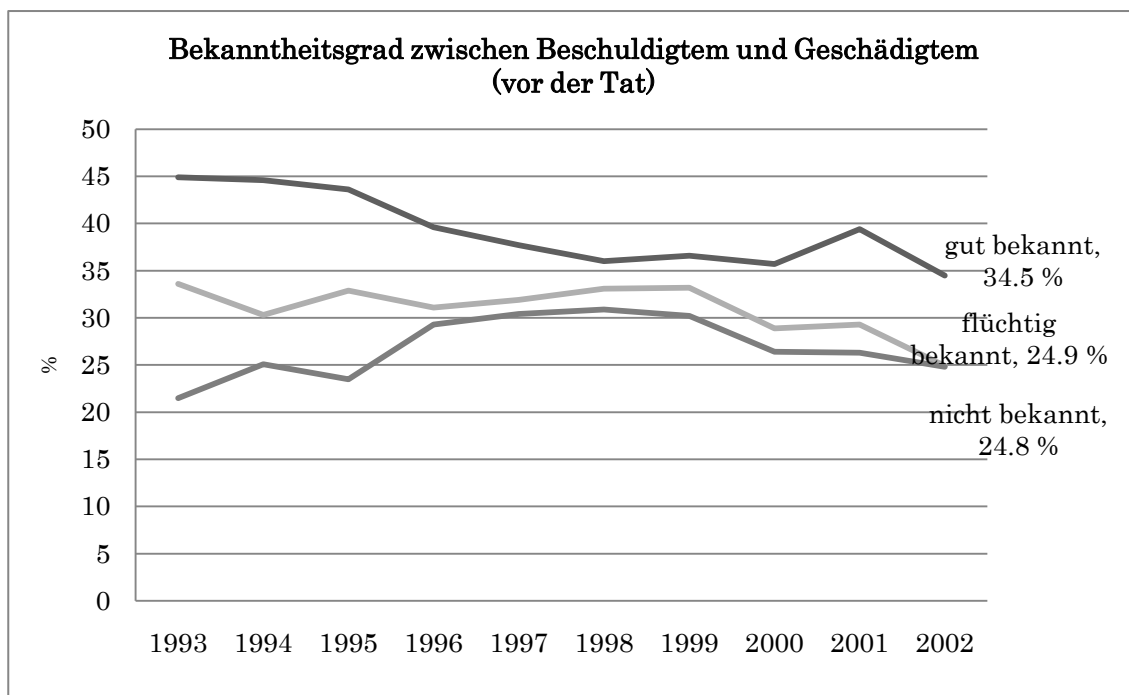


Schaubild 13-2:

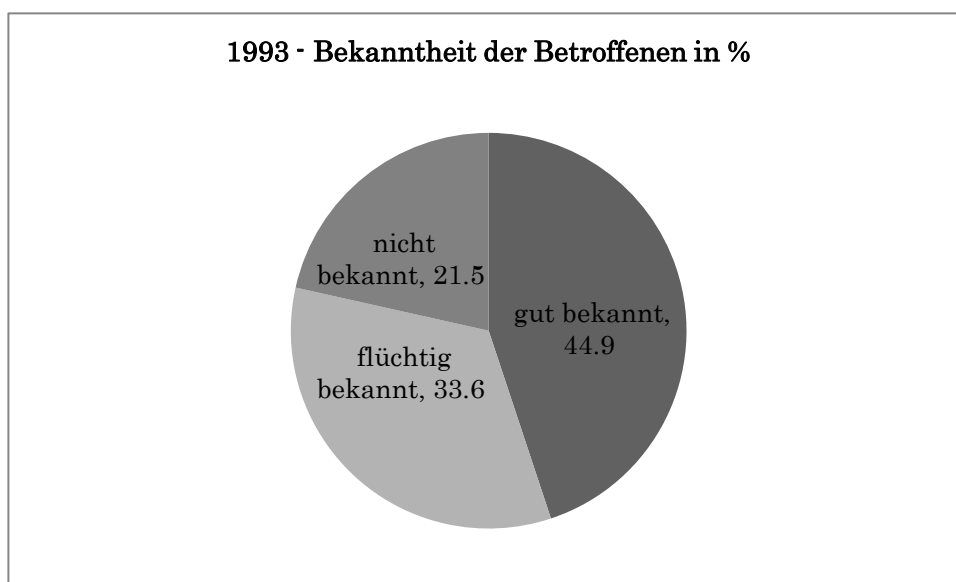
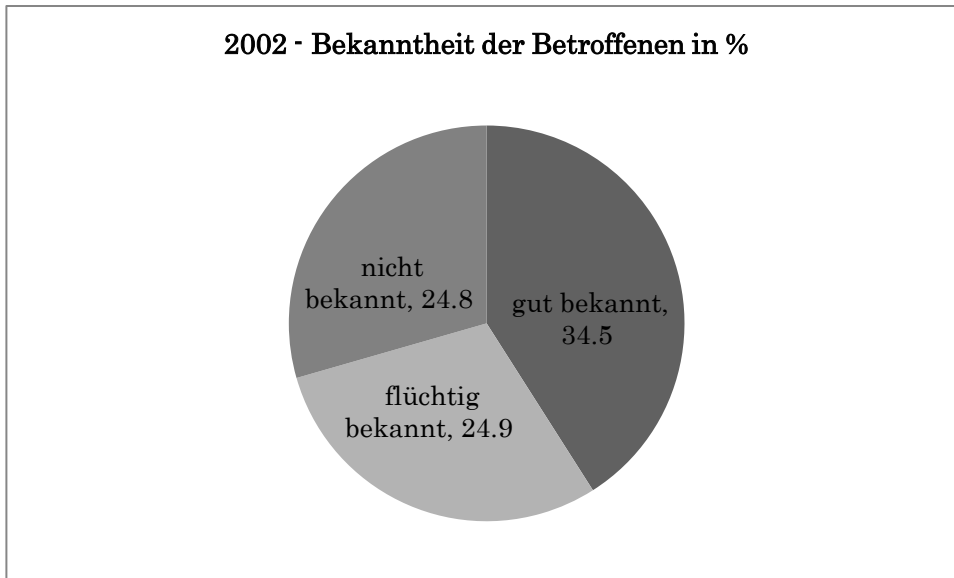


Schaubild 13-3:



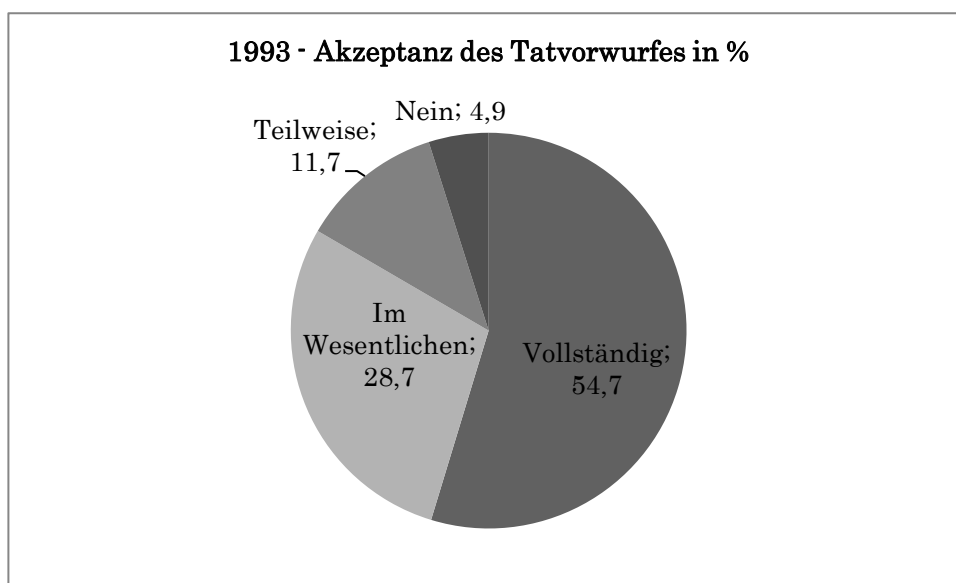
Die Mehrheit der Beschuldigten beim TOA sind Ersttäter. Der Anteil der Ersttäter beträgt durchgehend mehr als 70 %. Diese Angabe impliziert, dass etwa ein Drittel der Beschuldigten vorbestraft ist. Darunter gibt es Beschuldigte, die mehr als 20 Mal vorbelastet sind. Die Daten der Vorstrafen sollte man jedoch mit Vorsicht auswerten, da sie nicht nur auf den Auskünften der Justiz, sondern teilweise auch auf Akten der Jugendämter oder eigenen Angaben der Beschuldigten beruhen.

Der Anteil der Beschuldigten, die den ihnen zur Last gelegten Tatvorwurf vollständig akzeptieren, ist im Verlauf der Jahre 1993 bis 2001 von 54,7 % auf 33,3 % zurückgegangen¹⁴⁵. Der Anteil der Beschuldigten, die den Tatvorwurf im Wesentlichen angenommen haben, schwankt konstant um 30%. Dagegen ist der Anteil der Beschuldigten, die den Tatvorwurf teilweise akzeptieren, im gleichen Zeitraum allmählich von 11,7 % auf 21,5 % angestiegen. Bemerkenswert ist, dass der Anteil der Beschuldigten, die den Tatvorwurf verleugnen, im gleichen Zeitraum stetig von 4,9 % auf 17,2 % gestiegen ist. Im Jahr 2001 erreichte der Anteil der Beschuldigten, die den Tatvorwurf teilweise bzw. gar nicht angenommen haben ihren bisherigen Höchststand. Das ist eventuell darauf zurückzuführen, dass mit der Zunahme des TOAs die Einrichtungen mehr und verschiedenartigere Fälle

¹⁴⁵ Hierbei muss auch berücksichtigt werden, dass die Auswertung, ob der Täter den Tatvorwurf angenommen hat, auf den Einschätzungen der Vermittler beruht.

annehmen und dadurch mit unterschiedlichen Typen von Beschuldigten konfrontiert werden. Darunter soll es auch solche Beschuldigte geben, die trotz Leugnung des Vorwurfs die Durchführung eines TOAs wünschen und ggf. ihren Fall selbst bei der Einrichtung einbringen. Bei diesen Fällen kommt der Voraussetzung für das TOA-Verfahren, dass der Täter in gewissem Maß gestanden haben soll, eine besondere Bedeutung zu¹⁴⁶. Mit Hilfe der Eignungskriterien jeder TOA-Einrichtung werden solche u. a. nicht erfüllte Voraussetzungen identifiziert und die Fälle wegen „verfahrenstechnischer Hindernisse“ an den Auftraggeber zurückgegeben¹⁴⁷. Im Jahr 2002 beträgt der Anteil der den Tatvorwurf vollständig akzeptierenden Beschuldigten 37,5 %, im Wesentlichen akzeptierende Beschuldigte 25,1%, und teilweise akzeptierende Beschuldigte 21,5 %. Der Anteil der Beschuldigten, die den Tatvorwurf verleugnen, ist letztes Jahr geringfügig gesunken und liegt 2002 bei 15,8 %.

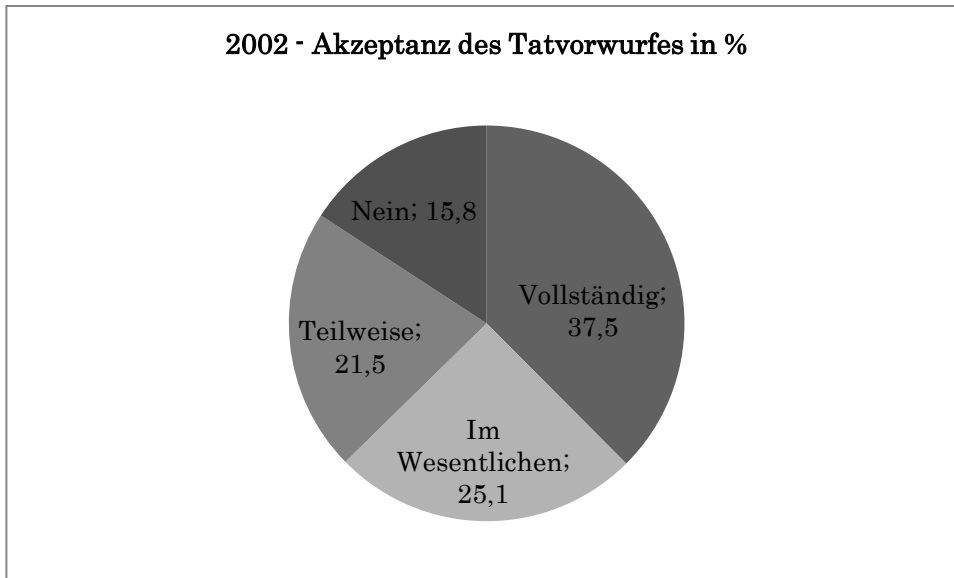
Schaubild 14-1:



¹⁴⁶ Obwohl beim TOA-Verfahren ein uneingeschränktes Geständnis nicht nötig ist, setzt der TOA im Allgemeinen voraus, dass der Täter sich gegenüber dem Opfer zu seiner Schuld bekennt. BGH NSTZ 2003, S.199

¹⁴⁷ s. o. Abschnitt 2) „Verlauf des TOAs“, S.143

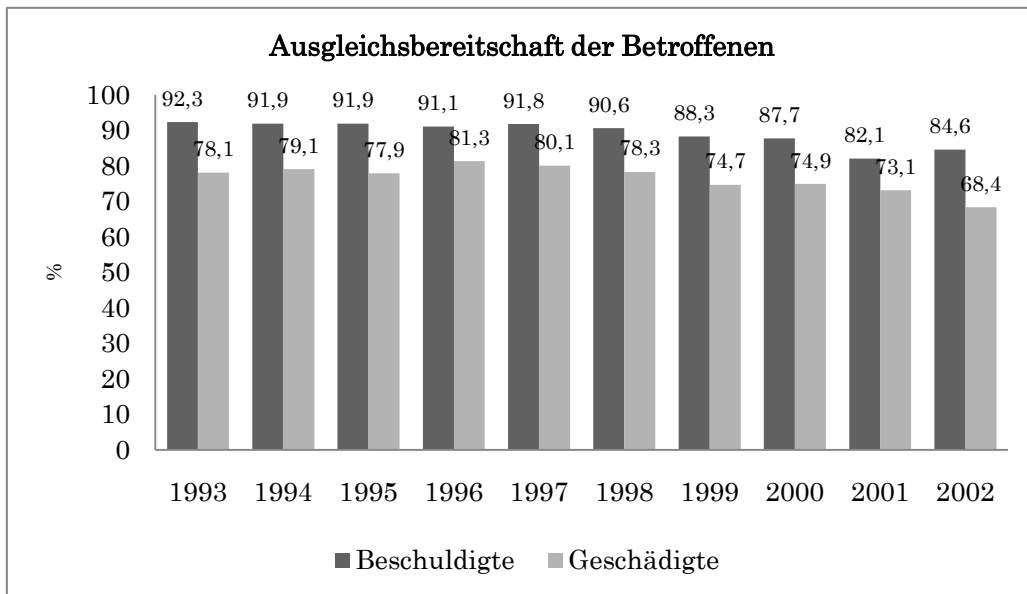
Schaubild 14-2:



Der Anteil der zum TOA bereiten Geschädigten überschritt von 1993 bis 1998 durchgehend 70 % und pendelt seit 1999 um 70 %. In den letzten vier Jahren ist die Bereitschaft der erwachsenen Geschädigten besonders stark, um etwa 15 % Prozentpunkte, gesunken, so dass deren Anteil 2002 nur noch 63,0 % betrug.

Dagegen bleibt der Anteil der zum TOA bereiten Beschuldigten konstant hoch. Der allgemeine Anteil der Beschuldigten, die zum TOA bereit sind, liegt 2002 bei 84,6 %, der Anteil der jugendlichen bzw. heranwachsenden Beschuldigten bei 92,1 % und der Anteil der erwachsenen Beschuldigten bei 77,4 %. Während der Anteil der zum TOA bereiten erwachsenen Beschuldigten von 1998 bis 2002 allmählich gesunken ist, liegt der Anteil der zum TOA bereiten jugendlichen bzw. heranwachsenden Beschuldigten durchgehend bei über 90 %. Die TOA-Bereitschaft der Beschuldigten ist unabhängig von Vorstrafen. Der Anteil der zum TOA bereiten jugendlichen Ersttäter sowie der Anteil der Vorbelasteten überschreiten im Durchschnitt 90 %.

Schaubild 15:



Untersucht man die Ausgleichsbereitschaft der Betroffenen nach Deliktgruppen, nehmen die Geschädigten, die Sachbeschädigungen erlitten haben, den ersten Platz ein. 2002 beträgt ihr Anteil 70,5 %. Dagegen beträgt der Anteil der ausgleichsbereiten Geschädigten, die Körperverletzung, Raub und Erpressung, bzw. Eigentums- und Vermögensschäden erlitten, gleichmäßig etwa 60 %. In den letzten drei Jahren ist bei jeder Deliktgruppe der Anteil der zum TOA bereiten Geschädigten zurückgegangen. 2002 beträgt der Anteil der zum TOA bereiten Geschädigten im Bereich der Körperverletzungsdelikte, die leichte Beeinträchtigung erlitten, 67,4 %, die mittlere Beeinträchtigung erlitten, 53,9 %, die gavierende Beeinträchtigung erlitten, 53,9 % und der Anteil der Geschädigten mit dauerhaften Verletzungen 50,0 %. In diesen zwei Jahren hat der Anteil der Geschädigten, die schwer beeinträchtigt wurden, um mehr als 20 % sowie der Anteil der Geschädigten mit dauerhaften Verletzungen um mehr als 30 % abgenommen. Der Anteil der ausgleichsbereiten Geschädigten mit dauerhaften Verletzungen schwankt jedoch bisher zwischen 50 % und 91 %. Trotz der Schwankungen ist die Zustimmungsquote der Geschädigten zum TOA im Allgemeinen gesunken. Die Ursache der mangelnden Ausgleichsbereitschaft der Geschädigten ist noch zu untersuchen, da der TOA auch im Interesse der Geschädigten stattfindet¹⁴⁸.

¹⁴⁸ AE-WGM, BT-Drs 12/6853 S.21

5. Gesprächsformen des TOAs

Der typische Vermittlungsprozess ist ein von einem Vermittler moderiertes Gespräch. Daneben gibt es weitere Gesprächsformen, z. B. Einzelgespräche, bei denen ein Vermittler abwechselnd Beschuldigte und Geschädigte befragt oder auch Gespräche zwischen Beschuldigtem und Geschädigtem ohne Vermittler. Solch ein privates Ausgleichsgespräch ohne Vermittlungspersonen kann nicht nur *vor* dem offiziellen TOA-Prozess, sondern auch *während* des Prozesses durchgeführt werden. Von 1993 bis 2002 ist der Anteil des typischen Gesprächs mit Vermittler von 60 % auf 48,4 % gesunken. Dagegen ist der Anteil des privaten Gesprächs ohne Vermittler *vor* dem TOA im gleichen Zeitraum allmählich von 8,0 % auf 11,7 % angestiegen. Der Anteil des privaten Gesprächs *während* des TOAs pendelt durchschnittlich um etwa 6 %.

Schaubild 16-1:

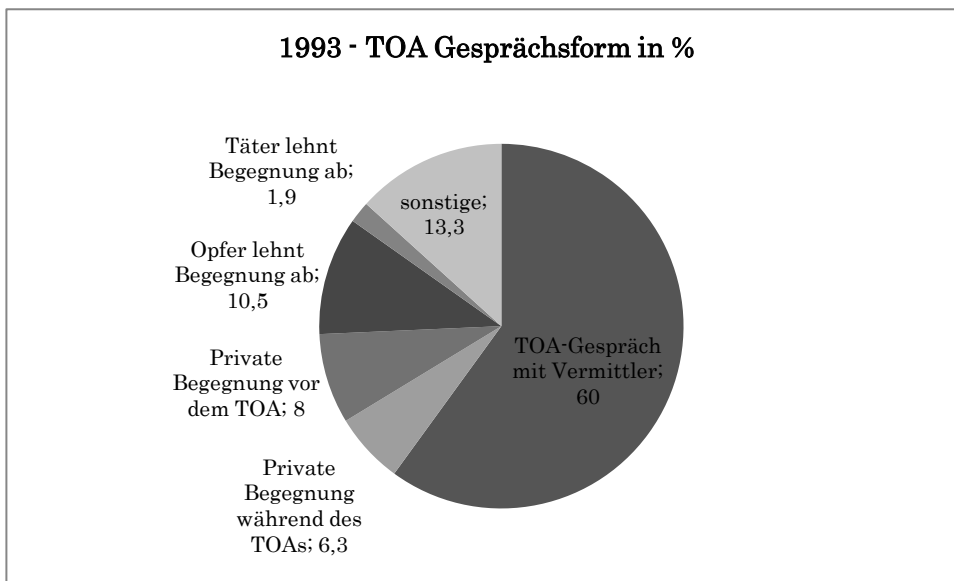
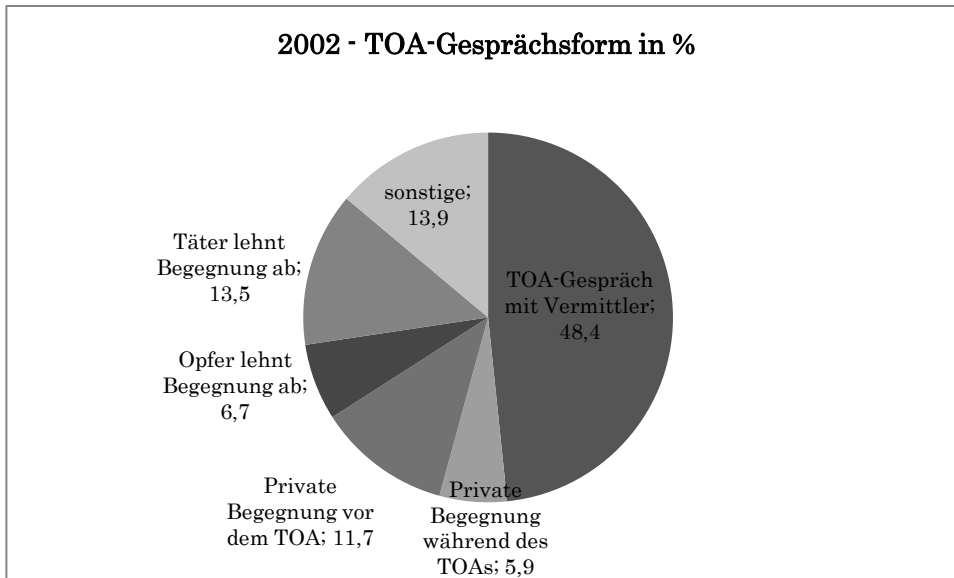


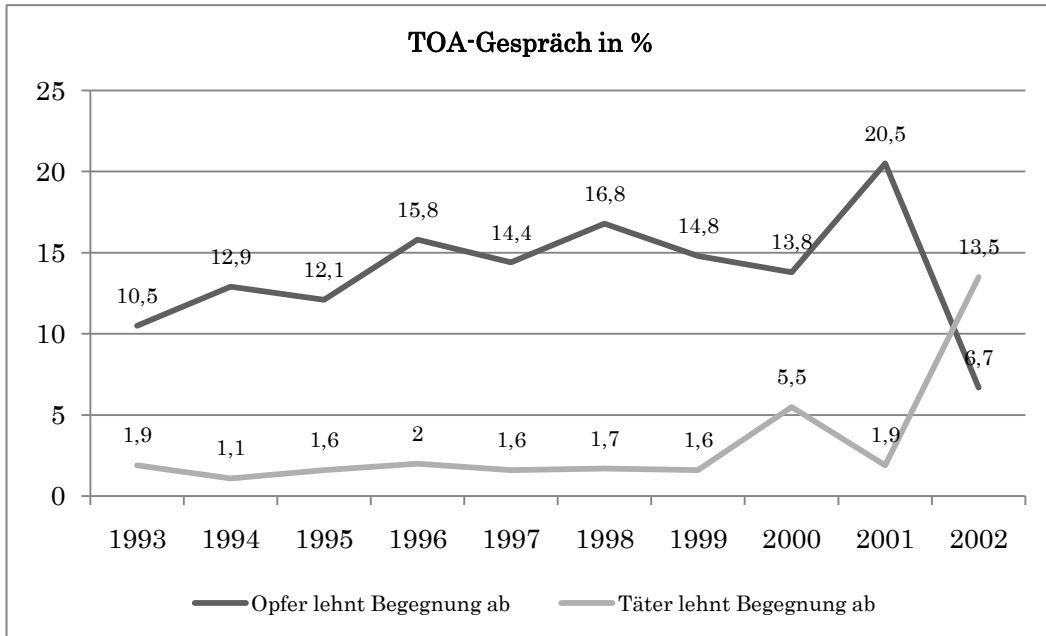
Schaubild 16-2:



Während der Anteil der Beschuldigten, die eine Begegnung mit dem Geschädigten beim TOA abgelehnt haben, von 1993 bis 2001 durchschnittlich bei etwa 2 % stagnierte, schwankte der Anteil der Geschädigten, die eine Begegnung mit dem Beschuldigten abgelehnt haben, zwischen 10 % und 20 %¹⁴⁹. Die Ablehnungsgründe der Geschädigten sind unterschiedlich: Ein gemeinsames Gespräch mit den Beschuldigten scheint zu „zeitaufwändig“, kann „das Trauma der Geschädigten wieder aufleben zu lassen“ oder es liegt „kein Interesse am Strafverfahren gegen den Beschuldigten“ vor. Die Gesprächsquote von Geschädigten mit jugendlichen und heranwachsenden Beschuldigten liegt um etwa 20 % höher als die Gesprächsquote mit erwachsenen Beschuldigten. Der Anteil der Fälle mit Ausgleichsgespräch lag bei jugendlichen und heranwachsenden Beschuldigten in den letzten zehn Jahren durchschnittlich bei über 75 %. Dagegen ist dieser Anteil bei erwachsenen Beschuldigten in den letzten drei Jahren um etwa 15 Prozentpunkte gesunken und beträgt heute 54,5 %. Trotz dieser Differenz liegen die Gesprächsquoten beider Altersstufen bei deutlich über 50 %, was positiv zu bewerten ist.

¹⁴⁹ 2002 lag der Anteil der Beschuldigten, die das Ausgleichsgespräch mit Geschädigten abgelehnt haben, mit 13,5 % ungewöhnlich hoch und der Anteil der die Begegnung mit Beschuldigten zurückweisenden Geschädigten war mit 6,7 % ungewöhnlich gering.

Schaubild 17:



Die Gesprächsquoten unterscheiden sich auch nach Delikten. Zwar ist der Anteil der Fälle mit Ausgleichsgesprächen bei Körperverletzungen leicht zurückgegangen, dennoch liegt deren Anteil im Jahr 2002 mit 72,1 % immer noch am höchsten. Obwohl der Anteil bei Raub und Erpressung bis 2000 wie bei Körperverletzungen durchschnittlich mehr als 75 % beträgt, ist der Anteil in den letzten zwei Jahren um fast 40 Prozentpunkte gefallen und beträgt 2002 nunmehr 44,1 %. Der Anteil bei Eigentums- und Vermögensdelikten pendelte in den letzten zehn Jahren durchschnittlich um die 60 %-Marke. Der Anteil bei Sachbeschädigungen ist stark schwankend, nämlich zwischen 30 und 74 %¹⁵⁰.

¹⁵⁰ Die Werte bei Raub und Erpressung sowie bei Eigentums- und Vermögensdelikten sind in Tabelle und Diagramm der TOA-Statistik jeweils genau vertauscht. Bisher ist unklar, welche Angabe korrekt sind. Jedenfalls ist erkennbar, dass der Anteil von Raub und Erpressung bisher stark gesunken ist.

6. Ergebnis des TOAs

Im Jahr 2002 haben 80,2 % der Beschuldigten und Geschädigten, die einen Ausgleichsversuch durchgeführt hatten, mit einer vollständig einvernehmlichen Regelung abgeschlossen. Dagegen gelangten 15,5 % der Betschuldigten und Geschädigten zu keiner Einigung. Mit einer teilweisen Regelung, bei der sich einer der Betroffenen weitere straf- oder zivilrechtliche Schritte vorbehalten hat, haben 4,3 % abgeschlossen. Bemerkenswert ist, dass die ungewöhnlich hohe Einigungsquote von mehr als 80 % bisher konstant geblieben ist, obwohl die Anzahl der Fälle in den letzten zehn Jahren erheblich zugenommen hat: von 963 auf 2.098. Die Einigungsquoten sind jeweils unterschiedlich bei jugendlichen / heranwachsenden Beschuldigten und erwachsenen Beschuldigten. Während die Einigungsquote bei Jugendlichen/Heranwachsenden in den letzten zehn Jahren durchgehend mehr als 90 % erreichte, ist die Quote bei Erwachsenen von 90 % auf 75,3 % gesunken. Trotz dieses Rückgangs bei erwachsenen Beschuldigten sind etwa drei Viertel der Fälle erfolgreich abgeschlossen worden, was positiv zu bewerten ist.

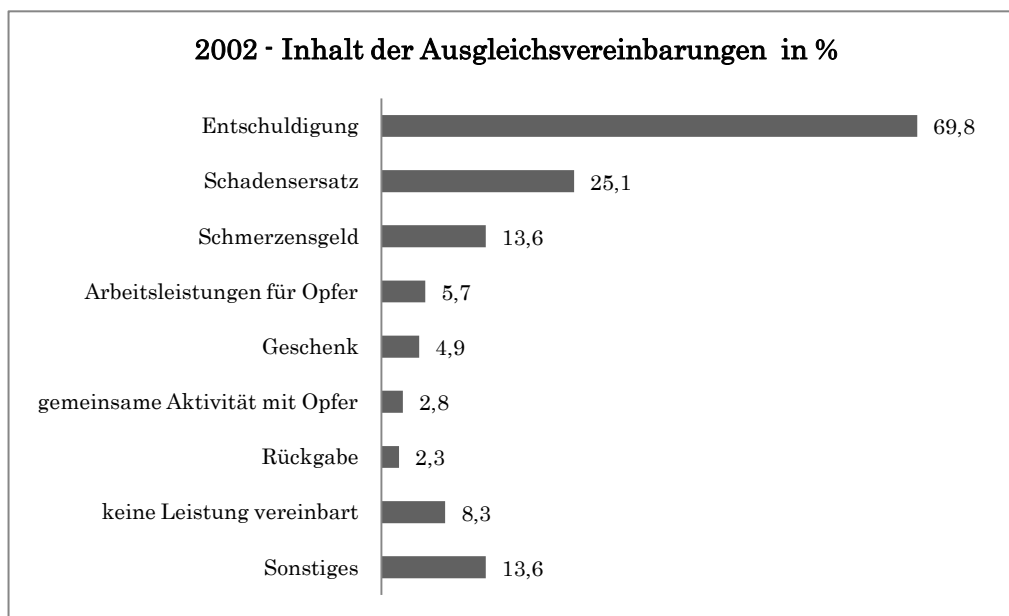
In den letzten Jahren hat die Einigungsquote zwar bei allen Delikten allmählich abgenommen, es wurde aber trotz allem eine hohe Quote erzielt. Die Quote bei Sachbeschädigung, die bis 2000 durchgehend fast 100 % erreichte und in den letzten zwei Jahren Schritt für Schritt abgenommen hatte, liegt weiterhin bei nunmehr 87,7 %. Die Quote bei Raub und Erpressung erreicht im Durchschnitt mehr als 90 %. Einen Einbruch gab es nur 2001, als die Quote auf 69,4 % sank. Trotz eines leichten Rückgangs hat sich die Einigungsquote bei Körperverletzungen sowie bei Eigentums- und Vermögensdelikten konstant zwischen 80 % und 90 %¹⁵¹ gehalten. Die Auswertung nach Deliktgruppen ist im Hinblick auf die Repräsentativität der Daten kritisch zu betrachten: Bei Körperverletzungen liegen 1.110, bei Sachbeschädigung 359, bei Eigentums- und Vermögensdelikten 135 und bei Raub und Erpressung nur noch 52 Fälle vor.

Beim TOA gibt es unterschiedliche Formen von Ausgleichsvereinbarungen, die teilweise miteinander kombiniert werden können. Daher übersteigt die Summe im

¹⁵¹ Nur im Jahr 2001 betrug die Quote bei Eigentums- und Vermögensdelikten 76,0 %.

u. g. Schaubild die 100 %-Marke. Am häufigsten sind *Entschuldigungen*, die sehr gut mit anderen Ausgleichsformen verknüpft werden können, und im Jahr 2002 mit 69,8% am häufigsten getroffen werden. *Schadensersatz* rangiert mit 25,1 % auf dem zweiten Platz. Es folgen *Schmerzensgeld* mit 13,6 %, *Arbeitsleistungen für das Opfer* mit 5,7 %, *Geschenke* mit 4,9 %, *gemeinsame Aktivität mit dem Opfer* mit 2,8 % und *Rückgabe* mit 2,3 %¹⁵². Die übrigen 13,6 % sind unter *Sonstiges* zusammengefasst. Außerdem wurde in 8,3 % der Fälle keine Leistung vereinbart. Als effektivste Vereinbarung gilt die Zahlung von Schadensersatz bzw. Schmerzensgeld nach einer Entschuldigung.

Schaubild 18;

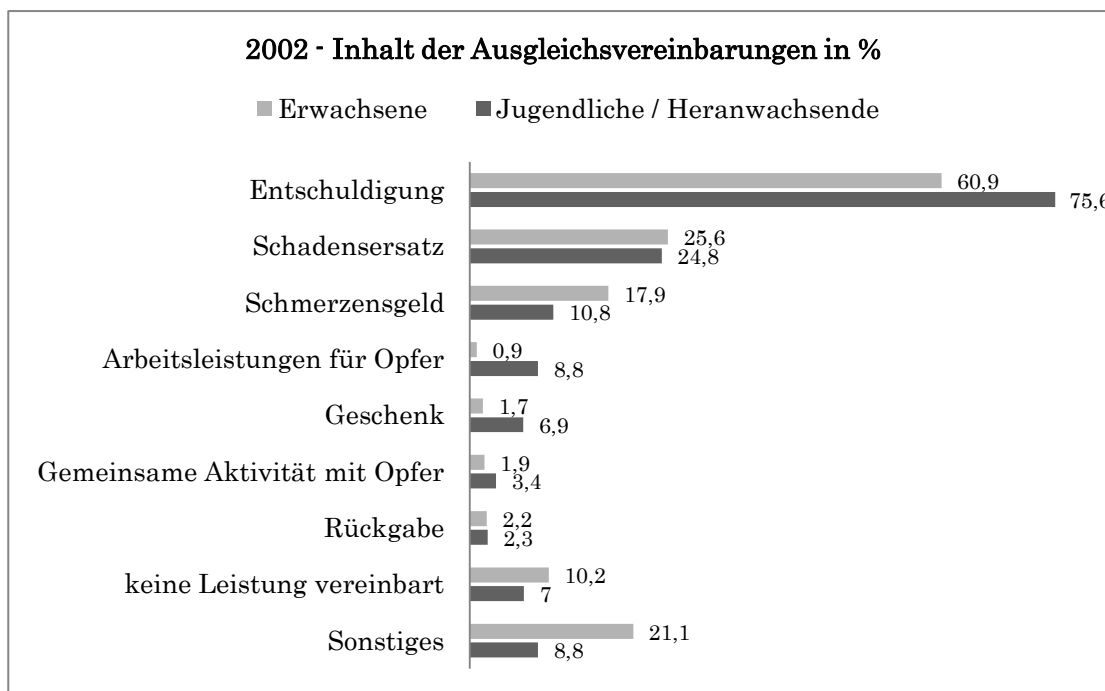


Wie oben erwähnt, sind die Inhalte der Vereinbarungen verschieden. Sie unterscheiden sich aber auch nach der Altersstufe der Beschuldigten. Sowohl bei jugendlichen/heranwachsenden Beschuldigten als auch bei erwachsenen Beschuldigten rangieren *Entschuldigungen* an erster Stelle gefolgt von *Schadensersatz* bzw. *Schmerzensgeld*. Allerdings beträgt 2002 bei Erwachsenen der Anteil von *Schmerzensgeldzahlungen* 17,9 %, bei Jugendlichen/Heranwachsenden lediglich 10,8 %. Dagegen pendelte sich der Anteil von *Schadensersatzzahlungen* in den letzten drei Jahren in beiden Altersstufen bei durchschnittlich 25 % ein. Während der Anteil von Geschenken bei Jugendlichen/Heranwachsenden 6,9 %

¹⁵² Der Anteil der *Rückgaben* bei der TOA-Vereinbarung ist relativ gering, da sie schon oft in der polizeilichen Phase getätigt wurde.

beträgt, beläuft sich der Anteil bei Erwachsenen auf weniger als 2 %. Der Anteil der Fälle, in denen keine Leistung vereinbart wurde, beträgt bei Erwachsenen 10,2 % und bei Jugendlichen/Heranwachsenden 7 %.

Schaubild 19:



Neben der anteilmäßigen Verteilung der genannten Leistungen ist auch die Summe des vereinbarten Schadensersatzes bzw. Schmerzensgeldes von Interesse. Im Jahr 2002 erhalten die Geschädigten beim Schadensersatz in 27,6 % der Fälle weniger als 50 Euro, in 19,1 % der Fälle zwischen 51 und 100 Euro, in 10,5 % der Fälle 101 bis 150 Euro und nur weniger als 7 % der Geschädigten erhalten Leistungen, die höher als 150 Euro sind. Schmerzensgeldzahlungen sind im Allgemeinen höher. Wie beim Schadensersatz sind auch bei den Schmerzensgeldzahlungen bis 50 Euro und von 51 bis 100 Euro am häufigsten. Jedoch liegen sie 2002 mit 16,8 % und 13,9 % auf einem niedrigeren Niveau. Danach reihen sich schon die Beträge von 151 bis 200 Euro mit 11,3 % und die Beträge von 301 bis 400 Euro mit 10,9 % an. Auch die Beträge von 401 bis 500 Euro erreichen auch im Vergleich zum Schadensersatz mit 9,7 % einen höheren Anteil. Dagegen erreichen Leistungen in Höhe von 101 bis 150 Euro nur einen Anteil von 7,1 %. Die Tendenz, dass das Niveau von Schmerzensgeldzahlungen durchschnittlich höher ist als das der Schadensersatzzahlungen, war in den

untersuchten Jahren stets erkennbar.

Schaubild 20:

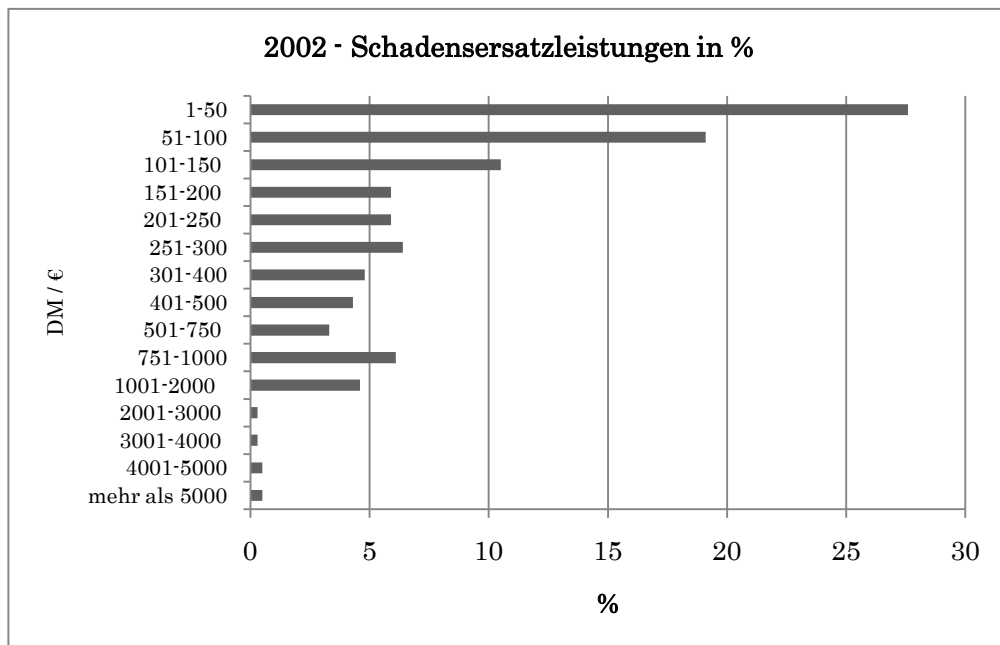
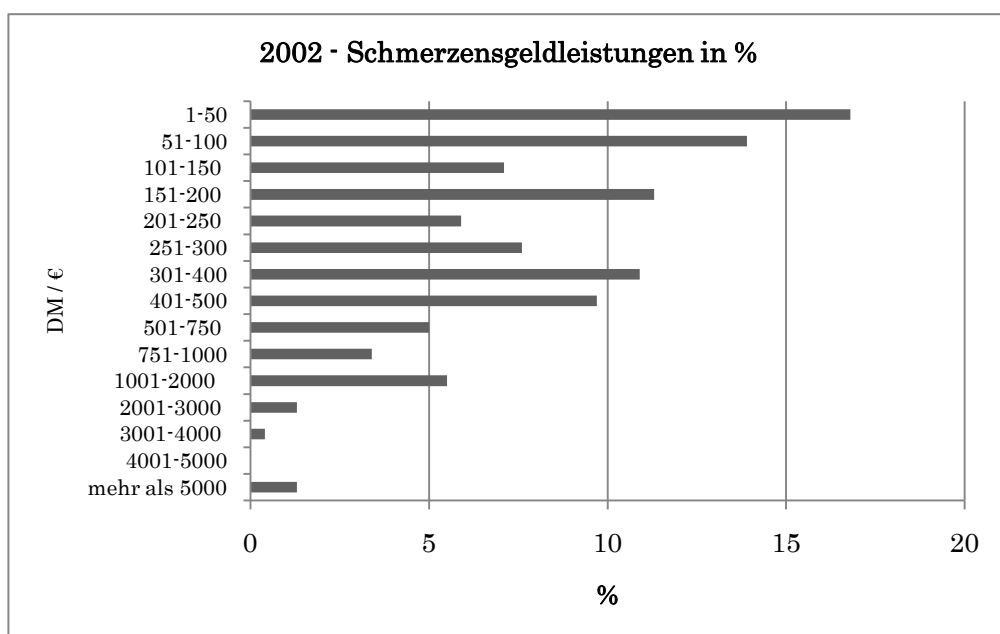


Schaubild 21:



Ob die oben genannten Leistungen, die zwischen Beschuldigtem und Geschädigtem vereinbart worden sind, tatsächlich geleistet wurden, muss auf jeden Fall genau untersucht werden, um einen erfolgreichen TOA zu gewährleisten. Der Anteil der Fälle, bei denen Beschuldigte die Leistungen vollständig oder teilweise erbracht haben, erreicht im Jahr 2002 bei allen Altersstufen durchschnittlich mehr als 80 %. Als *teilweise* erbrachte Leistung gelten dabei Ratenzahlungen, die in zahlreichen Fällen durchgeführt und zum Zeitpunkt der Umfrage noch nicht abgeschlossen waren. Bei Rückfragen ergab sich jedoch, dass diese *teilweise* erbrachten Leistungen von den Beschuldigten meist vollständig erfüllt werden. Während der Anteil der Fälle, bei denen die Leistungen überhaupt nicht erbracht wurden, bei erwachsenen Beschuldigten 7,3 % beträgt, liegt der Anteil bei jugendlichen/heranwachsenden Beschuldigten bei lediglich 1,4 %.

Um den Beschuldigten die Ratenzahlung zu erleichtern und die Ansprüche der Geschädigten möglichst schnell erfüllen zu können, wurden bei zahlreichen Projekten *Opferfonds* eingerichtet. Diese Opferfonds ermöglichen Geschädigten, die von mittellosen Beschuldigten geschädigt wurden, den Ausgleich. Unvermögende Beschuldigte können solche Geldleistungen, die von Opferfonds ausgeglichen wurden, durch gemeinnützige Arbeit ersetzen. Auf Opferfonds wird jedoch bei lediglich etwa 15 % aller Vereinbarungen zurückgegriffen.

Die Dauer der TOA-Verfahren ist vor allem aus Perspektive der Prävention von Interesse. Je kürzer der Zeitraum zwischen der Tat und der darauf folgenden Reaktion, desto stärker ist die präventive Wirkung. Die Dauer der TOA-Verfahren lässt sich dreiteilen: In die Zeit von der Tat bis zum Eingang des Falles bei der TOA-Einrichtung (erste Phase), in diejenige vom Eingang bis zur Kontaktaufnahme mit den Betroffenen (zweite Phase) und in die Zeit von der Kontaktaufnahme bis zur Rückgabe des Falles, welche meist an die Staatsanwaltschaft erfolgt (dritte Phase). Während die erste Phase in sämtlichen untersuchten Jahren durchschnittlich etwa 15 Wochen dauerte, ist die dritte Phase im Durchschnitt lediglich etwa 6 - 7 Wochen lang. Die Kontaktaufnahme mit den Betroffenen nach dem Falleingang (zweite Phase) ist üblicherweise innerhalb einer Woche abgeschlossen. Insgesamt dauert die Zeit vom Falleingang bis zur Rückgabe im Durchschnitt also nur 7 - 8 Wochen. Daraus lässt sich ableiten, dass der TOA-Prozess einem zügigen Strafverfahren nicht im Wege steht.

7. Vorläufige Betrachtung

Die TOA-Statistik, die seit inzwischen zehn Jahren erhoben wird, ist zweifellos das Resultat der langjährigen Zusammenarbeit von TOA-Einrichtungen und -Forschungsgruppen mit dem TOA-Servicebüro und dem BMJ. Dabei hat man sich im vom BMJ geförderten TOA-Servicebüro größte Mühe gegeben, eine Brücke zwischen den TOA-Einrichtungen und Forschungsgruppen zu schlagen. Je mehr Verfahren von TOA-Einrichtungen eingeleitet wurden, desto vielfältiger wurden ihre Aufgaben. Eine davon ist es, die TOA-Eignungskriterien, auf deren Grundlage Staatsanwaltschaft und TOA/Einrichtungen operieren, herauszuarbeiten. Um eine gleichmäßige Verbreitung des TOAs in Deutschland zu ermöglichen, ist es unerlässlich, einheitliche Eignungskriterien festzulegen.

Darüber hinaus sollte beim TOA sowohl Täter als auch Opfer gleichermaßen Beachtung zuteil werden. Während der TOA als ein wichtiger Weg zur Diversion aufgenommen wurde, ist das Interesse der Opfer am TOA eher zurückgegangen. Da beim TOA auch das Opfer am Verfahren zur Wiederherstellung des Rechtsfriedens beteiligt ist, sollte verstärkt die Stellung des Opfers, wie in der AE-WGM erwähnt, berücksichtigt werden.

Um die Interessen von Täter und Opfer am TOA richtig einschätzen zu können, spielt die TOA-Statistik eine große Rolle. Eine weitere Zusammenarbeit der TOA-Mitwirkenden könnte in Zukunft der Inhalt der Statistik bereichern. Die TOA-Statistik hat das Potenzial dergestalt auf den TOA zurückzuwirken, dass ein lebendiges Verfahren entsteht, das sich unverzüglich an die Interessen und Bedürfnisse von Täter und Opfer anzupassen vermag.

C) Zweites Kapitel. Täter-Opfer-Ausgleich bei häuslicher Gewalt

I. Problemstellung

Die Aufdeckung von und die Reaktion auf Gewalt im familiären Bereich ist mit besonderen Schwierigkeiten verbunden. Die Opfer häuslicher Gewalt sind in den meisten Untersuchungen Frauen und/oder Kinder, die von männlicher Gewalt betroffen sind. Oft verschweigen die Opfer die Gewalttaten aus Scham oder aus Angst vor dem Täter. Daher sind Fälle häuslicher Gewalt anderen Personen häufig nicht bekannt. Die Dunkelzifferproblematik besteht nicht nur bei den direkt betroffenen Familien. Werden derartige Fälle anderen Personen bekannt, greifen diese oft nicht ein. Auch von den Strafverfolgungsbehörden wurde Gewalt innerhalb der Familie lange als Privatsache angesehen. Daher verhielten sich die Behörden passiv. Die Fälle wurden anders als vergleichbare Gewaltstraftaten behandelt, d. h. Verfahren wurden eingestellt oder auf den Privatklageweg verwiesen und die Taten blieben folgenlos für die Täter. Die Gewalt im familiären Bereich ist jedoch infolge ihrer Auswirkungen ernst zu nehmen. Sie beeinflusst nicht nur die unmittelbar von Gewaltanwendung Betroffenen negativ, sondern auch die Kinder, die in einer von Gewalt betroffenen Familie aufgewachsen sind. Häusliche Gewalt gilt bei Kindern als Risikofaktor für delinquentes Verhalten, inadäquate Konfliktlösungsstrategien und Viktimisierungen im Erwachsenenalter.

Die kritische Sachlage ließ die allgemeine Aufmerksamkeit gegenüber häuslicher Gewalt allmählich anwachsen. Dennoch ist häusliche Gewalt erst in den letzten Jahren als gesellschaftliches Problem erkannt worden. Auch in der rechtspolitischen Diskussion wurde die Problematik dieser besonderen Gewaltstruktur nach und nach thematisiert und im zivilrechtlichen Bereich trat im Jahr 2002 das sog. Gewaltschutzgesetz¹⁵³ in Kraft. Dieses Gesetz sieht eine Verbesserung des zivilrechtlichen Schutzes der Opfer von Gewalt in Paarbeziehungen vor. Ein Verstoß gegen dabei angeordnete Regelungen kann strafbar sein. Hierbei ist eine teilweise Verschränkung der zivilrechtlichen und der strafrechtlichen Dimension entstanden.

¹⁵³ Gesetz zur Verbesserung des zivilrechtlichen Schutzes bei Gewalttaten und Nachstellungen sowie zur Erleichterung der Überlassung der Ehewohnung bei Trennung, zur Begründung des Gesetzes s. Bt-Drucks 14/5429, S. 10 ff.

Im kriminalpolitischen Rahmen wurde erkannt, dass zur strafrechtlichen Kontrolle nicht nur klassische Strafsanktionen wie Geld- und Freiheitsstrafen, sondern als ein neuer Weg auch die Wiedergutmachung als adäquate Reaktion auf eine Tat gelten kann. Nach positiven Erfahrungen in zahlreichen Modellprojekten wurde im Jahr 1994 der § 46 a StGB durch das sog. Verbrechensbekämpfungsgesetz ins deutsche Strafrecht eingefügt. Damit hat die Wiedergutmachung, vor allem in Form des Täter-Opfer-Ausgleichs (TOA), gesetzlichen Eingang ins Erwachsenenstrafrecht gefunden. Seitdem hat sich der TOA schrittweise auf die deutsche Strafrechtspflege ausgewirkt. Die im ersten Kapitel dieser Arbeit analysierte TOA-Statistik zeigt, dass der TOA bei Gewaltdelikten besonders erfolgreich eingesetzt werden kann. Das kann auch Gewaltkonflikte innerhalb der Familie betreffen. Bis jetzt hat der TOA im häuslichen Bereich nicht nur in der Wissenschaft sondern auch in der Praxis immer mehr an Bedeutung gewonnen. In Hannover wird seit einigen Jahren ein bemerkenswertes TOA-Projekt durch das *HAIP* (Hannoversches Interventionsprogramm gegen Männergewalt in der Familie) durchgeführt. Dabei arbeiten mehrere vernetzte Institutionen zusammen, um wirksam gegen Männergewalt in der Familie zu intervenieren. Das wird in Abschnitt IV. dieses zweiten Kapitels ausführlich untersucht. Im folgenden Abschnitt wird ein Überblick über häusliche Gewalt, vor allem in Partnerschaften, und im dritten Abschnitt über denkbare Maßnahmen gegen solche Gewalttaten gegeben.

II. Die gegenwärtige Situation der häuslichen Gewalt

Es ist besonders schwierig, genaue Daten zur gegenwärtigen Situation der häuslichen Gewalt, vor allem der Gewalt in Paarbeziehungen, zu finden. In der jährlich ausgewiesenen PKS wird die Gewalkriminalität in Deutschland erfasst, u. a. differenziert nach Opfer-Täter-Beziehungen, die auf der Opfererfassung beruht. Dabei werden bestimmte Straftaten(gruppen) ausgewiesen: von „Mord und Totschlag“, über „Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung“, „Raub und Erpressung“, „Körperverletzung“ bis zu „Straftaten gegen die persönliche Freiheit“. Diese sind wiederum in vollendete und versuchte Taten untergliedert sowie nach ihrer Beziehung zu den Tatverdächtigen aus Opfersicht. Durch diese Aufschlüsselung der PKS wird jedoch die Gewalt in Paarbeziehungen bzw. Partnerschaftsdelikte nur teilweise erfasst. Diese sind bloß zum Teil in den Kategorien „Verwandtschaft“ und „Bekanntschaft“ enthalten. Ehepartner und Verlobte werden dabei zwar mit in die Kategorie „Verwandtschaft“ eingeschlossen, jedoch umfasst diese Kategorie alle Beziehungen nach § 11 I StGB. Durch diese Kategorisierung ist es also nicht möglich, den genauen Umfang der häuslichen Gewalt zu ermitteln, dennoch ist sie geeignet Tendenzen abzuleiten. In der folgenden Arbeit werden Partnerschaftsdelikte in dem Rahmen ausgewertet, wie es die PKS trotz der o. g. Schwierigkeiten zulässt. Bei der Auswertung werden vollendete und versuchte Taten zusammengefasst. Der Ausdruck „heute“ bezieht sich auf die Resultate des Jahres 2007.

Im Jahr 2007 beträgt der Anteil der Opfer aus Verwandtschaftsbeziehungen bei den Delikten insgesamt 13,5 %, der aus Bekanntschaftsbeziehungen 26,6 %. Im Vergleich dazu betrug der Anteil der Opfer aus Verwandtschaftsbeziehungen im Jahr 1997 nur 9,2 % und der aus Bekanntschaftsbeziehungen betrug 22,7 %. In den letzten zehn Jahren hat sich also der Anteil der Opfer aus Verwandtschaftsbeziehungen um 4,3 Prozentpunkte und der aus Bekanntschaftsbeziehungen um 3,9 Prozentpunkte erhöht. Dagegen ist der Anteil der Opfer bei flüchtiger bzw. keiner Vorbeziehung im gleichen Zeitraum von 50,7 % auf 48,1 % sowie der bei ungeklärter Beziehung von 16,1 % auf 11,3 % gesunken.

Schaubild 1:

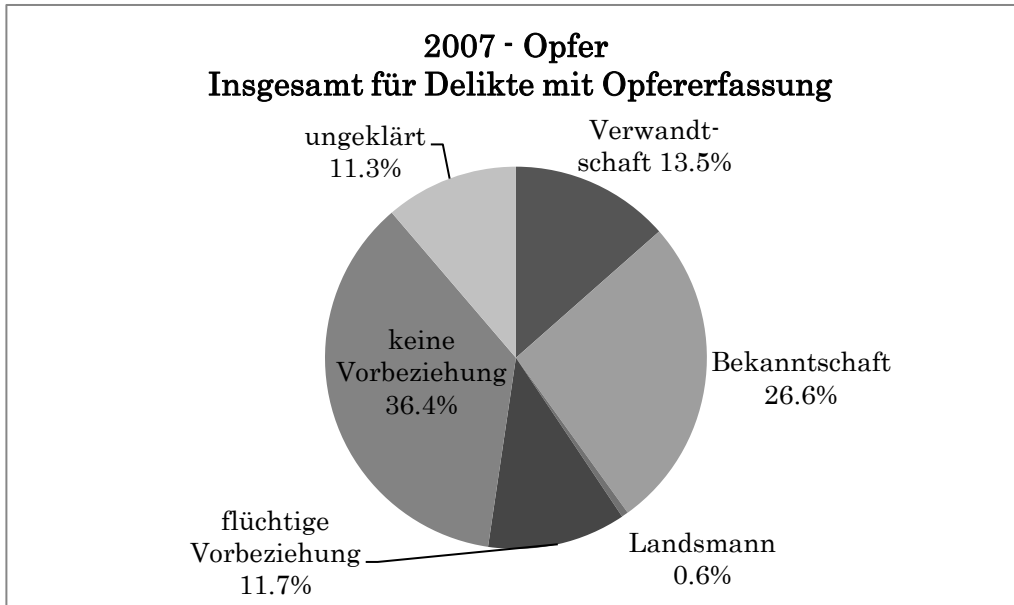
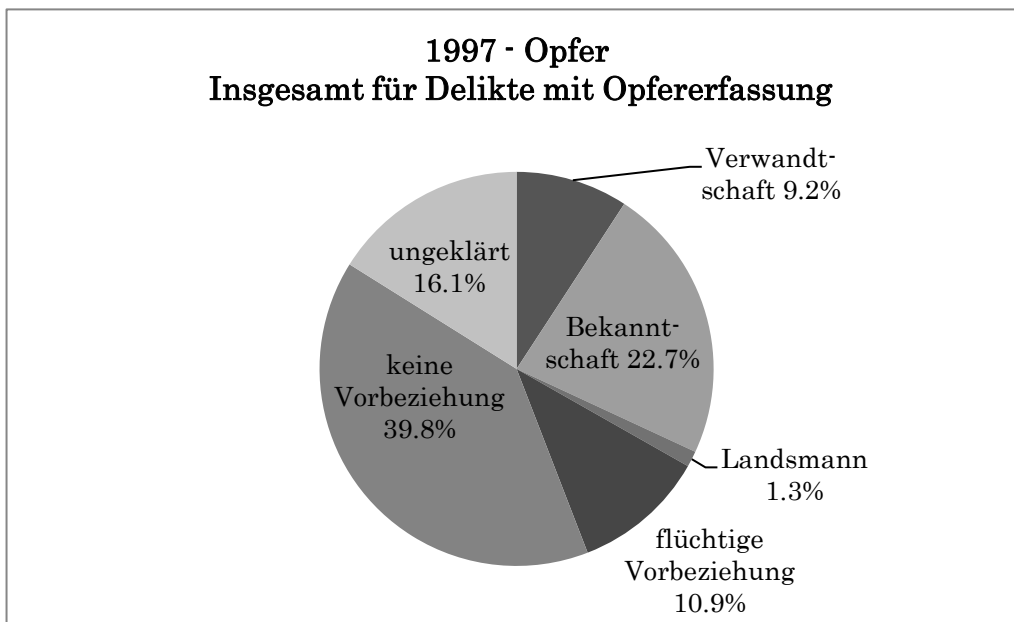


Schaubild 2:



Weitere Erkenntnisse lassen sich gewinnen, wenn man die Opfer-Täter-Beziehungen in Bezug auf verschiedene Deliktsarten betrachtet. Bei den Delikten insgesamt steht der Anteil der Opfer aus Verwandtschaftsbeziehungen im Jahr 2007, wie oben in Schaubild 1 gezeigt wird, an dritter Stelle bei 13,5 %, der Anteil aus Bekanntschaftsbeziehungen mit 26,6 % an zweiter Stelle. Dabei führte der Anteil der Opfer, die mit dem Täter keine Vorbeziehung hatten, die Statistik mit

36,4% an.

Anders als bei den o. g. Delikten insgesamt nimmt bei Mord der Anteil der Opfer aus Bekanntschaftsbeziehungen mit 32,1 % die erste Stelle ein. Darauf folgt der Anteil der Opfer aus Verwandtschaftsbeziehungen mit 28,1 %, und Opfer, die mit dem Täter bisher keine Beziehung hatten, stehen mit 16,2 % an dritter Stelle. Bei Totschlag ist die gleiche Tendenz erkennbar. Der Anteil der Opfer aus Bekanntschaftsbeziehungen beträgt 29,6 %, der der Opfer aus Verwandtschaftsbeziehungen 27,8 % und der derer ohne Vorbeziehung 20,4 %.

Schaubild 3

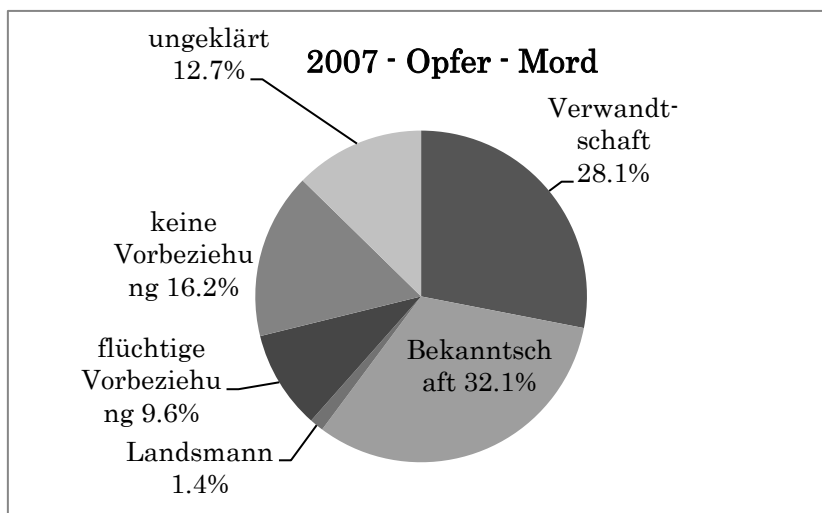
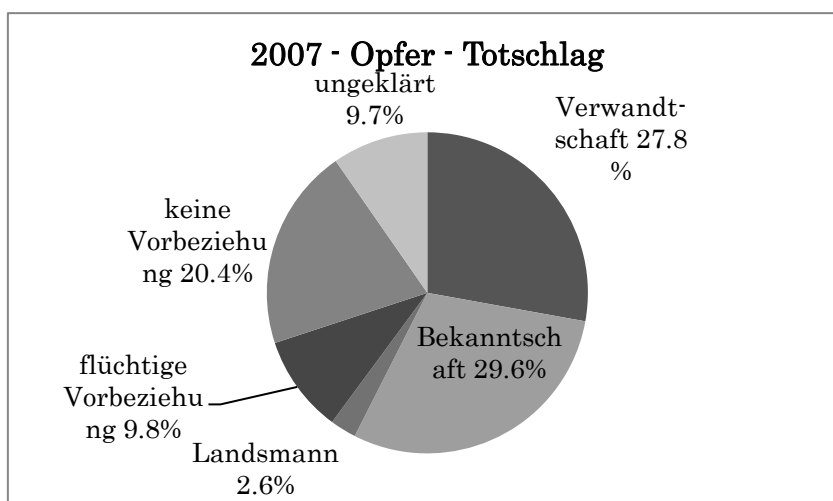


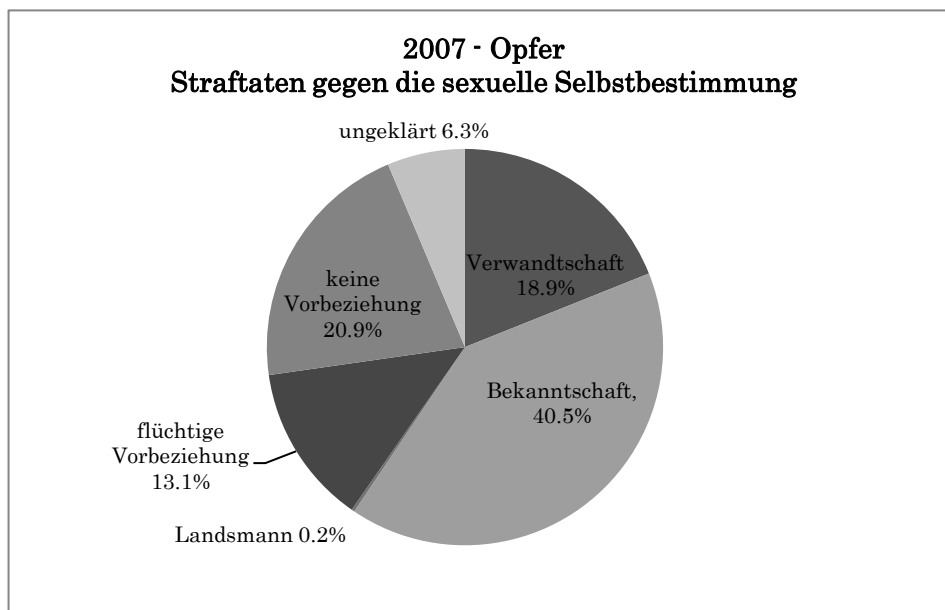
Schaubild 4



Bei Mord und Totschlag überschreitet der Anteil der Opfer aus Verwandtschafts- und Bekanntschaftsbeziehungen insgesamt die Hälfte und liegt bei 58,3 %. Im Vergleich dazu beträgt der Anteil der Opfer mit flüchtiger / keiner Vorbeziehung zusammen nur 28,8 %.

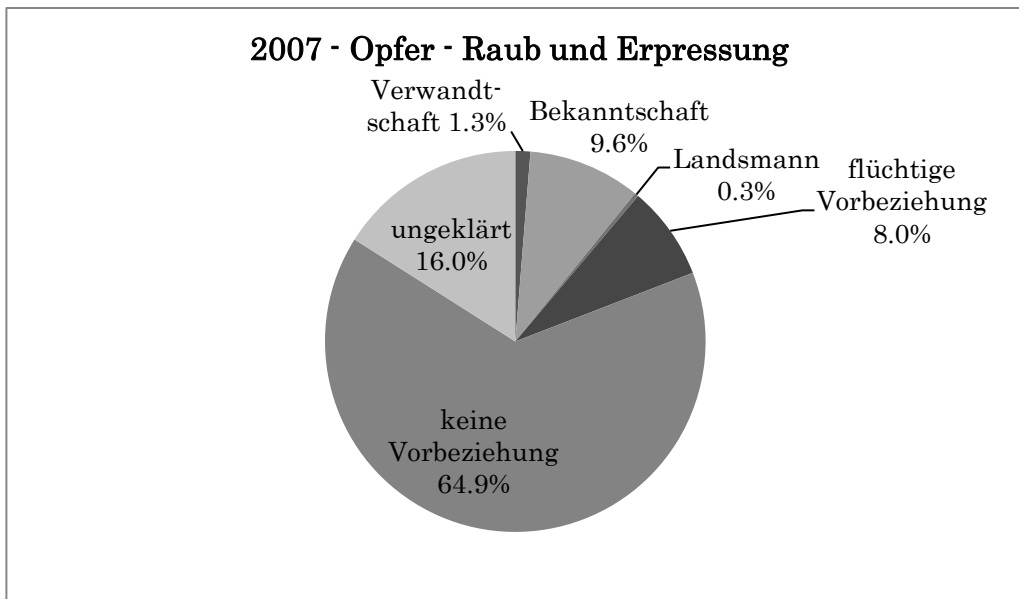
Bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung hat der Anteil der Opfer aus Verwandtschafts- und Bekanntschaftsbeziehung trotz eines potenziell hohen, statistisch nicht erfassten Dunkelfelds die Hälfte überschritten und beträgt heute 59,4 %. Im Unterschied zu den Opfern von Mord und Totschlag liegt bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung der Anteil von Bekanntschaftsbeziehungen deutlich höher als der von Verwandtschaftsbeziehungen und beträgt heute 40,5 % - eine Differenz von 21,6 Prozentpunkten. Bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung ist jedoch, wie oben erwähnt, ein hohes Dunkelfeld vor allem bei Verwandtschaftsbeziehungen zu vermuten.

Schaubild 5:



Bei Raub und Erpressung beträgt der Anteil der Opfer, die mit dem Täter eine nur flüchtige bzw. keine Beziehung hatten, insgesamt mehr als 70 %. Das liegt am anonymen Charakter, der diesen Delikten inhärent ist. Dagegen beträgt der Anteil der Opfer aus Verwandtschafts- und Bekanntschaftsbeziehungen insgesamt nur 10,8 %.

Schaubild 6:



Der Anteil der Opfer aus Verwandtschafts- und Bekanntschaftsbeziehungen insgesamt liegt bei der in der PKS ausgewiesenen Gewalkriminalität – mit Ausnahme von Raub und Erpressung – bei durchgehend mehr als 40 % und zwar bei Körperverletzung bei 41,5 % und bei Straftaten gegen die persönliche Freiheit bei 43,7 %. Damit kann vorläufig geschlossen werden, dass Verwandtschafts- sowie Bekanntschaftsbeziehungen bei Straftaten eine wichtige Rolle spielen, vor allem bei schwerer Gewalkriminalität wie bei Mord und Totschlag sowie bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung.

Der Anteil der aus Opfersicht erfassten Delikte kann wiederum auch nach Geschlecht differenziert werden. Bei den Delikten insgesamt beträgt heute der Anteil weiblicher Opfer, die durch Verwandte geschädigt wurden, 24,7 %, und der durch Bekannte geschädigte 33,5 %. Im Vergleich dazu beträgt der Anteil männlicher Opfer jeweils nur 6,2 % bzw. 22,0 %. Dagegen liegt der Anteil weiblicher Opfer, die durch Personen, zu der eine flüchtige Vorbeziehung bestand, geschädigt wurden, bei 9,1 % und durch Personen, zu denen keine Vorbeziehung bestand, bei 24,5 %.

Schaubild 7:

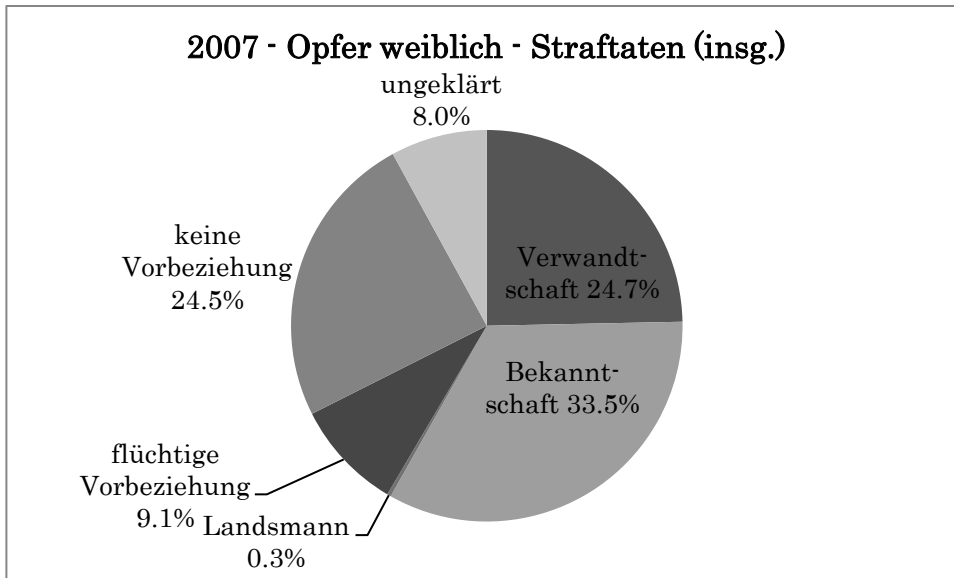
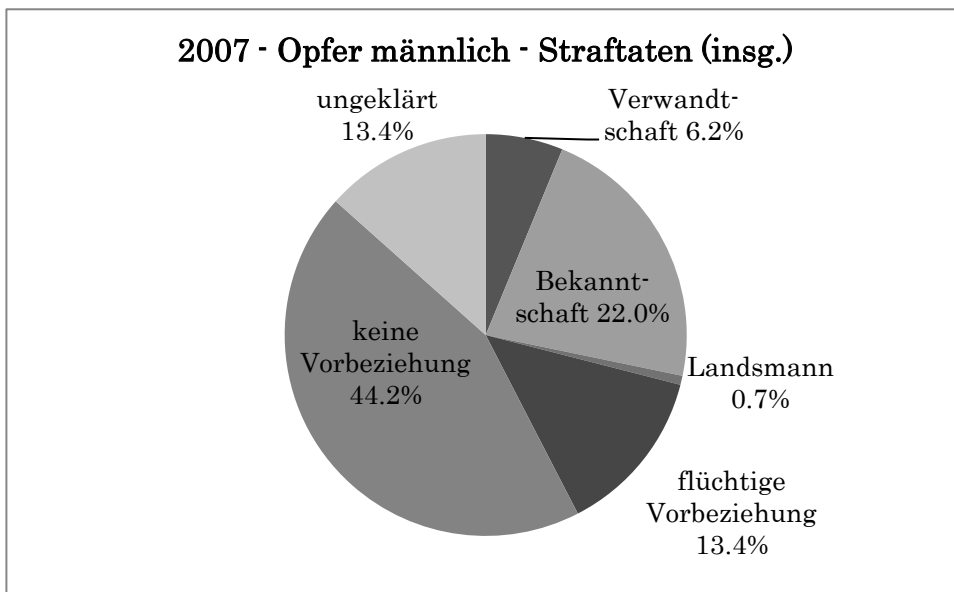


Schaubild 8:



Bei Mord beträgt der Anteil weiblicher Opfer, die durch Verwandte geschädigt wurden, 41,3 % und der durch Bekannte geschädigten 30,2 %. Dabei erreicht der Anteil der Opfer aus Verwandtschafts- und Bekanntschaftsbeziehungen insgesamt mehr als 70 %. Dagegen liegt der Anteil der Opfer, die durch Personen, zu denen eine flüchtige Vorbeziehung bestand, geschädigt wurden, bei nur 5,3 %, und durch

Personen, zu denen keine Vorbeziehung bestand, bei 14,1 %. Im Vergleich dazu liegt der Anteil männlicher Opfer, die durch Verwandte bzw. Bekannte geschädigt wurden, bei insgesamt 52,4%, und der durch Personen, zu denen eine flüchtige bzw. keine Vorbeziehung bestand, bei 30,2 %. Bemerkenswert ist dabei, dass der Anteil männlicher Opfer, die allein durch Verwandte geschädigt wurden, viel niedriger ist als der Vergleichswert weiblicher Opfer.

Schaubild 9:

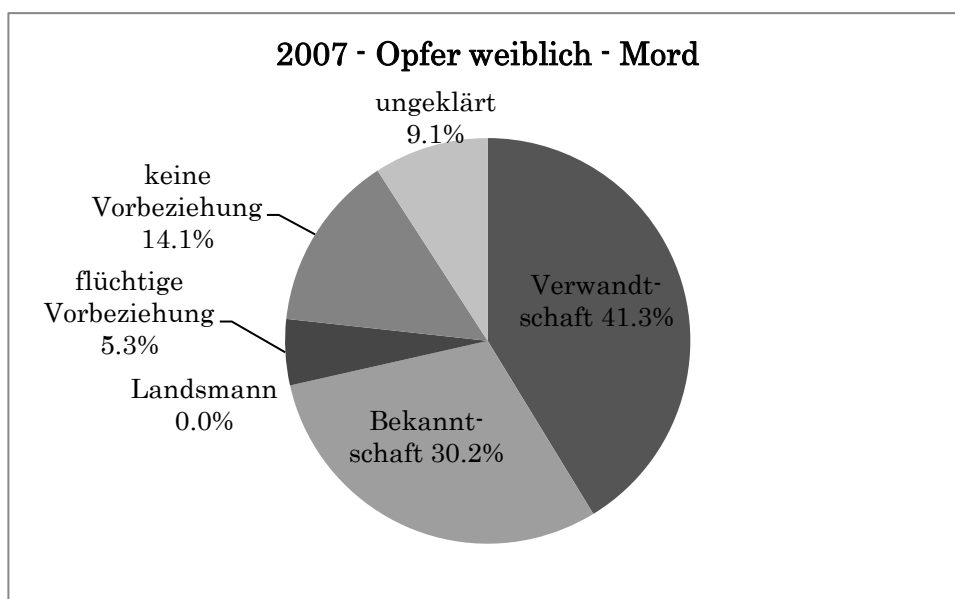
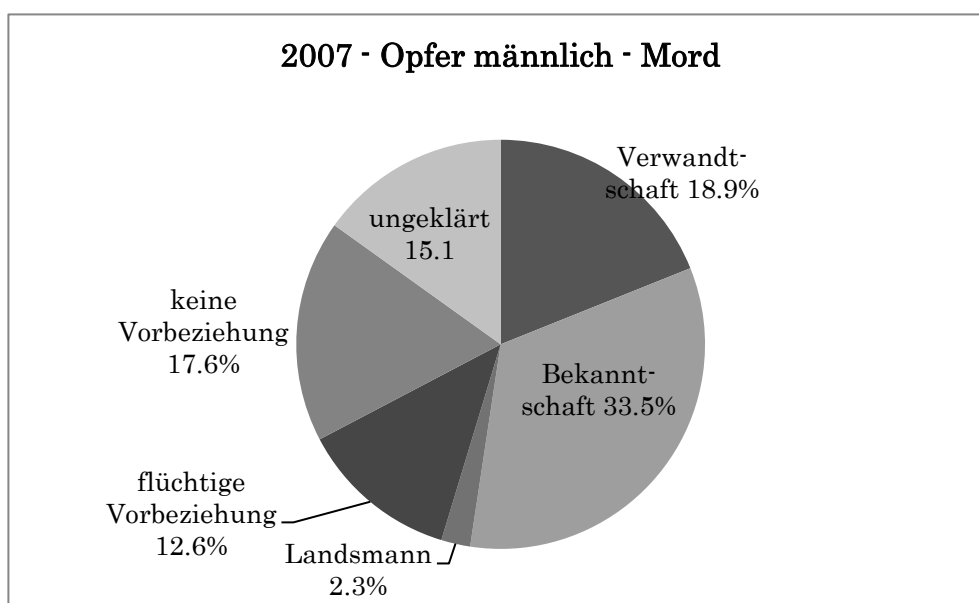


Schaubild 10:



Bei Totschlag hat der Anteil weiblicher Opfer, die durch Verwandte geschädigt wurden, die Hälfte überschritten und liegt bei 51,4 %. Fasst man diesen Anteil mit den Opfern aus Bekanntschaftsbeziehungen zusammen, erreicht er mehr als 80 %. Im Vergleich dazu beträgt der Anteil männlicher Opfer in diesen Kategorien nur 45,3 %.

Schaubild 11:

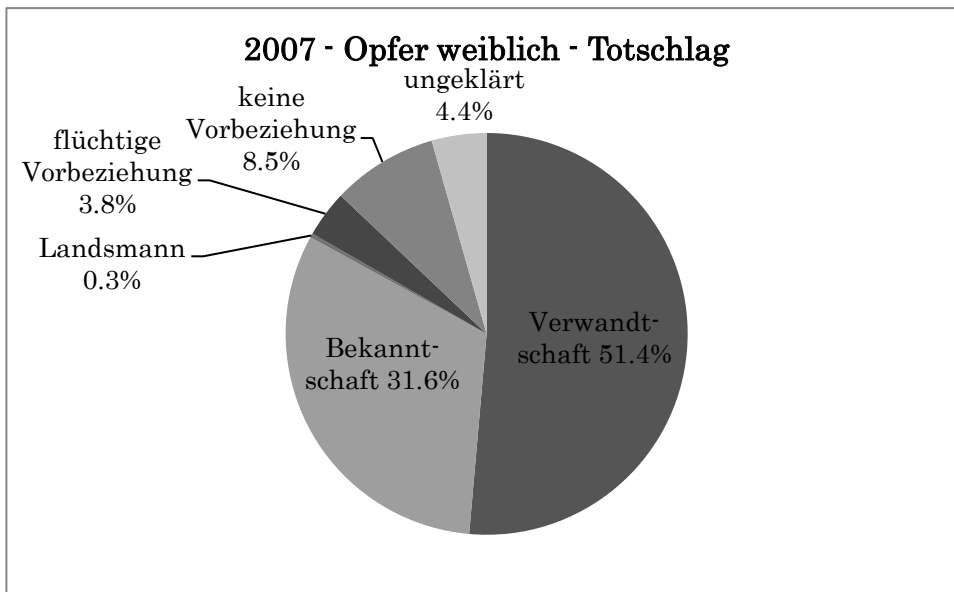
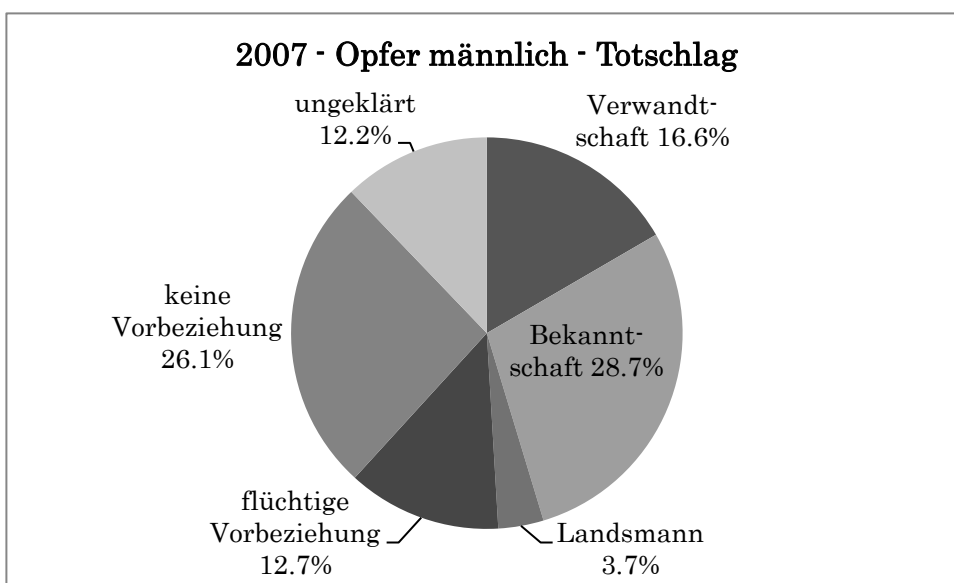


Schaubild 12:



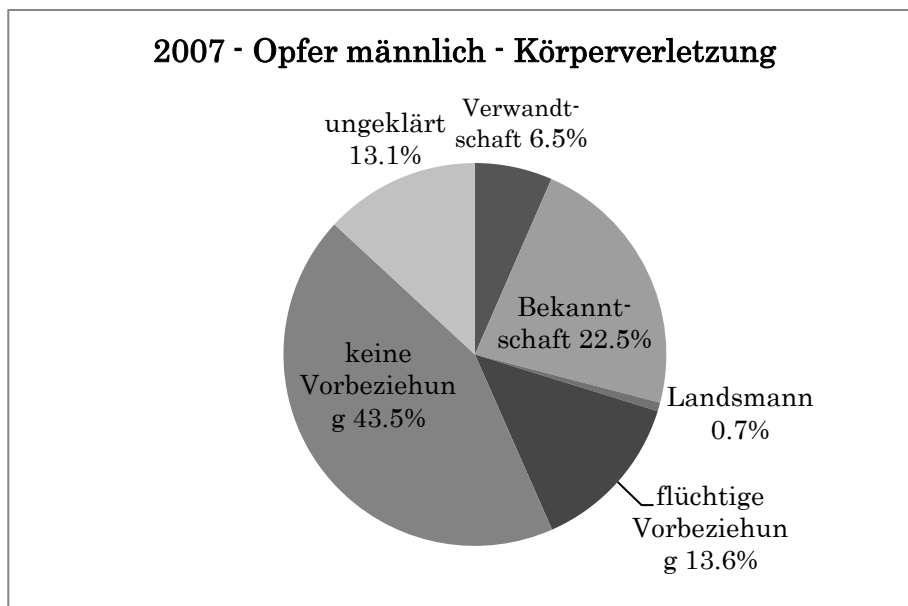
Wie oben erwähnt, ist eine Vielzahl der Opfer bei Mord bzw. Totschlag weiblichen Geschlechts. Bei beiden Delikten zusammen beträgt der Anteil weiblicher Opfer, die durch Verwandte bzw. Bekannte geschädigt wurden, 78,7%. Bei männlichen Opfern dagegen liegt dieser Anteil bei 47,4 %. Insgesamt ist jedoch die Anzahl männlicher Opfer bei Mord und Totschlag größer: 1805 Opfer waren männlichen und nur 972 weiblichen Geschlechts. Dies kann vorläufig so interpretiert werden, dass im Falle eines weiblichen Opfers bei Mord bzw. Totschlag der Schaden deutlich eher von Verwandten oder Bekannten ausgeht, als von Personen, zu denen das Opfer bisher keine oder nur eine flüchtige Beziehung hatte.

Da bei Raub und Erpressung der Anteil der Opfer aus Verwandtschafts- bzw. Bekanntschaftsbeziehungen, wie oben erwähnt, überaus gering ist, wird dessen Auswertung in diesem Abschnitt zunächst beiseite gelassen. Bei Körperverletzung und bei Straftaten gegen die persönliche Freiheit findet sich die gleiche Tendenz wie bei den o. g. Delikten Mord und Totschlag. Bei Körperverletzung beträgt der Anteil weiblicher Opfer, die durch Verwandte bzw. Bekannte geschädigt wurden, insgesamt 64,8 %, dagegen beträgt der Anteil derer, die durch eine Person, zu der eine flüchtige bzw. keine Vorbeziehung bestand, bloß 28,4 %. Das Ergebnis bei den männlichen Opfern fällt entgegengesetzt dazu aus und der Anteil beträgt hier jeweils 29,1 % und 57,1 %.

Schaubild 13:



Schaubild 14:



Bei Straftaten gegen die persönliche Freiheit ist zwar der Unterschied nach Beziehung sowie Geschlecht etwas geringer als bei den anderen Delikten, jedoch ist hier die gleiche Tendenz erkennbar. Während der Anteil weiblicher Opfer, die durch Verwandte bzw. Bekannte geschädigt wurden, insgesamt bei 58,6 % liegt, beträgt der Anteil der Opfer, die bisher nur eine flüchtige oder keine Beziehung mit dem Täter hatten, 30,8 %. Im Vergleich dazu verhalten sich die Anteile männlicher Opfer auch hier genau umgekehrt und betragen jeweils 30,9 % und 54,5 %.

Bemerkenswert ist, dass bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung ganz wider Erwarten kein großer geschlechtsspezifischer Unterschied in Bezug auf die Beziehung zum Täter ausgewiesen werden kann. Der Anteil weiblicher Opfer, die durch Verwandte bzw. Bekannte geschädigt wurden, beträgt insgesamt 58,8 %, im Vergleich dazu liegt der Anteil bei männlichen Opfern bei 66,4 %. Da die Anzahl männlicher Opfer bei sog. Sexualdelikten insgesamt zehnfach niedriger liegt als die der weiblichen Opfer (männlich: 1365, weiblich: 15152), braucht man sich über diesen großen Anteil der männlichen Opfer aus Verwandtschafts- bzw. Bekanntschaftsbeziehungen nicht zu wundern. Bemerkenswert ist jedoch, der eher geringe Anteil weiblicher Opfer innerhalb von Verwandtschafts- bzw. Bekanntschaftsbeziehungen bei Sexualdelikten. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist dies darauf zurückzuführen, dass Sexualdelikte in engen sozialen Beziehungen nicht zur Anzeige gebracht werden. Wie Bannenberg berichtet, erstatten über 93 %

der Opfer in diesen Fällen keine Strafanzeige ¹⁵⁴ . Der Grund solcher Anzeigevermeidung ist nicht, dass das Opfer keine Bestrafung des Täters wünscht. Von einer Anzeigeerstattung wird eher aus Angst oder Beschämung abgesehen, sowie der Annahme, dass es sich um eine Privatsache handle und die Polizei ohnehin nichts ausrichten könne¹⁵⁵.

Schaubild 15:

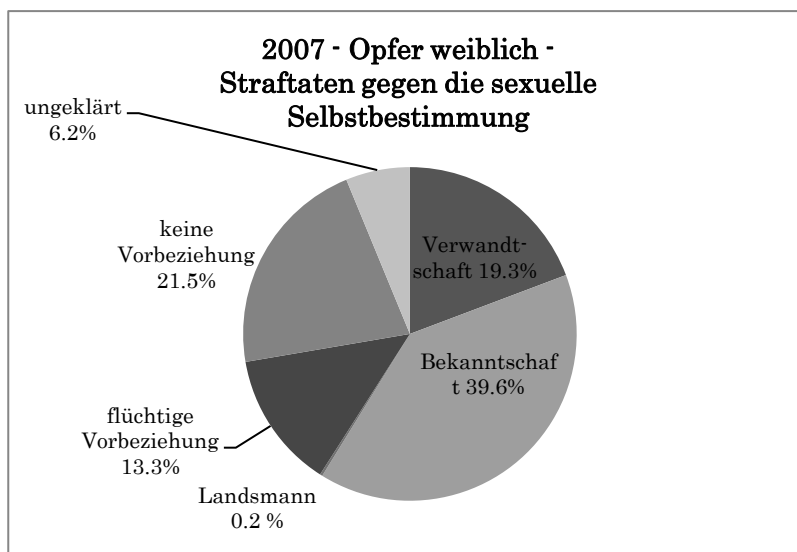
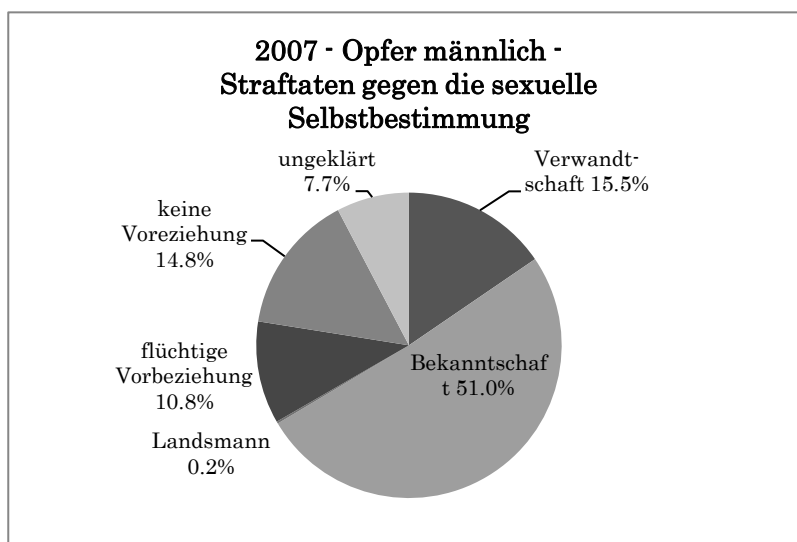


Schaubild 16:



¹⁵⁴ Bannenberg 1999, S. 29

¹⁵⁵ Bannenberg 1999, S. 30

Die gleiche Tendenz ist schon im Jahr 1997 bei den Sexualdelikten zu erkennen. Der Anteil weiblicher Opfer aus Verwandtschafts- bzw. Bekanntschaftsbeziehungen beträgt dabei 47,8 %, der aus flüchtiger bzw. ohne Vorbeziehung, 41,4 %. Im Vergleich dazu liegt der Anteil männlicher Opfer bei jeweils 58,1 % und 32,6 %. Bemerkenswert ist jedoch, dass der Anteil der durch Verwandte bzw. Bekannte geschädigten Opfer in den letzten zehn Jahren um 11 Prozentpunkte deutlich angestiegen ist. Insgesamt ist die Anzahl weiblicher Opfer bei Sexualdelikten von 13.294 auf 15.152 angestiegen. Bei den männlichen Opfern findet sich die gleiche Tendenz wieder: Ihr Anteil ist im gleichen Zeitraum um etwa acht Prozentpunkte, und ihre Anzahl von 990 auf 1.365 deutlich angestiegen.

Wie oben erwähnt sind sowohl der Anteil als auch die Anzahl weiblicher sowie männlicher Opfer, die von Verwandten bzw. Bekannten sexuell geschädigt wurden, angestiegen. Daraus lässt sich vorläufig ableiten, dass für die Opfer in den letzten zehn Jahren die Anzeigerstattung Schritt für Schritt erleichtert worden ist. Da eine vermehrte Anzeigerstattung zur Verringerung des Dunkelfelds beiträgt, ist diese Tendenz positiv zu bewerten.

Schaubild 17:

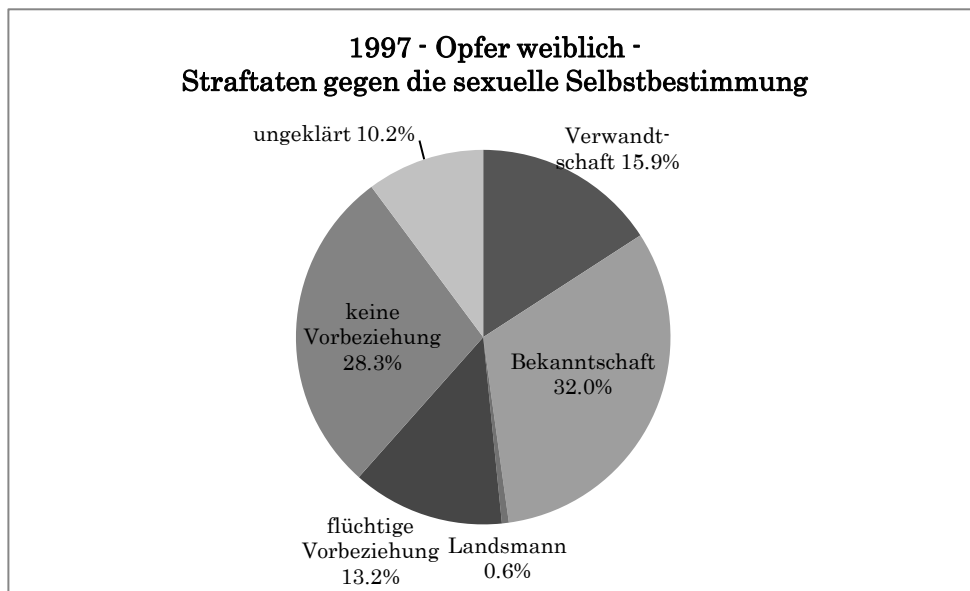
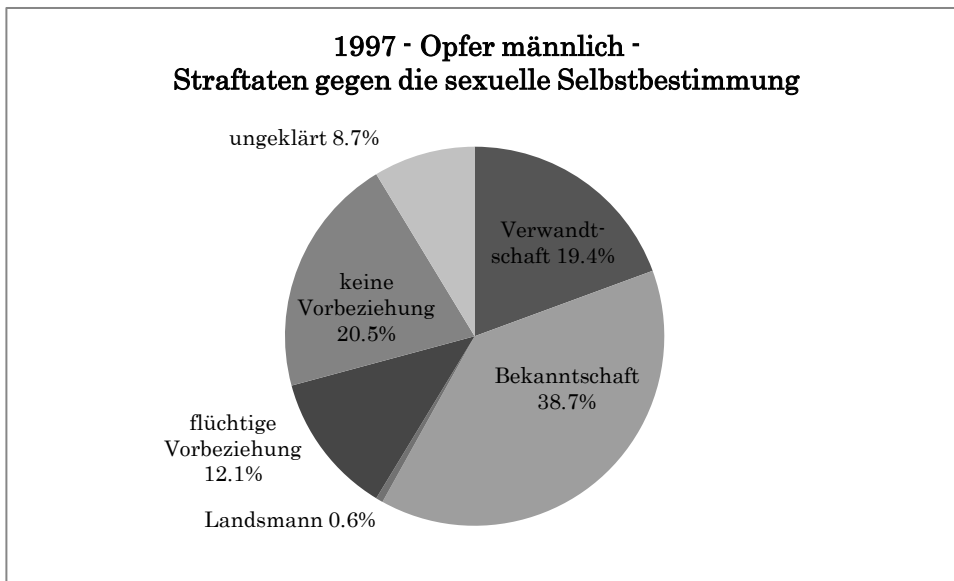


Schaubild 18:



Die genaue Auswertung häuslicher Gewalt ist, wie am Anfang dieses Kapitels erwähnt, vorderhand nicht möglich. Bei der Auswertung sollte man im Hinterkopf behalten, dass die Anzahl männlicher Opfer mit Ausnahme der Sexualdelikte wesentlich größer ist als die der weiblichen Opfer. Trotzdem lässt sich hier die Tendenz ableiten, dass bei weiblichen Opfern, die Schädigung eher von Verwandten bzw. Bekannten ausgeht, als von Personen, zu denen das Opfer bisher keine oder nur eine flüchtige Beziehung hatte. Vor allem bei schweren Gewalttaten besteht für weibliche Opfer ein hohes Risiko, dass sie durch einen Täter geschädigt werden, zu dem sie eine enge soziale Beziehung haben. Im folgenden Abschnitt sollen gesetzlich durchführbare Maßnahmen gegen häusliche Gewalt vorgestellt werden.

III. Maßnahmen gegen häusliche Gewalt

Es gibt drei Verfahrensmodelle, die bei häuslicher Gewalt, insbesondere in Paarbeziehungen, Anwendung finden können¹⁵⁶: Zuerst sei das Strafverfahrensmodell genannt, bei dem die Gewalttat unter Anwendung des klassischen Strafverfahrens verfolgt wird. Das Zweite ist das Zivilklagemodell, bei dem auf die Tat das seit 2002 in Kraft befindliche Gewaltschutzgesetz (GewSchG) angewandt wird. Daneben besteht das Konfliktregelungsmodell, bei dem durch eine Mediation, insbesondere den Täter-Opfer-Ausgleich, zwischen den Betroffenen einer Tat vermittelt wird. Im Folgenden werden diese drei Modelle genauer erörtert.

1) Strafrechtliche Kontrolle (Strafverfahrensmodell)

Das klassische Strafverfahren dient durch die Verfolgung entsprechender Straftaten auch dem Schutz vor häuslicher Gewalt. Wenn das Opfer eine strafbare Handlung wie z. B. eine Körperverletzung, Nötigung, Vergewaltigung oder Freiheitsberaubung erlitten hat, kann es bei der Polizei Anzeige erstatten. Diese Anzeige wird an die Amts- oder Staatsanwaltschaft weitergeleitet, die sodann über eine Anklageerhebung entscheidet. Häusliche Gewalt kann wegen ihres verborgenen Charakters in der Regel nur durch eine Anzeige des Opfers oder dritter Personen den Strafverfolgungsbehörden zugänglich gemacht werden¹⁵⁷. Die Mehrheit der Opfer erstattet auf Grund von Scham, Angst sowie der Annahme, dass die Anzeige wahrscheinlich erfolglos bleibt und die Strafverfolgungsbehörde bei einer Privatsache nichts ausrichten kann, jedoch keine Anzeige¹⁵⁸. Auch der Täter kann Druck auf das Opfer ausüben, keine Anzeige zu erstatten. Je enger die Beziehung zwischen Täter und Opfer besteht, desto länger zögert das Opfer vor einer Anzeigeerstattung.

Selbst wenn das Opfer die Polizei zu Hilfe ruft, dürfte das Opfer nicht immer klassische Sanktionen wie Geld- oder Freiheitsstrafen anstreben¹⁵⁹. Falls das Opfer weiter mit dem Täter zusammenleben will, tragen solche Strafen selbstverständlich nicht zur Problemlösung bei, sondern nur zu einer Verschärfung der

¹⁵⁶ Barton, in Barton u. a. 2004, S. 11 ff.

¹⁵⁷ Bannenberg 1999, S. 24

¹⁵⁸ Bannenberg 1999, S. 29 ff.

¹⁵⁹ Bannenberg 1999, S. 36

Krisensituation¹⁶⁰. Das Opfer scheint sich durch seine Anzeige lediglich zu wünschen, eine aktuelle Gewaltsituation zu beenden und sich ggf. vor weiteren Gewaltaktionen zu schützen¹⁶¹.

Außerdem wird häusliche Gewalt häufig zu den sog. Antrags- oder Privatklagedelikten gezählt¹⁶². Bei Antragsdelikten findet eine Strafverfolgung grundsätzlich nur dann statt, wenn das Opfer einen Strafantrag stellt. Antragsdelikte werden in absolute und relative Antragsdelikte unterteilt. Zu den absoluten Antragsdelikten gehören z. B. Hausfriedensbruch (§ 123 StGB) sowie Haus- und Familiendiebstahl (§ 247 StGB), zu den relativen Antragsdelikten gehören z. B. einfache Körperverletzung (§§ 223, 230 StGB) und Sachbeschädigung (§§ 303, 303 c StGB). Während absolute Antragsdelikte nur auf Antrag verfolgt werden, können relative Antragsdelikte bei Bejahung eines *besonderen öffentlichen Interesses* auch ohne Strafantrag durch die Staatsanwaltschaft verfolgt werden. Ob das besondere öffentliche Interesse bei relativen Antragsdelikten bejaht wird, liegt im Ermessen der Staatsanwaltschaft und ist ausnahmsweise anzunehmen, wenn der Täter z. B. schwere Verletzungen verursacht hat oder einschlägig vorbestraft ist¹⁶³. In der Praxis wird solch ein besonderes öffentliches Interesse bei häuslicher Gewalt eher verneint¹⁶⁴. Außerdem zögern die Opfer mit einem Strafantrag aus den gleichen Motiven wie mit einer Anzeige. Dieses Zögern mit dem Strafantrag legt der Staatsanwaltschaft nahe, das Verfahren einzustellen, weil nicht einmal das Opfer ein Interesse an der Strafverfolgung bekundet¹⁶⁵. Die Behandlung häuslicher Gewalt als Antragsdelikt erleichtert demnach die strafrechtliche Verfolgung nicht.

Neben den oben genannten Antragsdelikten werden viele Delikte häuslicher Gewalt zu den Privatklagedelikten gezählt (§ 374 StPO ff.). Bei Privatklagedelikten kann das Opfer selbst, d. h. ohne Einmischung der Staatsanwaltschaft, beim Strafrichter Anklage erheben. Privatklagedelikte sind z. B. Hausfriedensbruch (§ 123 StGB), Beleidigung (§ 185 StGB), einfache Körperverletzung (§ 223 StGB), Bedrohung (§ 241 StGB) und Sachbeschädigung (§ 303 StGB). Bei Privatklagedelikten ist das Opfer den gleichen Zweifeln, z. B. Scham oder Angst, ausgesetzt wie bei

¹⁶⁰ Beulke 1995, S. 6

¹⁶¹ Beulke 1995, S. 15

¹⁶² Bannenberg 1999, S. 22

¹⁶³ Bannenberg 1999, S. 22

¹⁶⁴ Beulke 1995 S. 12 ff.; Bannenberg 1999, S. 22

¹⁶⁵ Bannenberg 1999, S. 22

Antragsdelikten oder einer Anzeige. Daneben können sich Schwierigkeiten bei der Anklageerhebung durch die Staatsanwaltschaft ergeben¹⁶⁶. Bei Privatklagedelikten kann sich die Staatsanwaltschaft, wie bei den o. g. Antragsdelikten, in das Verfahren einschalten oder es sogar alleine betreiben, wenn dies im *öffentlichen Interesse* liegt (§376 StPO). Ob ein öffentliches Interesse vorliegt, entscheidet die Staatsanwaltschaft unter Berücksichtigung von Nr. 86 II RiStBV. Nach dieser Richtlinie wird ein öffentliches Interesse in der Regel bejaht, wenn der Rechtsfrieden über den Lebenskreis des Verletzten hinaus gestört und die Strafverfolgung aus verschiedenen, die Tat qualifizierenden Gründen auch ein Anliegen der Allgemeinheit ist¹⁶⁷. Diese Auffassung führte geradezu dahin, dass bei Fällen häuslicher Gewalt so gut wie immer ein öffentliches Interesse an der Strafverfolgung verneint wurde¹⁶⁸. Um Opfer in dieser Situation besser zu stellen, legt die im Jahr 1984 ergänzte Nr. 86 II 2 RiStBV fest, dass ein öffentliches Interesse auch bejaht werden kann, wenn dem Verletzten eine Privatklage aus persönlichen Gründen nicht zuzumuten ist und er nicht in der Lage ist, die Straftat aufzuklären. Damit hat sich zwar theoretisch die Stellung des Opfers bei der Privatklage verbessert, jedoch spiegelt sich diese Änderung der Richtlinie in der Praxis nicht wider¹⁶⁹. Das ist darauf zurückzuführen, dass nach Auslegung der Richtlinie nur schwachen Mitgliedern der Gesellschaft Schutz durch das öffentliche Strafrecht zuteil werden soll¹⁷⁰. Wer eine gewisse Machtposition innehat, ist jedoch bei Gewalttaten in Paarbeziehungen meist nicht offenkundig, so dass das öffentliche Interesse verneint wird¹⁷¹.

Die Privatklage durch das Opfer erfordert viel Eigeninitiative und übersteigt daher häufig dessen Kraft¹⁷². Während das Opfer bei Antragsdelikten die Anklage durch die Staatsanwaltschaft nur veranlassen muss, soll es sie bei den Privatklagedelikten selbst erheben und im Prozess vertreten. Bei Privatklagedelikten wird dem Opfer eine eigentlich staatliche Aufgabe übertragen, die den Strafverfolgungsbehörden zukommt. Der Staat hat sein Strafverfolgungsmonopol wegen des privaten Charakters der Delikte aufgegeben¹⁷³. Der Verzicht auf

¹⁶⁶ Bannenberg 1999, S. 22 ff. ; Beulke 1995, S.10 ff.

¹⁶⁷ Bannenberg 1999, S. 23

¹⁶⁸ Beulke 1995, S.10

¹⁶⁹ Beulke 1995, S. 11 ; Bannenberg 1999, S. 23

¹⁷⁰ Bannenberg 1999, S. 23

¹⁷¹ Bannenberg 1999, S. 23

¹⁷² Bannenberg 1999, S. 22 ff.; Beulke 1995, S. 8 ff.

¹⁷³ Beulke 1995, S. 8

die Anklageerhebung und -vertretung kann das Opfer aus verschiedenen Gründen unverhältnismäßig belasten.

Einerseits übernimmt das Opfer das finanzielle Risiko. Bei einer Privatklage muss der Privatkläger als Verletzter sowohl einen Kostenvorschuss, der an die Gerichtskasse geleistet wird, als auch die gesamten Verfahrenskosten einkalkulieren. Der Umfang der Kosten hängt selbstverständlich vom Erfolg der Klage ab. Das Opfer sollte jedoch damit rechnen, dass es selbst bei erfolgreicher Klage eventuell gemeinsam mit dem Angeklagten für die Kosten aufkommen muss. Das finanzielle Risiko ist bei Privatklagen gerade deshalb besonders hoch, weil das meist weibliche Opfer kein eigenes Einkommen hat und das Vermögen zwischen den Ehepartnern häufig nicht aufgeteilt ist. Möchte die Frau dennoch weiterhin mit ihrem gewalttätigen Mann zusammenleben, scheint ihr die Privatklage als „Verlustgeschäft“¹⁷⁴.

In engem Zusammenhang damit steht die zweite Belastung, nämlich die Gefahr, die dem Opfer bei häuslicher Gewalt droht. Wenn das Opfer mit dem Täter zusammenlebt und auch weiterhin zusammenleben möchte, kann das vom Opfer initiierte Strafverfahren die Gewaltsituation noch verschärfen. Der Täter reagiert möglicherweise noch aggressiver auf das Opfer, wenn er (vor, während oder nach dem Verfahren) erfährt, dass Anzeigeerstattung und Klageerhebung allein auf Initiative des Opfers und unabhängig von staatlichen Strafverfolgungsbehörden stattfanden¹⁷⁵. Da sich das Opfer häuslicher Gewalt ständig mit derartigen Gefahren konfrontiert sieht, wird es eher auf die Erhebung einer Privatklage verzichten.

Neben diesen externen Gefahren bestehen auch interne Gefahren, die den Erfolg einer Klage beeinträchtigen und das Opfer von der Durchführung einer Privatklage zurückschrecken lassen können. Denn das zuständige Gericht kann das Verfahren vor oder während der Hauptverhandlung nach eigenem Ermessen einstellen, wenn es die Schuld des Täters für geringfügig hält¹⁷⁶. Tatsächlich hat das Opfer als Privatkläger bei einer Privatklage eine wesentlich schwächere Position als der Staatsanwalt im gewöhnlichen Strafverfahren inne. Zwar wird dem Opfer die

¹⁷⁴ Beulke 1995, S. 9

¹⁷⁵ Bannenberg 1999, S. 23

¹⁷⁶ Beulke 1995, S. 9

staatliche Aufgabe der Strafverfolgungsbehörden übertragen, jedoch darf es sich nicht selbst auf polizei- oder staatsanwaltschaftliche Ermittlungen stützen¹⁷⁷. Eine Privatklage trägt dem Opfer insoweit eher einen Verlust als einen Gewinn ein. Aus den o. g. Gründen ist die Privatklage für das Opfer meist nicht effektiv.

Wird bei häuslicher Gewalt wegen der o. g. Probleme stattdessen ein Strafverfahren eingeleitet, muss dabei ab und an die Schuldfähigkeit des Täters beurteilt werden. Die Gerichte sind bei einer Schuldfähigkeitsbeurteilung in besonderer Weise auf psychowissenschaftliche Expertisen angewiesen¹⁷⁸. Der beauftragte Psychologe oder forensische Psychiater trägt als Gehilfe des Gerichts entscheidend zur richterlichen Entscheidungsfindung bei¹⁷⁹. Seit langem wird aber, meist von Seiten der Strafverteidigung, auf unterschiedliche oder sogar gegensätzliche Beurteilungskriterien von Sachverständigen hingewiesen. Solche Unterschiede in den Beurteilungskriterien dürften insbesondere bei der Begutachtung von Gewalttaten im sozialen Nahraum, wie innerhalb der Familie, besonders hoch sein¹⁸⁰. Der Experte soll hier besonders komplizierte Probleme, die vor allem auf einer schwierigen Beziehungsgeschichte beruhen, begutachten. Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass die Schuldfähigkeitsbeurteilung vielfach davon abhängt, an welchen Sachverständigen der Angeklagte gerät¹⁸¹.

Bei Anwendung mediativer Verfahren wie dem TOA steht das Strafverfahren immer in der Kritik, nicht verfahrensorientierte und daher ungesicherte Methoden der Wahrheitsfindung anzuwenden. Bei einem gerichtlichen Verfahren hingegen besteht, insbesondere bei der Beurteilung der Schuldfähigkeit, die gleiche Gefahr von Falschbeschuldigungen. Um eine solche Gefahr möglichst zu vermeiden, ist es weiterhin unerlässlich, den interdisziplinären Meinungsaustausch zwischen Juristen und forensischen Psychiatern sowie Psychologen zu stabilisieren und evtl. zu fördern.

Wie bereits erwähnt, treten bei der Anwendung des klassischen Strafverfahrens bei häuslicher Gewalt vielfältige Probleme auf. Es scheint zwar den Bedeutungsverlust der klassischen Strafsanktionen zu vergrößern, dennoch sollte der Nutzen des

¹⁷⁷ Beukle 1995, S. 9

¹⁷⁸ Barton, in Barton u. a. 2004, S. 15

¹⁷⁹ Barton, in Barton u. a. 2004, S. 15

¹⁸⁰ Barton, in Barton u. a. 2004, S. 15

¹⁸¹ Barton, in Barton u. a. 2004, S. 15

Strafverfahrensmodells nicht unterschätzt werden. Das Strafverfahren kann immer noch zu genauen, verfahrensorientierten und prinzipiengeleiteten Falllösungen in großer Menge beitragen. Die größte Schwierigkeit dieses Modells liegt jedoch darin, dass bei Fällen häuslicher Gewalt, in denen das Opfer trotz aller bisher erlittenen Gewalt künftig weiterhin mit dem Täter zusammenleben möchte, das Strafverfahren eher zu einer Verschärfung der Krisensituation beiträgt als zu einer Entschärfung. Das liegt daran, dass die Gewalt als Strafsache und nicht als *Konflikt* angesehen wird. Es wird folgerichtig auch nicht versucht, den Konfliktfall beziehungsgeschichtlich aufzulösen.

Man sollte daher das Strafverfahren besser mit den weiteren Modellen wie dem Zivilklage- oder Konfliktregelungsmodell verknüpfen, um den Konflikt im Falle häuslicher Gewalt regeln zu können.

2) Zivilrechtliche Kontrolle nach dem Gewaltschutzgesetz (Zivilklagemodell)

Das seit dem 1.1.2002 in Kraft befindliche Gewaltschutzgesetz (GewSchG) zielt sowohl darauf ab, den unmittelbaren Schutz der von häuslicher Gewalt betroffenen Opfer zu verbessern, als auch ein gesellschaftliches Klima zu schaffen, das dazu beiträgt, Gewalt in jeder Form, insbesondere die gegen Frauen und Kinder zu ächten und zu vermeiden. Das Gesetz bietet dem Opfer ein Bündel von Maßnahmen unterschiedlichster Bereiche, damit ihm schnell und effektiv der entsprechende Rechtsschutz gewährt werden kann¹⁸². Die größte Neuerung des Gesetzes ist die Möglichkeit zur *Wohnungsüberlassung* (§ 2 GewSchG) und zu *Schutzanordnungen* (§ 1 GewSchG). Beide Maßnahmen wirken als vorbeugender Schutz vor weiteren Gewalttaten.

Durch § 2 GewSchG kann das von häuslicher Gewalt betroffene Opfer, das mit dem Täter einen auf Dauer angelegten gemeinsamen Haushalt führt, verlangen, ihm die Wohnung zumindest für eine gewisse Zeit zur alleinigen Benutzung zu überlassen. Unter Gewalt im Sinne des Gewaltschutzgesetzes fallen alle vorsätzlichen und widerrechtlichen Verletzungen von Körper, Gesundheit oder Freiheit sowie, unter bestimmten Voraussetzungen, die Androhung einer solchen Verletzung. Die Regelung gilt auch für nichteheliche Lebensgemeinschaften und ist unabhängig davon, wer Mieter oder Eigentümer der Wohnung ist¹⁸³. Die Wohnung kann dabei

¹⁸² Barton, in Barton u. a. 2004, S. 14; Bt-Drucks 14/5429, S. 11

¹⁸³ Für Kinder, die von ihren Eltern misshandelt werden, gilt das Gewaltschutzgesetz

aber nur für eine bestimmte Frist zugewiesen werden. Sofern der Täter das alleinige Eigentums- bzw. Mietrecht an der Wohnung innehat, beträgt die Frist in der Regel sechs Monate. Wenn das Opfer inzwischen keine Ersatzwohnung findet, kann das Gericht die Frist um höchstens sechs Monate verlängern. Da das Gewaltschutzgesetz ein zivilrechtliches Gesetz ist, erhält das Opfer den Schutz nicht automatisch, sondern es muss ihn selbst bei Gericht beantragen.

Darüber hinaus hat das Gericht durch § 1 GewSchG die Möglichkeit auf Antrag des Opfers gegen den Täter verschiedene Maßnahmen, sog. Schutzanordnungen, die zur Abwendung weiterer Verletzungen beitragen, zu treffen. Als Schutzanordnungen kommen z. B. folgende Verbote in Betracht: Das Betreten der Wohnung des Opfers (Betretungsverbot), das sich Nähern an die Wohnung des Opfers bis auf einen vom Gericht festgesetzten Umkreis (Näherungsverbot), der Aufenthalt an Orten, an denen sich das Opfer regelmäßig aufhält (Aufenthaltsverbot), die Kontaktaufnahme zum Opfer oder das Herbeiführen eines Zusammentreffens mit dem Opfer (Kontaktverbot). Bei den Kontakt- und Näherungsverboten sind mögliche Orte außerhalb der Wohnung einzubeziehen, z. B. Arbeitsplatz, Kindergarten, Schule, Einkaufs- und Freizeit- einrichtungen usw., die das Opfer ständig nutzt¹⁸⁴. Außerdem ist zu berücksichtigen, dass Kontaktverbote für alle Arten des Kontakts, also auch die Verwendung von Fernkommunikationsmitteln wie Telefon, Telefax, Brief oder E-Mail, gelten. Derartige Schutzanordnungen sind stets befristet, jedoch kann die Frist auf Antrag des Opfers verlängert werden¹⁸⁵. § 1 GewSchG kann sich unterstützend auf die in § 2 GewSchG geregelte Wohnungsüberlassung auswirken, indem z.B. eine Rückkehr in die Wohnung untersagt oder eine Bannmeile um die Wohnung oder Arbeitsstätte festgelegt wird.

Schutzanordnungen können nicht nur bei bereits begangenen Gewalttaten, sondern auch bei deren ernsthafter Androhung in Betracht kommen. Das Gericht kann die Maßnahmen selbst dann anordnen, wenn die Gewaltausübung durch den Täter in einem die freie Willensbestimmung ausschließenden Zustand krankhafter Störung der Geistestätigkeit stattfand. Dem Täter ist also unmöglich, sich auf

jedoch nicht. Für sie gelten die speziellen Vorschriften des Kindschaftsrechts: dazu, §§ 1666, 1666 a BGB.

¹⁸⁴ BMJ 2003, S. 14

¹⁸⁵ BMJ 2003, S. 14

Schuldunfähigkeit zur Tatzeit, z. B. infolge von Alkoholeinfluss, zu berufen¹⁸⁶. Darüber hinaus können Schutzanordnungen auch in Fällen von Stalking verhängt werden. Unter Stalking versteht man die wiederholte Überwachung bzw. Beobachtung einer Person, die ständige demonstrative Anwesenheit des Täters in ihrer Nähe, körperliche Verfolgung oder Kontaktversuche sowie Telefonterror bzw. das ständige Hinterlassen von Mitteilungen über Telefax, Internet oder Mobiltelefon¹⁸⁷. § 4 GewSchG stellt Zuwiderhandlung gegen Schutzanordnungen unter Strafe.

Wie oben erwähnt sind die Schutzanordnungen so umfassend ausgestaltet worden, damit sie den vielfältigen Gefährdungs- und Bedrohungssituationen der Opfer individuell Rechnung tragen können¹⁸⁸. Da eine Zuwiderhandlung gegen eine zivilrechtliche Schutzanordnung gemäß § 4 GewSchG strafbar ist, wirkt sich das Gewaltschutzgesetz wie eine Straftat nach dem sog. „Nebenstrafrecht“ aus¹⁸⁹. Bei der Einleitung von Maßnahmen gemäß Gewaltschutzgesetz ist jedoch zu beachten, dass der *Täter* zum Zeitpunkt der Antragstellung nur *Antragsgegner* ist. Zur Einleitung von Maßnahmen gemäß Gewaltschutzgesetz sind zwar in der Regel entsprechende Beweismittel beizubringen, z. B. Zeugen, Parteivernehmungen, Urkunden wie ärztliche Atteste, Polizeiberichte usw., jedoch ist nicht auszuschließen, dass das Gericht allein die Aussage des Opfers zur primären Entscheidungsgrundlage macht, insbesondere wenn sie durch Indizien unterstützt wird¹⁹⁰. Darüber hinaus gibt es auch Möglichkeiten, staatliche Interventionen allein bei einer Androhung von Gewalt einzuleiten. Dadurch besteht vermehrt die Gefahr von Falschbeschuldigungen¹⁹¹. Aus diesen Gründen eignen sich Maßnahmen nach dem Gewaltschutzgesetz zwar als vorbeugender Schutz vor weiteren Gewalttaten, aber sie sollten mit Vorsicht Anwendung finden, da sie auch Sanktionen gegen einen vermeintlichen Täter vereinfachen, der falsch beschuldigt wurde¹⁹². Einerseits ist es unerlässlich ein von Gewalt bedrohtes Individuum zu schützen, andererseits muss auch ein vermeintlicher Täter vor möglichen

¹⁸⁶ BMJ 2003, S. 14

¹⁸⁷ BMJ 2003, S. 15

¹⁸⁸ BMJ 2003, S. 14

¹⁸⁹ Pollähne, in: Barton u. a. 2004, S. 133

¹⁹⁰ Eine Ausnahme bildet das Eilverfahren, das nur vorläufigen Charakter hat und die Beweisverantwortung des Opfers erleichtert. Als Beweismittel werden hier z. B. die Dokumentation des polizeilichen Einsatzes oder ein ärztliches Attest anerkannt.

¹⁹¹ Eisenberg ZfJ 2001, S. 176 ff.

¹⁹² Barton, in: Barton u. a. 2004, S. 14

Falschbeschuldigungen bewahrt werden. Bei der Anwendung des Gewaltschutzgesetzes stellt sich weiterhin die schwierige Frage, wie der rechtliche Schutz beider betroffener Seiten gewährleistet werden kann.

Beim Zivilklagemodell, das aus dem Gewaltschutzgesetz hervorgeht, wird häusliche Gewalt, genau wie im o. g. Verfahrensmodell, das auf dem klassischen Strafverfahren beruht, nicht als *Konflikt* angesehen. Dadurch fehlt auch hier der Ansatz, einen Konfliktfall beziehungsgeschichtlich aufzuarbeiten. Häusliche Gewalt ist jedoch meist geprägt von einer langen Vorgeschichte und einer Vielzahl von Konflikten mit verschiedenen beziehungsgeschichtlichen Problemen. Das Konfliktregelungsmodell, insbesondere der Täter-Opfer-Ausgleich, könnte dabei durch einen kommunikativen Prozess zwischen den Betroffenen eine Alternative darstellen, die durch Vermittlung nicht nur Interessen der Täter vertritt, sondern vielfältige, vor allem seelische, Belastungen der Opfer abbauen kann. In einem mediativen Verfahren wird ein Konflikt kommunikativ aufgearbeitet. Dadurch kann es zur Wiederherstellung des Rechtsfriedens beitragen. Im nächsten Abschnitt wird daher der Täter-Opfer-Ausgleich als drittes Modell gegen häusliche Gewalt näher erörtert, wobei auch auf Probleme eingegangen werden soll.

3) Konfliktregelung durch Täter-Opfer-Ausgleich (Konfliktregelungsmodell)

Das Konfliktregelungsmodell in der Form des Täter-Opfer-Ausgleichs, bietet Täter und Opfer durch ein mediatives Verfahren die Möglichkeit, die Tat und ihre Folgen i. d. R. mit Hilfe eines neutralen Vermittlers eigenverantwortlich aufzuarbeiten. Dabei können die Betroffenen in einer persönlichen Begegnung (direkt/indirekt) die zugrunde liegenden und/oder neu entstandenen Konflikte bereinigen und den Schaden regulieren. Im Konfliktbereich häuslicher Gewalt hat der TOA, vor allem in Paarbeziehungen, in Wissenschaft und Praxis immer mehr an Bedeutung gewonnen. Inzwischen ist aber auch Kritik gegen den TOA in diesem Kontext laut geworden. Da diese Kritik äußerst vielschichtig ist, möchte ich die verschiedenen Aspekte separat vorstellen und eigene Überlegungen einbringen.

Allem voran ist die theoretische Frage zu behandeln, ob Diversionsmaßnahmen wie der TOA als Reaktion der Strafverfolgungsbehörden auf häusliche Gewalt überhaupt geeignet sind. Diese Frage weist auf die möglicherweise mangelnde Normverdeutlichung des Konfliktregelungsmodells im Rahmen des Strafverfahrens

hin¹⁹³. Einige Kritiker argumentieren, dass in einem Bereich, wo die Norm der Gewaltfreiheit – also die strafrechtliche Verbotsnorm – keineswegs selbstverständlich akzeptiert ist, jeder möglichen Unschärfe entgegengetreten werden müsse¹⁹⁴. Dies könne unter Umständen nur durch Verhängung klassischer Strafsanktionen wie Geld- oder Freiheitsstrafen erreicht werden¹⁹⁵.

Diese Argumentation betrifft aber nicht nur die Durchführung des TOAs bei häuslicher Gewalt, sondern sie übt am TOA im gesamten Strafverfahren globale Kritik. Es wird implizit davon ausgegangen, dass die Generalprävention beim TOA nicht vorhanden ist.

Blickt man aber auf den Wandel des theoretischen Verständnisses der Generalprävention von der Abschreckung, also ihrer negativen Variante, hin zur positiven Generalprävention bzw. Integrationsprävention, so stellt man fest, dass die präventive Wirkung unabhängig von der Höhe bzw. besonderer Härte der angedrohten Strafe ist¹⁹⁶. Größere Relevanz für das subjektive Strafempfinden hat schon „allein die Vorstellung, für ein Verhalten bestraft werden zu können“¹⁹⁷. Bei der positiven Generalprävention wird die moralische Verbindlichkeit der Strafrechtsnorm für jeden Bürger fokussiert:

„Durch die Begehung von Straftaten entsteht dem Bürger ein Gefühl der Beunruhigung über Normbruch und der Beeinträchtigung des Sicherheitsgefühls. Durch eine Versöhnung zwischen Täter und Opfer ist die Beunruhigung über den Normbruch aufzuheben. Den Aspekt der Integrationsprävention erfüllt die Wiedergutmachung dadurch, dass sie das Vertrauen wiederherstellt, dass das Recht sich letztlich durchsetzt. Die Anregung zur Wiedergutmachung kann den materiellen Schutzgehalt der konkreten Verbotsnorm viel besser veranschaulichen als abstrakte Strafen. Der Täter zeigt mit seinem Handeln, dass er bereit ist, die Norm anzuerkennen, dadurch tritt ein Befriedungseffekt ein. Das allgemeine Rechtsbewußtsein beruhigt sich und sieht den Konflikt mit dem Täter als erledigt an. Die sozialetische Mißbilligung des strafbaren Verhaltens wird deutlich zum Ausdruck gebracht, ohne daß es einer Übelzufügung bedarf. Für die Gemeinschaft bekommt die Anerkennung und Förderung restitutiver Leistungen eine Vorbildfunktion für

¹⁹³ Rabe 2002, S. 114; Pelikan 1999, S. 17 ff.

¹⁹⁴ Pelikan 1999, S. 17; Rabe 2002, S. 114

¹⁹⁵ Rabe 2002, S. 114

¹⁹⁶ Bannenberg 1993, S. 68 ff.

¹⁹⁷ Bannenberg 1993, S. 68

angemessene und produktive Reaktionsweisen auf Konflikte.“¹⁹⁸

Wird die Wiedergutmachung als strafrechtliche Reaktion, die den rein positiven Aspekt der Generalprävention erfüllt, können Wiedergutmachung bzw. TOA zweifellos zur Stabilisierung der Normtreue der Allgemeinheit, nämlich zur Normverdeutlichung, beitragen. Bei häuslicher Gewalt ist dem Täter im Strafverfahren zu verdeutlichen, dass Gewalt gegen den Partner keine Privatangelegenheit ist. Eine derartige Tat wird vom Strafrecht unter keinen Umständen akzeptiert und hat Konsequenzen für den Täter¹⁹⁹. Diese Konsequenzen können nicht nur in Form klassischer Strafsanktionen wie Geld- oder Freiheitsstrafen erfolgen, die das Opfer sich selbst überlassen und dem Täter keinen Anstoß zum Umdenken geben²⁰⁰. Vielmehr kann das Konfliktregelungsmodell durch Wiedergutmachung oder TOA zur Normverdeutlichung und zur Wiederherstellung des Rechtsfriedens beitragen, indem sich beide Betroffenen an der Befriedung beteiligen.

Weiterhin wird Kritik an der praktischen Durchführung des TOAs geübt. Vom Standpunkt der Kriminalpolitik aus sollte man sich intensiv mit dieser Kritik auseinandersetzen. Zur Umsetzung des TOAs wird stets die Erfüllung einiger notwendiger, a priori definierter Voraussetzungen gefordert (siehe erstes Kapitel). Eine davon ist die Freiwilligkeit beider Betroffenen. Nach Meinung einiger Kritiker könne diese Voraussetzung bei TOA-Verfahren – insbesondere bei häuslicher Gewalt – nicht erfüllt werden, weil die Opfer aus Angst oder Scham oftmals ihren Strafantrag zurückziehen oder von ihrem Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch machen²⁰¹. Demgemäß besteht die Befürchtung, dass ein Opfer durch Druckausübung einem TOA zustimmt, um dem Täter möglichst eine Hauptverhandlung und somit die drohende Verhängung einer Geld- bzw. Freiheitsstrafe zu ersparen²⁰².

Im Zusammenhang damit bezweifeln Kritiker des TOAs, dass bei dessen Durchführung das Machtgleichgewicht zwischen den Betroffenen, das zur freiwilligen Teilnahme am TOA unerlässlich ist, bei häuslicher Gewalt oft nicht

¹⁹⁸ Bannenberg 1993, S. 69

¹⁹⁹ Bannenberg 1999, S. 180

²⁰⁰ Bannenberg 1999, S. 180

²⁰¹ Rabe 2002, S. 115

²⁰² Rabe 2002, S. 115

gewährleistet werden könne²⁰³. In Fällen häuslicher Gewalt, bei denen ein deutliches Machtgefälle zwischen den Betroffenen besteht, können die Opfer in Gegenwart ihres derzeitigen oder ehemaligen Partners ihre Bedürfnisse und Interessen nicht artikulieren oder einfordern²⁰⁴. Der Einsatz des TOAs kann hier die Gefahr vergrößern, eine parteiische Ausgleichsvereinbarung zu treffen, bei der die Opfer kaum berücksichtigt werden.

Die o. g. Kritik an der TOA-Praxis arbeitet die Probleme in Fällen häuslicher Gewalt deutlich heraus und ist daher überaus ernst zu nehmen. Sie sollte jedoch nicht zu der Konsequenz führen, den TOA als generell ungeeignet für Fälle häuslicher Gewalt zu betrachten. Vielmehr scheint es sinnvoll, das Verfahren methodisch zu verfeinern und so umsetzbare Lösungen für die einzelnen aufgetretenen Probleme zu finden. Um eine durch Machtgefälle verursachte mangelnde Freiwilligkeit beim TOA in Paarbeziehungen zu vermeiden, wurden verschiedene Maßnahmen vorgeschlagen, wovon bereits einige in Deutschland, z. B. bei der Waage Hannover im Rahmen des HAIPs, das im nächsten Abschnitt näher erörtert wird, in die Alltagstätigkeit eingeflossen sind. Es wird z. B. versucht das Opfer zuerst zu kontaktieren, noch bevor der Beschuldigte Kenntnis von der Teilnahmemöglichkeit am TOA erlangt. So kann der Vermittler die Teilnahmebereitschaft zu einem Zeitpunkt erfragen, an dem eine Druckausübung seitens des Täters auf das Opfer ausgeschlossen werden kann²⁰⁵. Dadurch kann verhindert werden, dass dem TOA unfreiwillig zugestimmt wird.

Im Verlauf des gesamten TOAs ist anzustreben, das Machtgleichgewicht zwischen den Betroffenen zu sichern. Dazu können z. B. Einzelgespräche zwischen Vermittler und Betroffenen oder unter Umständen eine Stärkung bzw. eine Aktivierung sozialer und psychischer Ressourcen der schwächeren Opfer beitragen²⁰⁶. Bei der letztgenannten Methode wird jedoch häufig die Neutralität bzw. Unparteilichkeit des Vermittlers, die eine grundsätzliche Voraussetzung bei der Durchführung des TOAs ist, angezweifelt²⁰⁷.

Ein Vermittler kann m. E. beim TOA in Paarbeziehungen erst dann unparteiisch

²⁰³ Pelikan 1999, S. 18 ff.; Bannenberg 1999, S. 174; Rabe 2002, S. 115

²⁰⁴ Pelikan 1999, S. 18 ff.; Bannenberg 1999, S. 174; Rabe 2002, S. 115

²⁰⁵ Diese Information beruht auf einem Interview mit Herrn Christian Richter, der Mitarbeiter bei der Waage Hannover.

²⁰⁶ Rabe 2002, S. 115

²⁰⁷ Bannenberg 1999, S. 173

operieren, wenn er fähig ist, das Machtgleichgewicht in der Partnerschaft zu erhalten oder ggf. herzustellen. In Fällen mit einem großen Machtgefälle zwischen den Betroffenen, sollte sich der Vermittler demnach bemühen das Machtgleichgewicht herzustellen, indem zuerst die schwächere Seite gestärkt wird. Die Unparteilichkeit des Vermittlers ist erst dann gewährleistet, wenn beide Betroffene ihre Bedürfnisse und Interessen mit der gleichen Stärke artikulieren können. Dabei scheint aber auch die Gefahr zu bestehen, dass sich ein Betroffener vorsätzlich als schwächere Seite ausgibt, um so beim TOA begünstigt zu werden. Eine Qualifizierung des Vermittlers ist erforderlich, um solche und andere Gefahren zu vermeiden sowie einen unparteiischen TOA zu gewährleisten. Anderenfalls würde der TOA bei häuslicher Gewalt scheitern, da sich hinter der Tat oftmals eine längere Vorgeschichte und zahlreiche beziehungsgeschichtliche Probleme verbergen. Bei diesen schwierigen Fällen ist der TOA aber nicht pauschal als ungeeignetes Verfahren zu bewerten, sondern das Konfliktregelungsmodell sollte, wie das Strafverfolgungs- bzw. Zivilklagemodell auch, immer als alternative Möglichkeit Berücksichtigung finden.

Um das Machtgleichgewicht sowie die Freiwilligkeit beider Betroffenen zu gewährleisten, wird in Österreich im Rahmen des Außergerichtlichen Tatausgleichs (ATA) eine spezifische Methode, das sogenannte „gemischte Doppel“, bei der Vermittlung von Gewaltstraftaten in Paarbeziehungen eingesetzt²⁰⁸. Dabei wird im Unterschied zur Standardmethode ein gemischtgeschlechtliches Vermittlungsteam eingesetzt. Daraus ergibt sich zum einen die Möglichkeit der synchronen Fallbearbeitung in Einzelgesprächen zu Beginn des TOAs²⁰⁹. Zum anderen können zwei Personen den Einsatz indirekter Kommunikation im Ausgleichsgespräch anbieten²¹⁰. Dabei spricht eine Sozialarbeiterin als Konfliktreglerin mit der Frau und ein Sozialarbeiter spricht als Konfliktregler mit dem Mann²¹¹. Diese Einzelgespräche dienen dazu, sowohl die Wahrnehmung des Gewaltereignisses, also Tun und Erleiden herauszuarbeiten, als auch dessen Einbettung in die Beziehungsgeschichte zu erfassen sowie den Umständen nachzugehen, unter denen das zur Anzeige gekommene Ereignis zu Stande kam²¹². In diesen Einzelgesprächen wird angesichts der konkreten Gewaltgeschichte erneut thematisiert, ob eine

²⁰⁸ Pelikan 1999, S. 24 ff., Rabe 2002, S. 116 ff.

²⁰⁹ Rabe 2002, S. 116

²¹⁰ Rabe 2002, S. 116

²¹¹ Pelikan 1999, S. 24

²¹² Pelikan, S. 24

außergerichtliche Bearbeitung jeder Partei sinnvoll und wünschenswert erscheint²¹³. Es folgt eine kurze Zwischenbesprechung des Vermittlungsteams, in der geklärt wird, ob der Täter die Verantwortung übernommen hat und ob das Opfer über die notwendigen Ressourcen zur Geltendmachung ihrer Bedürfnisse verfügt²¹⁴. Der letzte Punkt, die Handlungsfähigkeit des Opfers, ist besonderes wichtig²¹⁵: Hat sich im Einzelgespräch mit dem Konfliktregler ergeben, dass das Opfer Angst hat oder unter Druck steht, wird die Konfliktregelung abgebrochen, selbst wenn das Opfer einen TOA wünscht. Gleiches gilt auch in den Fällen, in denen der Konfliktregler auf Seiten des Täters der Meinung ist, der TOA würde den Täter in seinem Gewaltmuster bestärken²¹⁶. Die Konfliktregler gehen immer mehr dazu über, vor dem endgültigen Abschluss einer Vereinbarung, in einem Abstand von zwei bis drei Monaten nach dem ersten Gesprächstermin, einen zweiten anzuberaumen. Damit soll, zumindest vorübergehend, eine Art begleitender Kontrolle gewährleistet werden²¹⁷.

Beim „gemischten Doppel“ handelt es sich zwar nicht um eine Art Patentlösung²¹⁸, jedoch sollte die Methode stets als Möglichkeit zur Lösung schwieriger Fälle häuslicher Gewalt berücksichtigt werden. Diese Methode wird prinzipiell auch in Hannover im Rahmen des HAIPs angeboten.

Der letzte Kritikpunkt, auf den an dieser Stelle eingegangen werden soll, bezieht sich auf den TOA als nur eine punktuelle Intervention²¹⁹. Da bei schwierigen Partnerschaftsdelikten oftmals eine tiefe Verstrickung in Gewaltmuster vorliegt und sich trotz der Gewalt unter Umständen gegenseitige Abhängigkeiten zwischen den Betroffenen entwickelt haben, könne der TOA nach der Betrachtung einiger Kritiker auch nach mehrmaligen Ausgleichsgesprächen kaum eine positive Wirkung zur Durchbrechung des Gewaltkreislaufs entfalten²²⁰. Diese Betrachtung ist zwar zum Teil plausibel, jedoch sollte ein TOA auch bei schwierigen Fällen nicht pauschal ausgeschlossen werden. Die Kritik der punktuellen Intervention ist m. E. unbegründet, da dies auf jede strafrechtliche Maßnahme zutrifft.

Auch hier darf der TOA nicht als Patentlösung gegen häusliche Gewalt angesehen

²¹³ Rabe 2002, S. 116

²¹⁴ Rabe 2002, S. 116, 117

²¹⁵ Rabe 2002, S. 116

²¹⁶ Rabe 2002, S. 116

²¹⁷ Rabe 2002, S. 117

²¹⁸ Pelikan 1999, S. 25, Rabe 2002, S. 117

²¹⁹ Pelikan 1999, S. 18, Rabe 2002, S. 114, Bannenberg 1999, S. 174

²²⁰ Rabe 2002, S. 114

werden. Er bietet den Betroffenen aber die Möglichkeit durch Gespräche (direkt/indirekt), ihre Position zu verbessern. Das Opfer kann seine über die Zeitdauer des TOAs hinausgehenden Schutz- und Bestärkungsbedürfnisse befriedigen; der Täter hat die Gelegenheit, sich durch konfrontative Methoden mit seiner Tat auseinanderzusetzen und Verantwortung zu übernehmen²²¹. Die Opfer können z. B. verschiedene psychosoziale bzw. therapeutische Hilfen von Beratungsstellen oder Opferhilfebüros erwarten und die Täter durch die Teilnahme an einer langfristigen Maßnahme wie einem sozialen Trainingskurs zumindest die Gelegenheit erhalten, sich mit ihrem Verhalten zu konfrontieren und es eventuell zu ändern²²².

Die eben beschriebene „Flexibilität“ ist die hervorstechendste Eigenschaft des TOA-Verfahrens. Während eines bestimmten Zeitraums kann ein Konfliktregelungsmodell wie der TOA, im Unterschied zu den anderen Verfahrensmodellen, individuell auf die verschiedensten Situation mit interdisziplinären Methoden reagieren²²³. Um solche interdisziplinären Ansätze gegen häusliche Gewalt zu verwirklichen, ist die Vernetzung von verschiedenen Institutionen wie Polizei, Staatsanwaltschaft, TOA-Einrichtungen, Beratungsstellen, Frauenhäusern, Männerbüros usw. unerlässlich. In Hannover besteht seit 1997 das HAIP, das als Vorbild für eine gelungene Vernetzung zwischen den verschiedenen Institutionen dienen kann. Im folgenden Abschnitt wird dieses Projekt genauer untersucht.

²²¹ Rabe 2002, S. 114; Bannenberg, S. 173, 177

²²² Bannenberg, S. 173, 177; Rabe 2002, S. 114; Landeshauptstadt Hannover (Hrsg.) 2006, S. 14

²²³ Rabe 2002, S. 119

IV. Täter-Opfer-Ausgleich im Rahmen des HAIPs

1) Konzeption des HAIPs

Im Jahr 1997 wurde das "Hannoversche Interventions-Projekt gegen Männergewalt in der Familie" (HAIP) gegründet. Es verfügt, gemeinsam mit dem Berliner Interventionsprojekt (BIG), über die längste Erfahrung in Deutschland. Das HAIP hat sich zum Ziel gesetzt, die hohe Gewaltquote in der Familie zu reduzieren, den von Gewalt betroffenen Frauen Hilfe und Schutz zu gewähren, und Gewalttäter in (Ex)-Partnerschaften mehr als bisher zur Verantwortung zu ziehen und eine Übernahme von Verantwortung und Verhaltensänderungen bei Tätern zu erreichen²²⁴. Zahlreiche Institutionen von der Polizei über die Staatsanwaltschaft und die kommunalen Sozialdienste bis zu diversen Beratungsstellen beteiligen sich an diesem Projekt. Das so entstandene Netzwerk koordiniert die Angebote verschiedener Institutionen, z. B. Beratung, psychosoziale Versorgung, Informationsbereitstellung sowie vorübergehende Übernachtungsangebote usw., die sich dem Bereich häuslicher Gewalt bzw. Partnerschaftsdelikte widmen.

Die Waage Hannover e.V. ist eine Institution, die seit 1997 am HAIP teilnimmt und Betroffenen, die miteinander in Konflikt geraten sind, eine außergerichtliche Konfliktschlichtung bzw. Vermittlung vor allem durch Täter-Opfer-Ausgleich anbietet²²⁵. Durch den TOA versucht sie, die negativen Folgen einer Straftat zu verringern und eine Wiedergutmachung der entstandenen Schäden zu ermöglichen. Die Vermittlung bei der Waage findet nur dann statt, wenn beide Seiten bereit sind eine derartige außergerichtliche Schlichtung zu versuchen. Dabei können sich die Betroffenen individuell um eine Lösungen des vorliegenden Konflikts bemühen. Da die Waage eine unparteiische Schlichtungsstelle ist, bevorzugt sie weder Täter noch Opferseite. Die Voraussetzungen eines TOAs sind, dass der Beschuldigte die ihm vorgeworfene Schädigung einräumt und wie o. g. beide Seiten zu einem Schlichtungsversuch bereit sind. Die Dienstleistungen der Waage sind kostenlos

²²⁴ Zur Erklärung des HAIPs in diesem Abschnitt, s. Landeshauptstadt Hannover (Hrsg.) 2006, S. 7 ff.

²²⁵ Zu Informationen zu HAIP-Fällen bei der Waage Hannover in diesem Abschnitt, s. Landeshauptstadt Hannover (Hrsg.) 2006, S. 32 ff.; Nähere Informationen über die Waage Hannover stehen auch auf ihrer Homepage (<http://www.waage-hannover.de/>) zur Verfügung.

und unabhängig davon, ob eine Strafanzeige erstattet wird.

Eine Vermittlung bei der Waage Hannover wird wie folgt durchgeführt: Zuerst werden Täter und Opfer getrennt zu einem Gespräch geladen und berichten unabhängig voneinander ihre Sicht auf die Tat. Wenn Täter und Opfer zu einem Ausgleichsversuch bereit sind, wird mit beiden Partnern ein erstes Gespräch vereinbart, wobei im Rahmen des TOAs nach Lösungen gesucht wird. Bemerkenswert dabei ist, dass der TOA nur eine von verschiedenen Alternativen darstellt. Es gibt neben dem TOA vielfältige Möglichkeiten zur Aufarbeitung des Konflikts, wie z. B. Hilfe durch Rechtsanwälte, Bestärkungsstellen oder das Einschalten von Frauenhäusern usw. .

Beim TOA werden die Wünsche beider Seiten konkret verhandelt und im Einigungsfall vertraglich festgelegt. Die Einhaltung dieses zivilrechtlichen Vertrags wird von der Waage überprüft bzw. überwacht und an die Staatsanwaltschaft rückgemeldet, damit das Ergebnis bei der Verfahrenserledigung berücksichtigt werden kann. Bei positiv abgeschlossenen TOA-Fällen wurden folgende Möglichkeiten vereinbart: Bei Beziehungsgewalt ohne Trennungs- sondern nur Verhaltensänderungswunsch der Geschädigten, ging es bei den Lösungen vorwiegend um Alkoholentzug bzw. -therapie, Eheberatung, soziale Trainingskurse und individuelle Vereinbarungen. Im Gegensatz dazu standen bei Fällen mit Trennungswunsch der Geschädigten Aus- bzw. Absprachen über die Ernsthaftigkeit des Trennungswunsches, Auszug, zukünftige Kontakte sowie Umgangsformen, die Folgen der Trennung, z. B. Finanzen bzw. Gütertrennung, und Besuchsregelung der Kinder im Vordergrund. Daneben wurden in den Trennungsfällen häufig Wiedergutmachungszahlungen, nämlich Schmerzensgeld und Schadensersatz, gefordert. Wenn die Geschädigte bei der Gewalttat bereits getrennt vom Beschuldigten lebte, ging es bei den Lösungen vorwiegend um Vereinbarungen über Unterlassung von Kontaktaufnahme durch den Beschuldigten zur Geschädigten sowie Wiedergutmachungszahlungen.

Gewalt in Paarbeziehungen ist meist mit einer langen Vorgeschichte, einer Vielzahl von Konflikten und daher mit besonderen Schwierigkeiten beim Versuch einer außergerichtlichen Einigung verbunden. Dennoch machen Partnerschaftsdelikte bei der Waage Hannover in den letzten Jahren konstant einen beträchtlichen Teil des Fallaufkommens aus und im Jahr 2006 liegt ihr Anteil bei ca. 60 % aller TOA-Fälle. Im Folgenden werden TOA-Fälle in Paarbeziehungen, die die Waage

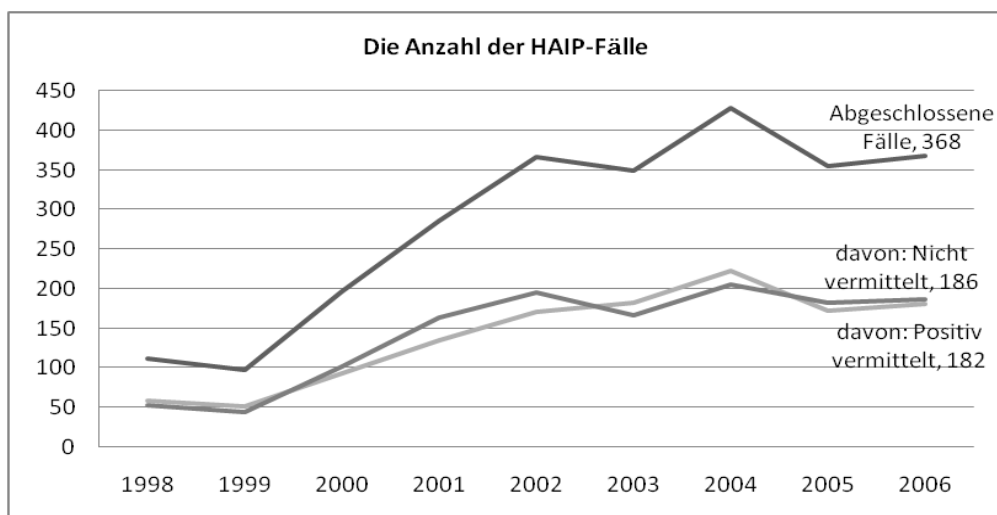
Hannover, als Mitglied des HAIPs, durchgeführt hat, näher erörtert. Dank der freundlichen Zusammenarbeit mit dem ersten Vorsitzenden des BAG-TOA e. V. und Koordinators des HAIP-Verbunds, Herrn Christian Richter, der seit 16 Jahren als Mitarbeiter bei der Waage-Hannover tätig ist, stehen mir für diese Arbeit die Daten der Jahre 1998 bis 2006 vollständig für die Auswertung zur Verfügung.

2) Der Sachverhalt des TOAs - Im Rahmen des HAIPs -

a) Abgeschlossene Fälle

Die Anzahl der im Rahmen des HAIPs bei der Waage Hannover jährlich durchgeführten TOA-Fälle (HAIP-Fälle) ist in den letzten acht Jahren von 112 auf 368 angestiegen und hatte 2006 einen 59,1 %-Anteil an allen TOA-Fällen bei der Waage-Hannover. Ob der große Zuwachs, der von 1999 bis 2002 zu verzeichnen ist, sich auf eine tatsächliche Zunahme abgeschlossener Fälle zurückführen lässt, oder ob es sich um eine gründlichere Erfassung durch die Statistik, die erst seit 1998 erstellt wird, handelt, ist den Daten nicht zu entnehmen. Der Anteil hat im Verlauf der Jahre 2001 bis 2006 allmählich um etwa 10 Prozentpunkte zugenommen. Seit 2004 pendelt er um etwa 60 %. Dies zeigt, dass die HAIP-Fälle bei der Waage-Hannover seit ihrem Beitritt zum HAIP eine Schlüsselstellung einnehmen.

Schaubild 1²²⁶:

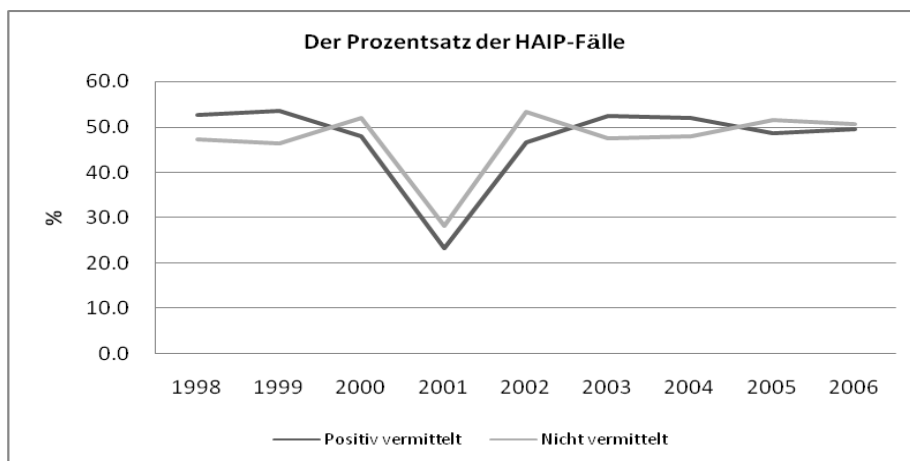


Sowohl die Anzahl der positiv vermittelten Fälle als auch die der nicht vermittelten

²²⁶ Nur die Angaben der nicht bzw. positiv vermittelten Fälle im Jahr 2001 basieren nicht auf der Anzahl der Fälle, sondern auf der Kopfzahl der Täter.

Fälle hat in den letzten acht Jahren allmählich zugenommen. Der Anteil der beiden Werte pendelt seit 1998 um etwa 50 % und weist heute beinahe die gleiche Höhe auf (positiv vermittelt: 49,5 %, nicht vermittelt: 50,5 %).

Schaubild 2²²⁷:



Die positiv vermittelten Fälle können differenziert werden in Fälle, die ohne bzw. mit Vermittlungsgespräch gelöst wurden sowie in Fälle, bei der die Einigung zwischen den Betroffenen vorher getroffen worden ist. Bei den ohne Vermittlungsgespräch gelösten Fällen hat eine Seite, meist die des Geschädigten, kein persönliches Zusammentreffen gewünscht²²⁸. In solchen Fällen werden Einzelgespräche mit den Betroffenen geführt und indirekt vermittelt. In Fällen vorheriger Einigung haben sich die Betroffenen ganz ohne Hilfe der Waage geeinigt. Im Jahr 2006 steht der Anteil der ohne Vermittlungsgespräch gelösten Fälle mit 47,8 % an erster Stelle. Es folgt mit 35,7 % der Anteil der Fälle mit Vermittlungsgespräch und erst mit 16,5 % der der Fälle, bei denen die Einigung vorher getroffen wurde. Im Vergleich dazu nahm im Jahr 1998 der Anteil der Fälle mit Vermittlungsgespräch den ersten Platz ein und betrug 39,0 %, gefolgt von den Fällen ohne Vermittlungsgespräch mit 37,3 % und denen, bei denen die Einigung vorher getroffen wurde, mit 23,7 %. Bei positiv vermittelten Fälle ist der Anteil ohne Vermittlungsgespräch im Verlauf der Jahre 1998 bis 2006 um etwa 10 Prozentpunkte deutlich angestiegen.

²²⁷ Nur die Ergebnisse der beiden Fallgruppen im Jahr 2001 der Schaubilder 2 – 6 und 12 – 14 sind auf Grundlage der Kopfzahl der Täter errechnet worden.

²²⁸ Nach Aussage von Herrn Richter ist das besonders häufig nach Trennungen in Fällen häuslicher Gewalt.

Schaubild 3:

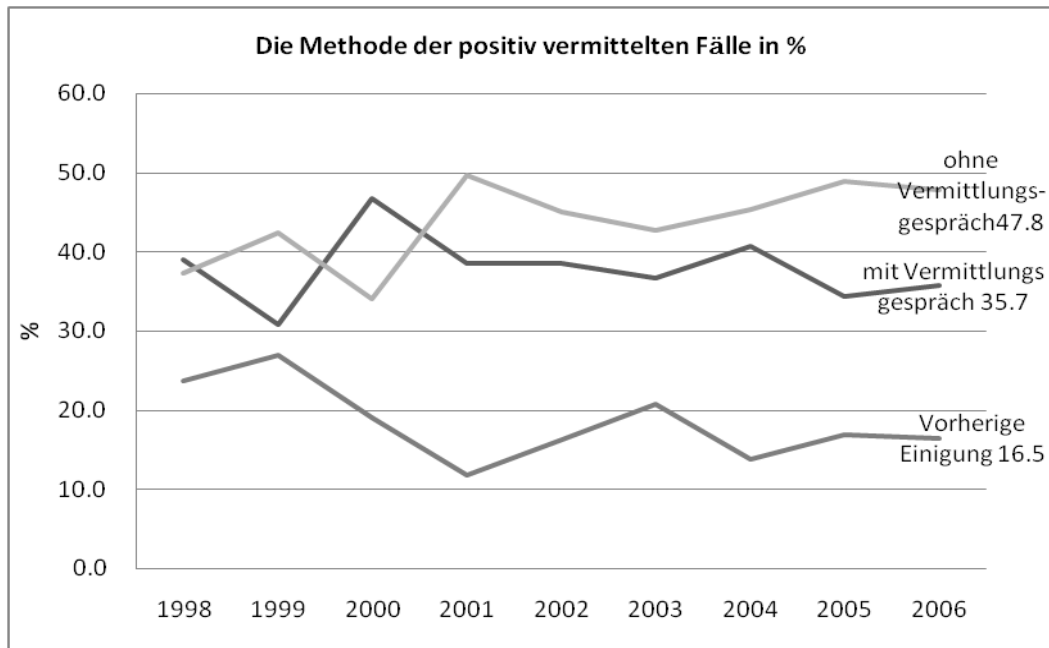
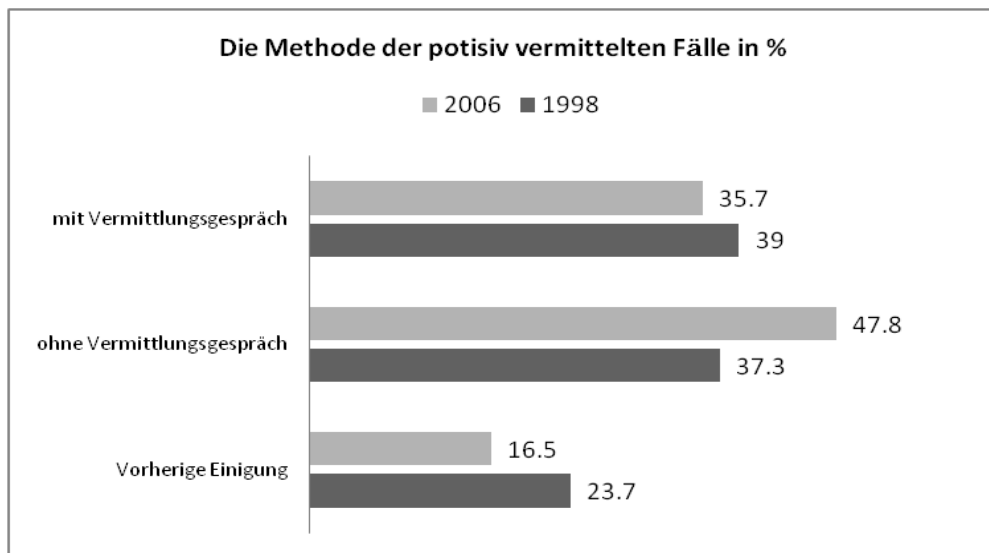


Schaubild 4:



Daneben konnte aus verschiedenen Gründen ein Teil der HAIP-Fälle nicht vermittelt werden²²⁹. Im Jahr 2006 steht der Anteil der wegen Opferablehnung nicht vermittelten Fälle mit 36,0 % an erster Stelle. Es folgen der Anteil der Fälle, bei denen Opfer nicht erreicht wurden, mit 29,0 % und derjenige, bei denen Täter nicht erreicht wurden, mit 13,4 %. Weiterhin gibt es einen Anteil von 8,6 %, bei denen die Zuweisung nicht erfüllt wurde²³⁰. Der Anteil der nicht vermittelten Fälle wegen Täterablehnung steht an fünfter Stelle mit 8,1 %, gefolgt von denjenigen mit gescheiterter Vermittlung (4,3 %).

Im Vergleich dazu liegt der Anteil der nicht vermittelten Fälle wegen Opferablehnung im Jahr 1998 bei 32 %, gefolgt von denjenigen, bei denen Täter nicht erreicht wurden, mit 30 % und solchen, bei denen die Zuweisung nicht erfüllt wurde (15%). Der Anteil nicht vermittelter Fälle wegen Nichterreichbarkeit der Opfer steht an vierter Stelle mit 13 %, gefolgt von solchen mit einer Ablehnung des Vermittlungsversuchs durch Täter und bei dessen Scheitern (jeweils mit 4 %).

²²⁹ Den Ausführungen der Waage folgend wäre es irreführend, Verfahren, die ohne eine Einigung der Beteiligten abgeschlossen wurden, einfach als „gescheitert“ zu bezeichnen. Denn bei solchen Fällen handelt es sich zum überwiegenden Teil um Fälle, bei denen die Konfliktparteien entweder nicht erreicht werden konnten oder bei denen ein Vermittlungsversuch abgelehnt wurde. Die Freiwilligkeit der Teilnahme, eine der Grundvoraussetzungen des TOAs, ist hier nicht gegeben; s. Waage Hannover e.V., Tätigkeitsbericht 2006, S. 7; Dieser Bericht steht auf deren Homepage (<http://www.waage-hannover.de/html/praxis.html>) zur Verfügung.

²³⁰ Die Zuweisung wird nicht erfüllt, wenn die Beschuldigten den Tatvorwurf abstreiten.

Schaubild 5:

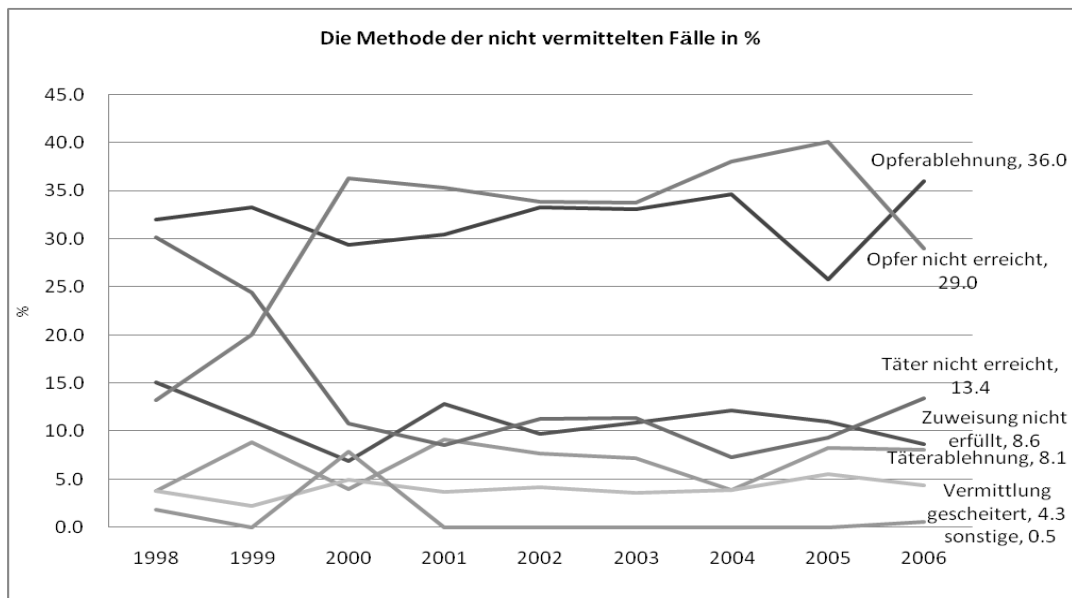
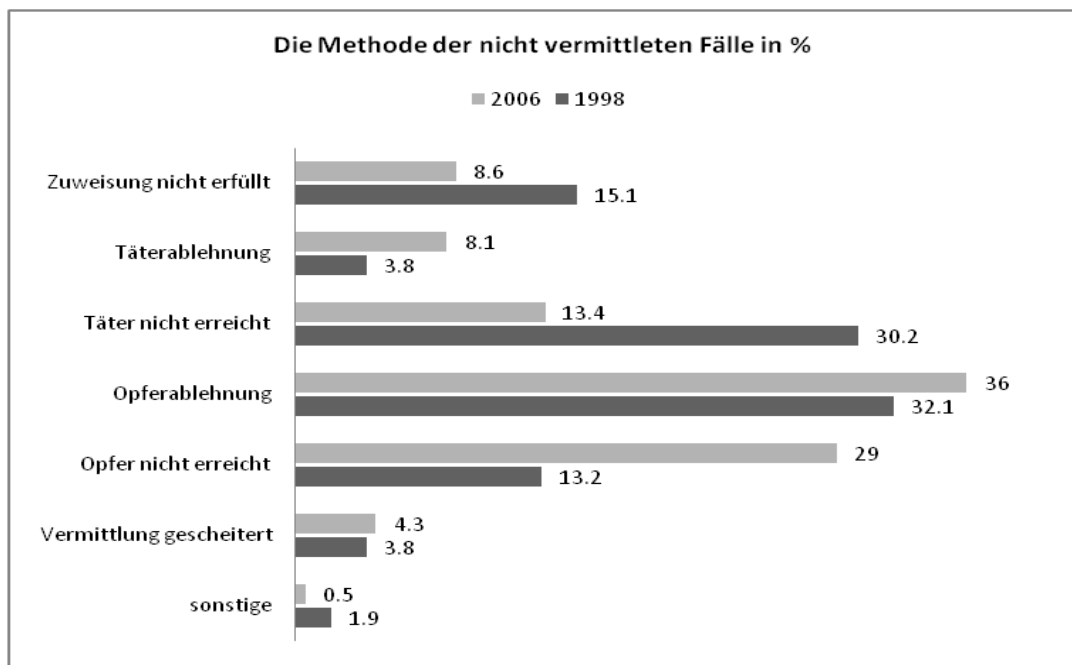


Schaubild 6:



Bemerkenswert ist, dass der Anteil der von der Opferseite aus nicht vermittelten Fälle in den letzten acht Jahren deutlich angestiegen ist. Im Jahr 2006 ist der Anteil der Fälle, bei denen Opfer einen Vermittlungsversuch ablehnten bzw. Opfer nicht erreicht wurden, fast dreimal so hoch wie der der Fälle, bei denen Täter einen Vermittlungsversuch ablehnten oder nicht erreicht wurden. Bei den HAIP-Fällen zeigt sich demnach die gleiche Tendenz wie beim allgemeinen TOA (Erstes Kapitel III), dass das Interesse der Opfer an einem Vermittlungsgespräch ständig zurückgegangen ist. Die Ursachen für diese Zurückhaltung der Opfer ist noch zu untersuchen. Laut des Jahresberichtes der Waage von 2006 konnten 94 % der gesamten TOA-Fälle 2006 erfolgreich abgeschlossen werden, wenn die Betroffenen einem Einigungsversuch bei der Waage zustimmen²³¹. Für die Beurteilung „Erfolg“ ist dabei die Bewertung durch die Betroffenen selbst entscheidend. Ein TOA-Fall zählt als erfolgreich abgeschlossen, wenn die Geschädigten zufrieden sind und ausdrücklich erklären, dass sie nicht mehr an einer Strafverfolgung interessiert sind²³². Um mehr TOA-Fälle erfolgreich abschließen zu können, d. h. sowohl im Interesse der Täter als auch zur Zufriedenheit der Opfer, ist es also erforderlich, mehr Opfer für einen Vermittlungsversuch zu gewinnen.

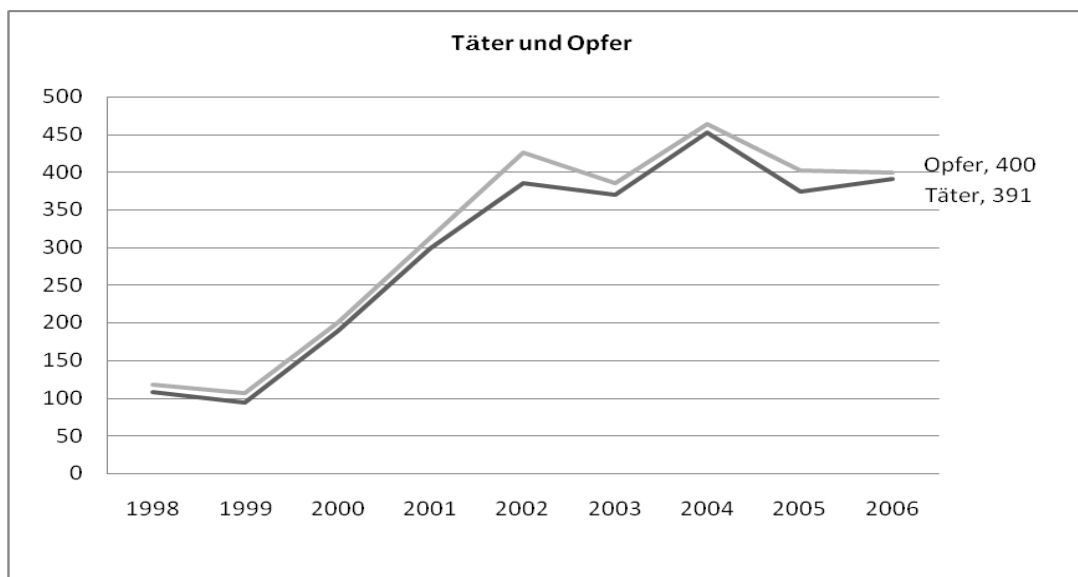
b) Täter und Opfer

Sowohl die Anzahl der Täter als auch die der Opfer hat in den letzten acht Jahren zugenommen und seit 2002 pendelt sie um etwa 400. Die Anzahl der Betroffenen beider Gruppen ist vor allem von 1999 bis 2002 um etwa das vierfache angestiegen. Auch hier ist nicht erkennbar, ob der Zuwachs auf einer tatsächlichen Zunahme der Betroffenen beruht oder einen einfachen Nebeneffekt der Verbesserung der Statistik, die seit 1998 erstellt wird, darstellt. Da die Waage-Hannover seit 1997 am HAIP teilnimmt, sind beide Möglichkeiten nicht auszuschließen. Die Zunahme der Anzahl abgeschlossener Fälle bzw. der Betroffenen ist ohnehin positiv zu bewerten, denn es kann einerseits bedeuten, dass der TOA in die Praxis umgesetzt wird, und andererseits kann es zu einer Verringerung des Dunkelfelds beitragen.

²³¹ Waage Hannover e. V., Tätigkeitsbericht 2006, S. 7

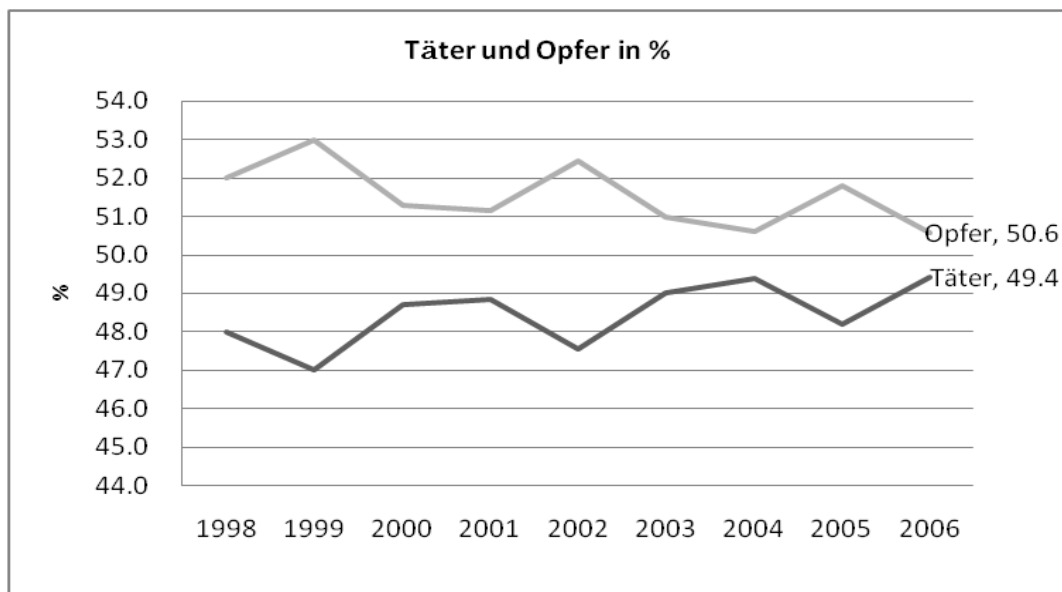
²³² Waage Hannover e. V., Tätigkeitsbericht 2006, S. 7

Schaubild 7;



Der Anteil der Täter hat sich im Verlauf der Jahre 1998 bis 2006 leicht von 48,6 % auf 49,4 % erhöht. Im Vergleich dazu ist der Anteil der Opfer im gleichen Zeitraum von 52,0 % auf 50,6 % gesunken. Damit hat sich der Anteil der beider Betroffenenengruppen noch weiter angenähert. Bemerkenswert ist es, dass Betroffene im Alter von über 60 Jahren bei HAIP-Fällen nicht ausgeschlossen werden. Im Jahr 2000 haben 5 Täter und 4 Opfer dieser Altersgruppe teilgenommen und der Anteil betrug 2,6 % aller Täter sowie aller 2 % Opfer, die sich am HAIP beteiligt haben. Seit 2001 ist diese Altersgruppe nicht mehr gesondert in der Statistik ausgewiesen. Das ist bedauerlich, da so die weitere Entwicklung in dieser Altersgruppe nicht nachgewiesen werden kann. Zwar waren im Jahr 2000 nur ein geringer Teil aller HAIP- bzw. TOA-Fälle in dieser Altersgruppe angesiedelt, aber inzwischen könnte sich die Situation geändert haben. Gegenwärtig erfährt im gesellschaftlichen Hintergrund besonders die Alterskriminalität ein bedeutsames Wachstum, zu dessen Lösung auch der TOA beizutragen vermag.

Schaubild 8:



Der Anteil der Täter deutscher Staatsangehörigkeit pendelt seit 1998 bei etwa 65 - 75 %. Im Vergleich dazu ist dieser Anteil bei den Opfern etwas höher als bei den Tätern und schwankt in den letzten acht Jahren zwischen etwa 70 - 80 %. Da bei ausländischen Betroffenen das Aufenthaltsrecht eng mit ihrer ehelichen Lebensgemeinschaft verknüpft ist, ist hier insbesondere Gewalt durch Ehepartner bzw. -partnerin ein ernsthaftes Problem. Ausländische Ehepartner erhalten erst dann ein eigenständiges Aufenthaltsrecht in Deutschland, wenn die eheliche Lebensgemeinschaft seit mindestens zwei Jahren im Bundesgebiet besteht. Obwohl ein weiterer Aufenthalt trotz Trennung vor dieser Frist möglich ist, wenn dies zur Vermeidung besonderer Härte erforderlich ist (§19 I Ausländergesetz), sollten ausländische Ehepartner zuerst zögern, die eheliche Beziehung abubrechen oder ihre ehelichen Probleme bei der Polizei bzw. privaten Einrichtungen vorzutragen, um so dem Risiko des Verlusts des Aufenthaltsrechts zu entgehen. Dadurch besteht die Gefahr der Zunahme des Dunkelfelds. Um ausländische Betroffene vor Gewalt durch ihre/n Partner/in zu schützen, ist es unerlässlich, vielfältige Informationen über Maßnahmen gegen häusliche Gewalt muttersprachlich zu kommunizieren. Im Rahmen des HAIPs steht die Beratungsstelle SUANA zur Verfügung, die von Gewalt betroffenen Migrantinnen eine muttersprachliche Beratung anbietet. Solche muttersprachlich verfügbaren Beratungsstellen sind genauso für Täter erforderlich, um diesen Hilfe und Beratung in Stresssituationen usw. anbieten zu können.

Schaubild 9:

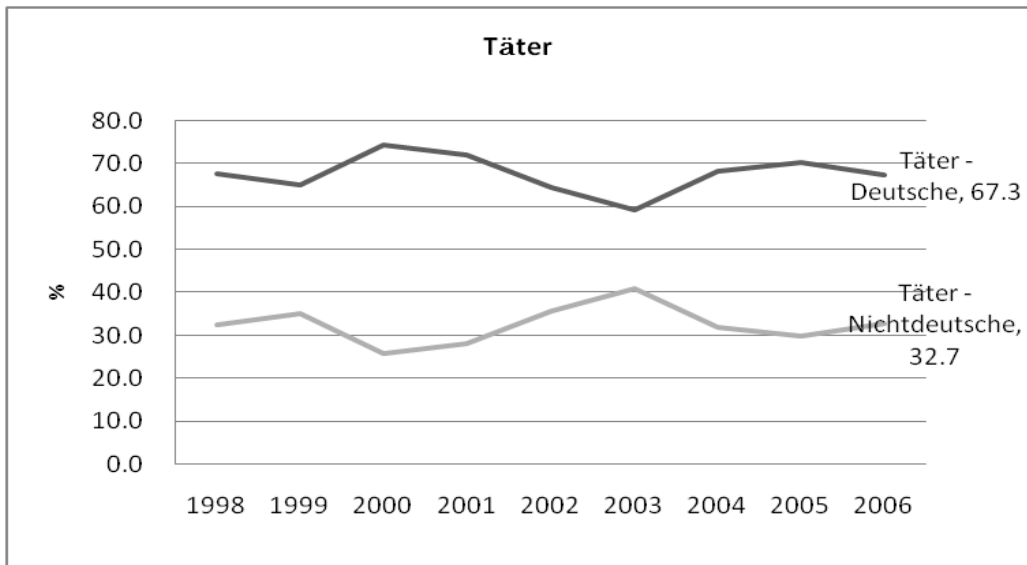
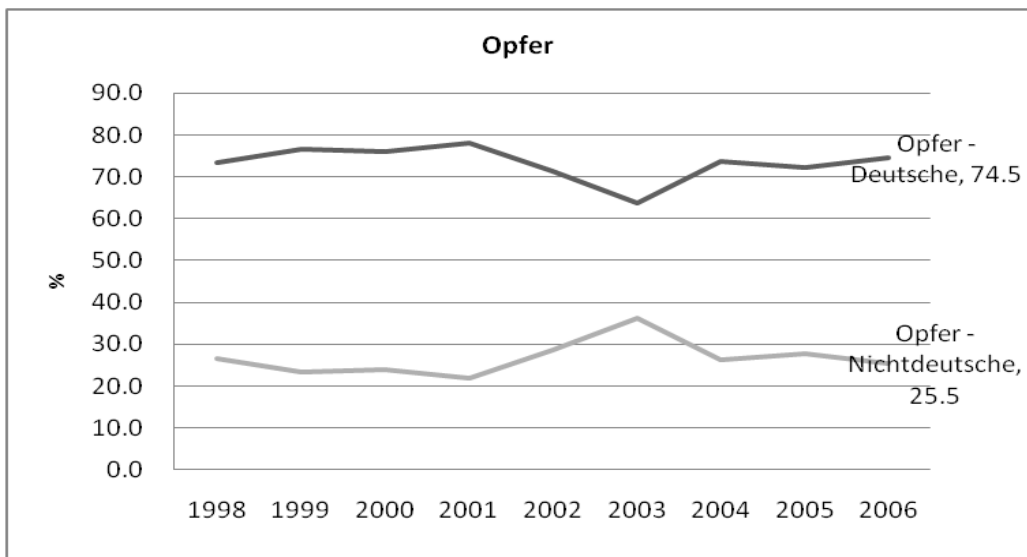


Schaubild 10:



Die Anzahl der eingeschalteten Rechtsanwälte hat im Verlauf der Jahre 1998 bis 2002 von 40 auf 119 deutlich zugenommen und seit 2002 pendelt er durchschnittlich bei etwa 95. Der Anteil der Rechtsanwälte auf der Täterseite ist von 1998 bis 2006 allmählich angestiegen. Ihr Anteil beträgt ständig mehr als die Hälfte und liegt 2006 bei 62,9 %. Im Vergleich dazu ist der Anteil der Rechtsanwälte auf der Opferseite deutlich geringer und hat im gleichen Zeitraum von 42,5 % auf 37,1 % abgenommen. Das ist darauf zurückzuführen, dass die Opfer weniger ihr

Recht durchsetzen als ihre Ruhe haben wollen während die Täter sich eine Verteidigung durch Rechtsanwälte wünschen. Die Opfer können beim TOA auch durch Opferhilfebüros oder ggf. Frauenberatungsstellen auf unterschiedliche Art und Weise unterstützt werden²³³.

Schaubild 11:

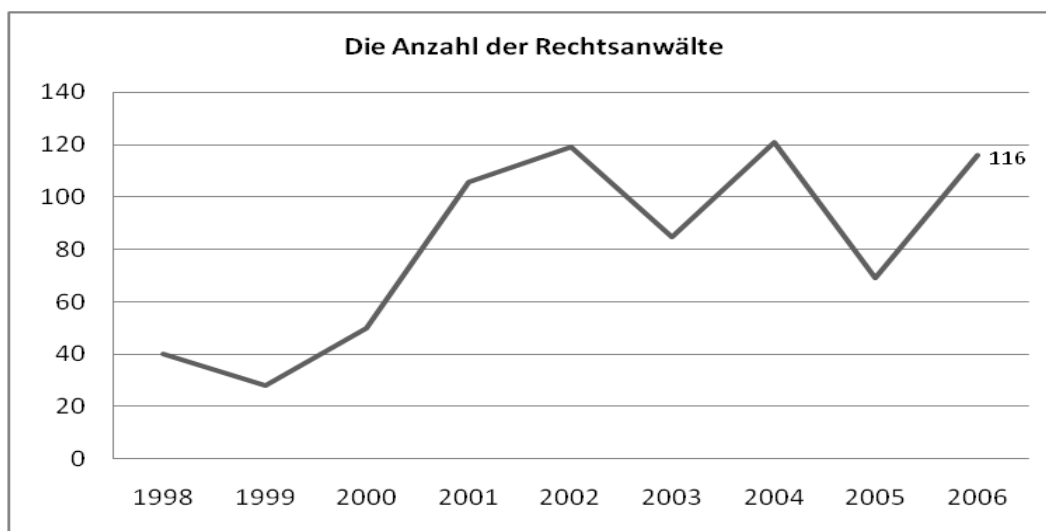
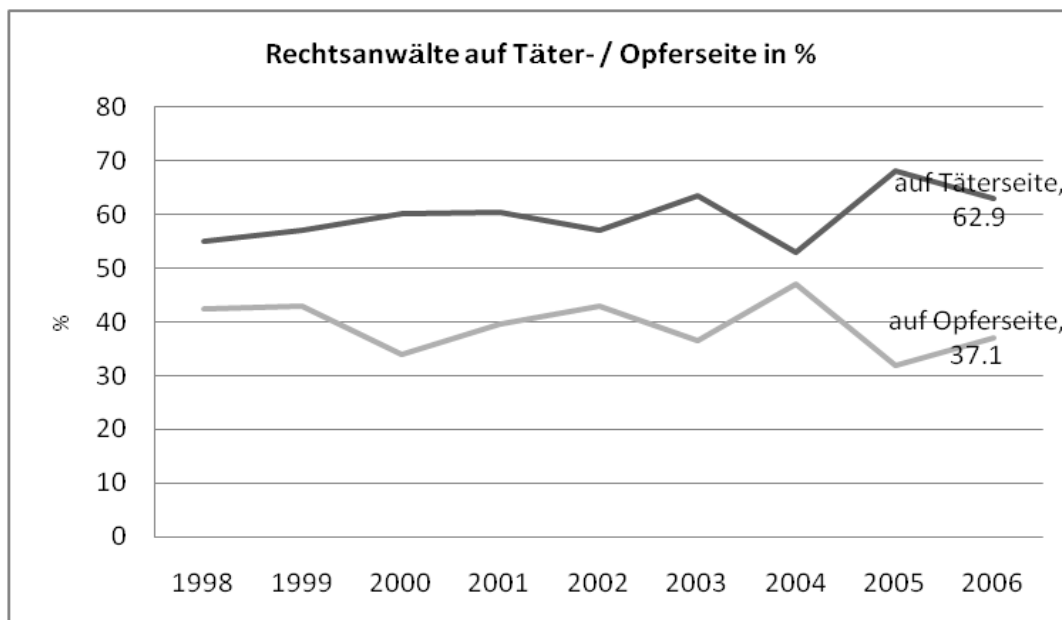


Schaubild 12:

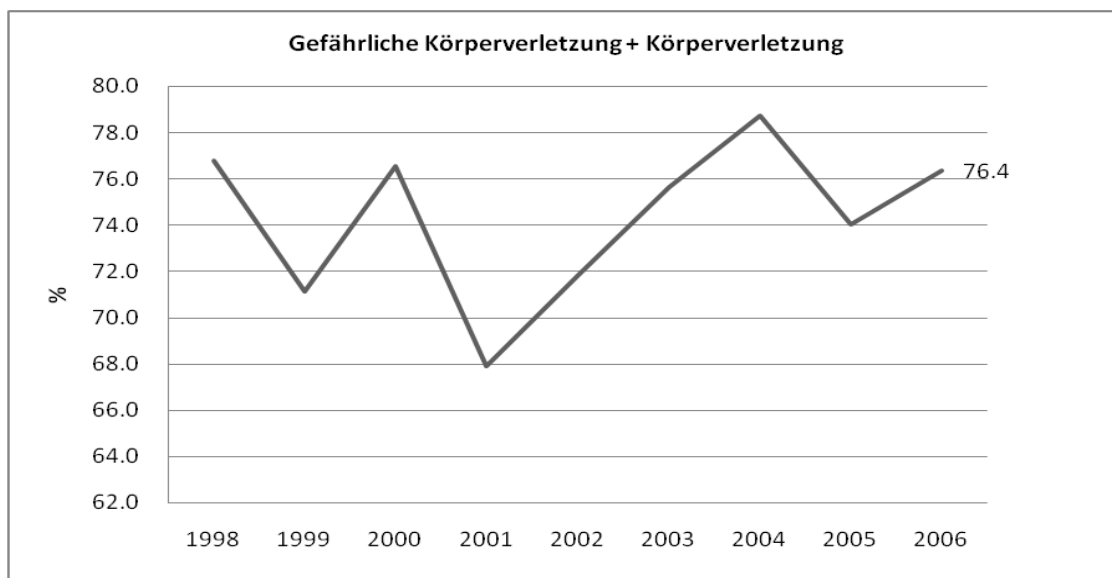


²³³ Auch die Mitarbeiter der Waage-Hannover können Frauen parteiisch beraten, wenn dies notwendig ist. Diese Information wurde im Interview mit Herrn Richter gewonnen.

c) Delikte

In sämtlichen untersuchten Jahren nimmt der Anteil der Körperverletzungen nach § 223 StGB die erste Stelle ein und liegt im Jahr 2006 bei 59 %, gefolgt von gefährlichen Körperverletzungen mit 17%. Der Anteil gefährlicher Körperverletzungen und Körperverletzungen insgesamt schwankt in den letzten acht Jahren um etwa 75 %. Der Anteil gefährlicher Körperverletzungen allein pendelt im gleichen Zeitraum um etwa 20 % und steht ständig an zweiter Stelle der bearbeiteten HAIP-Fälle. Daraus lässt sich ableiten, dass der TOA auch für schwere Delikte geeignet ist.

Schaubild 13²³⁴:



Der Anteil von Bedrohungen steht im Verlauf der Jahre 1998 bis 2006 an dritter Stelle und liegt 2006 bei 11,1 %. Im gleichen Zeitraum beträgt der Anteil der sonstigen Delikte durchschnittlich etwa 4 % und steht 2006 an vierter Stelle der bearbeiteten HAIP-Fälle. Der Anteil der Sachbeschädigung ist in den letzten acht Jahren von 8,9 % auf 3,3 % beständig gesunken und damit unter den Anteil sonstiger Delikte gefallen. Es folgt der Anteil der Beleidigungen und der Nötigungen mit jeweils 1,9 %, der der Diebstähle mit 0,8 % und der des Raubs und der des Betrugs mit jeweils 0,3 %. In einem Fall werden zwar häufig mehrere Delikte angezeigt, aber aus statistischen Gründen wird jeweils nur das

²³⁴ Siehe Fußnote Nr. 230

schwerwiegendste Delikt registriert²³⁵. Dennoch kann aus der o. g. Auswertung vorläufig geschlossen werden, dass Gewaltkriminalität wie Körperverletzungen/ gefährliche Körperverletzungen den überwiegenden Teil der HAIP-Fälle ausmacht.

Schaubild 14:

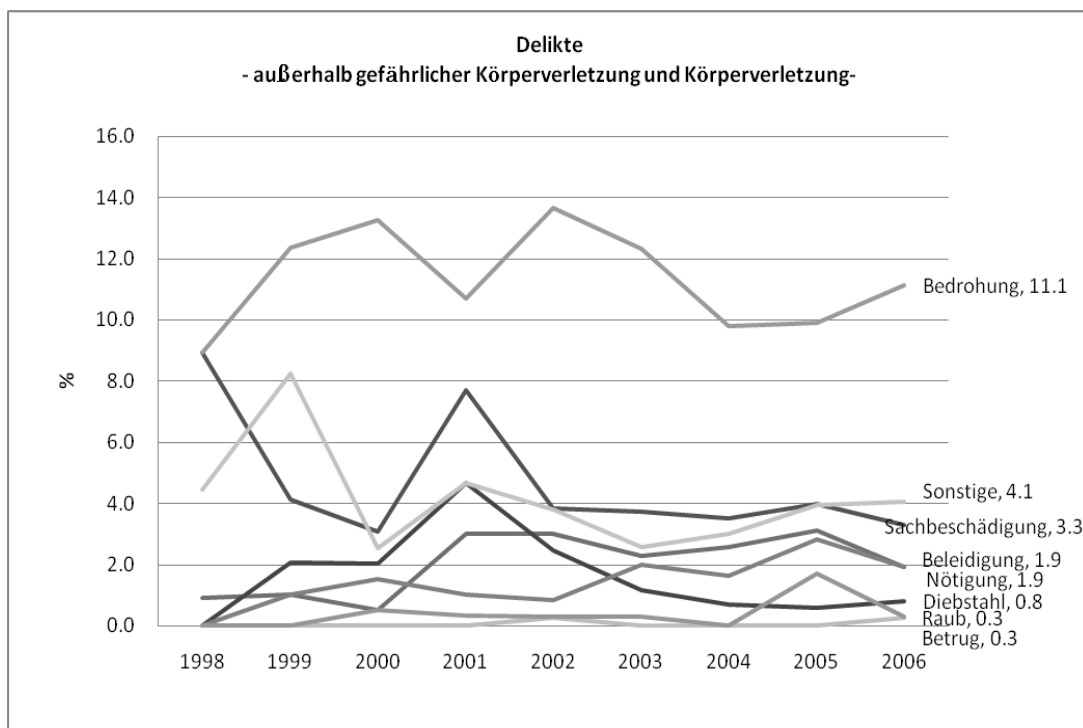
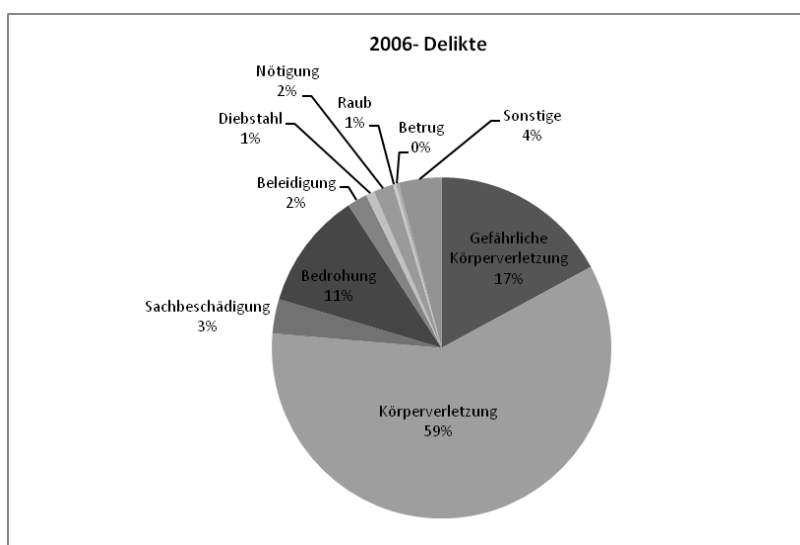


Schaubild 15:

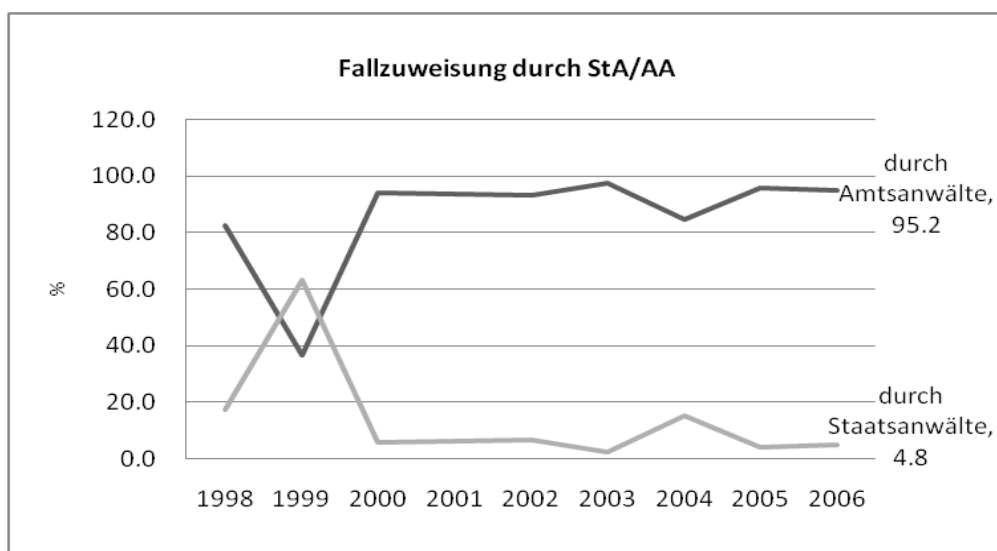


²³⁵ Waage Hannover e. V., Tätigkeitsbericht 2006, S. 8

d) Fallzuweisung

Die Fallzuweisung bei HAIP-Fällen erfolgt durch die Amts- bzw. Staatsanwaltschaft, überwiegend aus dem Bereich der Amtsanwaltschaft. Der Anteil der durch Amtsanwälte zugewiesenen Fälle, beträgt seit 2000 (außer 2004) konstant mehr als 90 % aller HAIP-Fälle, die von Amts-/Staatsanwälten aufgetragen wurden. Die Auswahlkriterien der Amts-/Staatsanwaltschaft sind bei den hier untersuchten HAIP-Fällen - genau wie bei den im ersten Kapitel III dargestellten allgemeinen TOA-Fällen - schwer zu erfassen. Daher erscheint es notwendig, diese Kriterien durch eine umfassende Untersuchung genau herauszuarbeiten. Darüber hinaus ist der überwiegende Teil der Staats-/Amtsanwälte, die sich mit dem HAIP beschäftigen, weiblichen Geschlechts. Es gibt fünf Amtsanwältinnen und eine Staatsanwältin, jedoch nur einen Amtsanwalt für das HAIP. Dies ist im Sinne einer allgemeinen geschlechtlichen Gleichstellung meiner Meinung nach negativ zu bewerten. Obwohl die überwiegende Mehrzahl der Opfer häuslicher Gewalt inzwischen weiblichen Geschlechts ist, sollte „Gewalt gegen Männer“ gleichermaßen berücksichtigt werden. Sowohl Frauen als auch Männer sollten die Möglichkeit haben, ihre Anzeige in einem angenehmen Umfeld erstatten zu können.

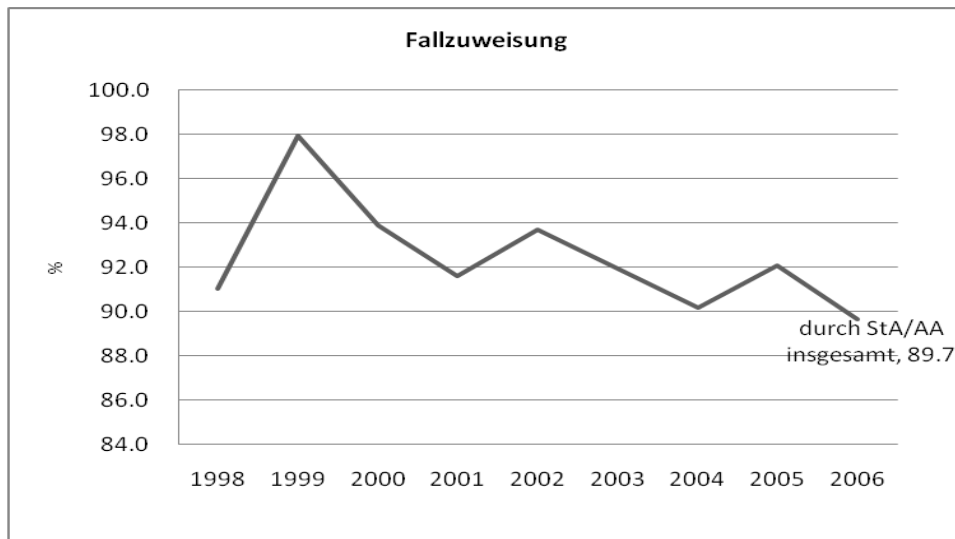
Schaubild16²³⁶:



²³⁶ Die Daten aus dem Jahr 1999 weisen in die entgegengesetzte Richtung im Vergleich zu allen anderen Jahrgängen. Dies ist vermutlich auf einen Fehler in den originären Daten zurückzuführen.

Der Anteil der von Staats- bzw. Anwälten zugewiesenen Fälle insgesamt ist jedoch im Verlauf der Jahre 1999 bis 2006 von 97,9 % auf 89,7 % gesunken. Im Vergleich dazu ist der Anteil der Fälle, die von Selbstmeldern angetragen wurden²³⁷, im gleichen Zeitraum von 2,1 % auf 7,9 % allmählich angestiegen. Nach Auffassung der Waage-Hannover liegen Fällen, die durch Selbstmelder angetragen wurden, zumeist strafrechtlich nicht relevante Konflikte aus dem sozialen Nahraum wie z. B. Nachbarschaft, Gemeinde oder Arbeitsplatz zugrunde²³⁸. Da es sich bei den HAIP-Fällen ausschließlich um Konflikte in Paarbeziehungen handelt, also aus überaus engen sozialen Beziehungen, sollte der Anteil der Selbstmelder eigentlich wesentlich größer sein. Dennoch liegt deren Anteil im Jahr 2006 trotz des Zuwachses wie o. g. bei nur 7,9 %. Im Vergleich dazu beträgt ihr Anteil an allgemeinen TOA-Fällen bei der Waage-Hannover, im gleichen Jahr etwa 9 %. Es gibt also keinen großen Unterschied zwischen HAIP- und allgemeinen TOA-Fällen, wo der Anteil der Selbstmelder sogar etwas größer ist. Daraus kann man schließen, wie schwierig es bei Konflikten im sozialen Nahraum - vor allem bei häuslicher Gewalt - ist, einen privaten Konflikt bei offiziellen Einrichtungen als Selbstmelder vorzutragen.

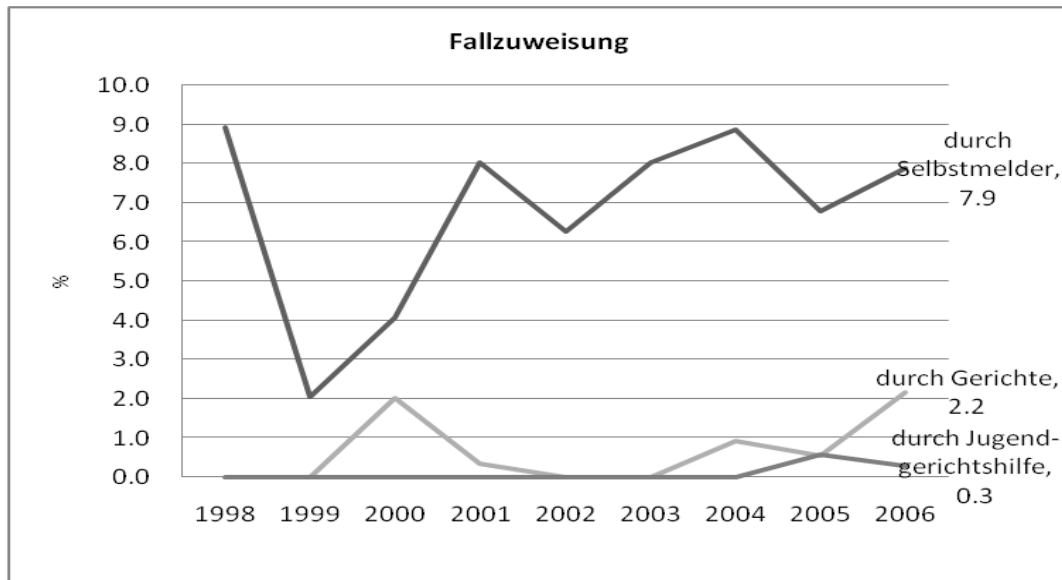
Schaubild 17:



²³⁷ Selbstmelder sind Personen, die sich aus eigener Initiative an die Waage wenden.

²³⁸ Waage Hannover e. V., Tätigkeitsbericht 2006, S. 8

Schaubild 18:



e) Dauer der HAIP-Fälle

Die Dauer der Fallbearbeitung ist von besonderer Relevanz, um ein zügiges Strafverfahren zu gewähren und eine möglichst starke präventive Wirkung zu erzielen. Der Anteil der Fälle, deren Bearbeitung zwei bis vier Wochen dauerte, steht in den letzten acht Jahren (außer 2002, 2005) an erster Stelle. Ihr relativer Anteil ist seit 2000 jedoch deutlich gesunken und liegt 2006 bei nunmehr 25,3 %. Im Vergleich dazu hat sich der Anteil der Fälle, deren Bearbeitung acht bis zehn Wochen dauerte, allmählich erhöht und steht im Jahr 2006 an zweiter Stelle mit 24,2 %. Es folgt der Anteil der Fälle, deren Bearbeitung fünf bis sieben Wochen dauerte, mit 22,3 %. Die Anteile dieser drei Fallgruppen haben sich allmählich einander angenähert und weisen 2006 beinahe die gleiche Höhe auf. Außerdem ist der Anteil der Fälle, deren Bearbeitung länger als 14 Wochen dauerte, im Verlauf der 1998 bis 2006 allmählich von 6,3 % auf 9,2 % angestiegen.

Aus diesen Daten ist eine allgemeine Tendenz zur Verlangsamung in der Fallbearbeitung erkennbar. Die meisten Fälle, die innerhalb von vier Wochen erledigt wurden, sind jedoch solche, bei denen die Betroffenen einen Vermittlungsversuch ablehnten. Die Tendenz zur Verlangsamung lässt sich auf eine Zunahme länger dauernder Fälle zurückführen, die durch Vermittlung abgeschlossen wurden. Da die HAIP-Fälle sich vor allem mit komplizierten Konflikten in Paarbeziehungen beschäftigen, ist diese Verlangsamung in der Fallbearbeitung nicht verwunderlich. Im Vergleich zu normalen Fällen, bei denen nur ein Vermittlungsgespräch stattfindet, werden bei HAIP-Fällen i. d. R. drei bzw. vier Vermittlungsgespräche geführt²³⁹. In den letzten acht Jahren sind die HAIP-Fälle, die der Waage-Hannover zugewiesen wurden, wie oben erwähnt, deutlich angestiegen. Durch Zunahme komplizierter Fälle ist auch die zur Durchführung des TOAs benötigte Zeit angestiegen.

Die Tendenz zur Verlangsamung ist also auch positiv zu bewerten, da sie darauf zurückzuführen ist, dass der TOA Schritt für Schritt selbst bei schwierigen Fällen im Rahmen häuslicher Gewalt umgesetzt wird. Im Rahmen des HAIPs können darüber hinaus die Vereinbarungen durch eine Absprache mit der Staatsanwaltschaft bis zu einem halben Jahr durch die Waage kontrolliert werden. Dadurch erhalten die Opfer viel Zeit um nachzudenken oder die weitere Entwicklung abzuwarten. Andererseits kann jedoch die verzögerte Fallbearbeitung wie o. g. einem zügigen Strafverfahren im Wege stehen. Damit ist die Gefahr verbunden, die präventive Wirkung zu verringern. Da die Dauer der Fallbearbeitung bei TOA-Fällen für die Bewertung der Ausgleichsarbeit besonders wichtig ist, sollte sie genauer untersucht werden.

²³⁹ Diese Information beruht auf einem Interview mit Herrn Richter.

Schaubild 19:

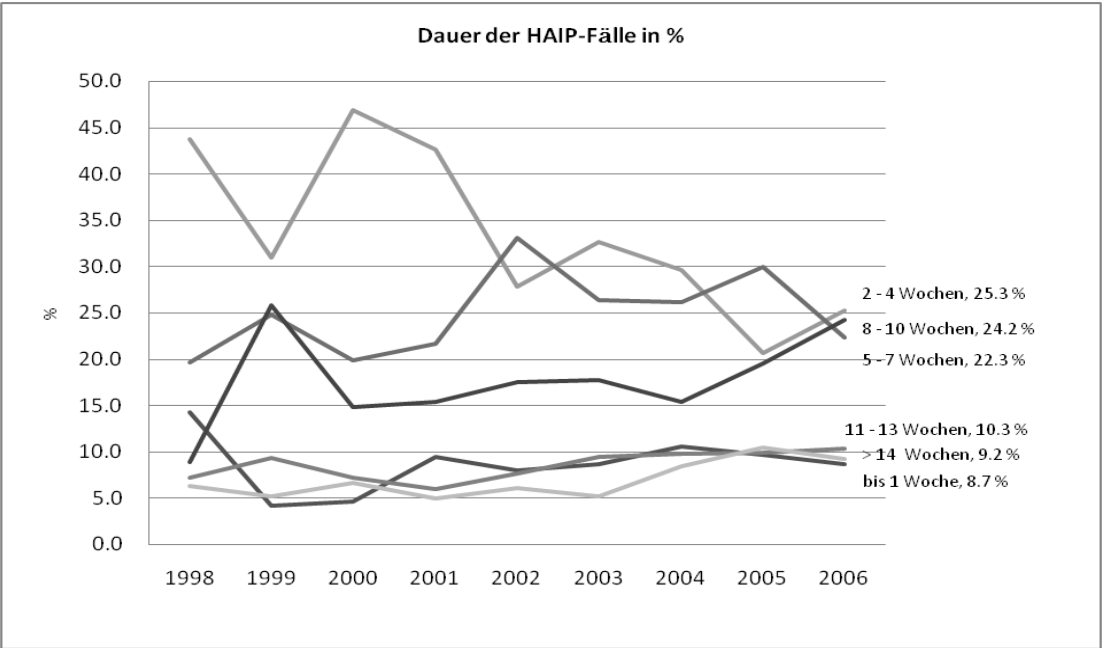
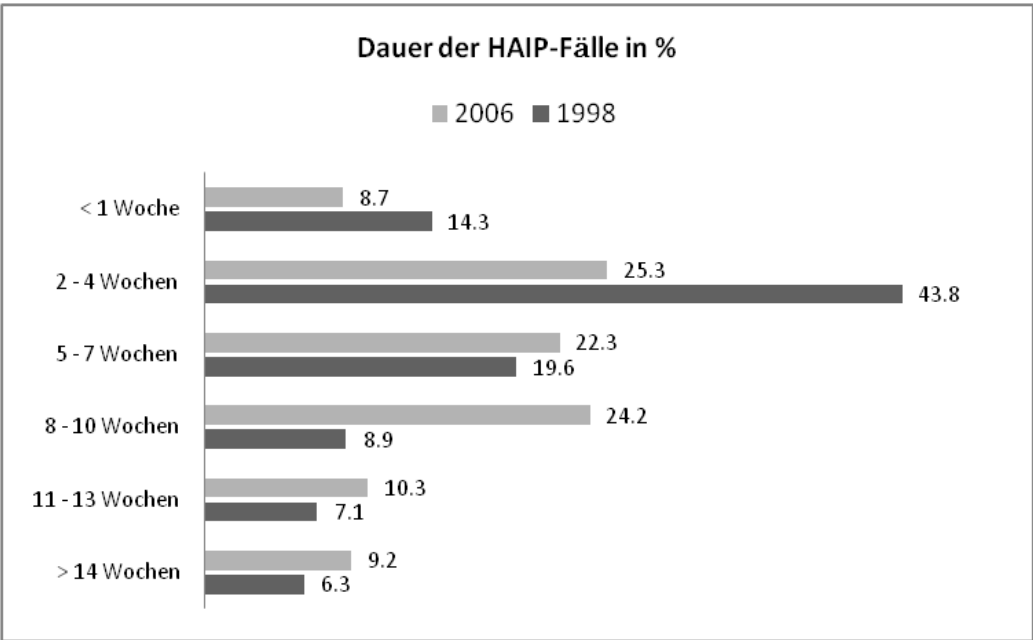


Schaubild 20:



f) Vorläufige Betrachtung

Seit der Einführung des HAIPs 1997 hat der TOA bei der Waage-Hannover eine Schlüsselstellung eingenommen. Entsprechend der Auswertung der o. g. Statistik ist der Einsatz des TOAs bei häuslicher Gewalt, vor allem in Paarbeziehungen, im Allgemeinen positiv zu bewerten.

In Fällen häuslicher Gewalt liegen häufig langfristige komplizierte Konflikte zwischen den Betroffenen zugrunde. Bei der Aufarbeitung dieser Konflikte ist vor allem die Vernetzung zwischen verschiedenen Institutionen, wie TOA-Einrichtungen ähnlich der Waage-Hannover, Polizei, Staatsanwaltschaft, Beratungsstellen, Frauenhäuser, Männerbüros usw. unerlässlich. Durch Vernetzung können die Betroffenen umfangreiche Hilfe und Unterstützungen erfahren sowie weiterreichende Informationen erhalten.

Im Rahmen des HAIPs läuft diese Vernetzung zwischen der Waage und den anderen Institutionen gut. Laut dem Leiter der Einrichtung ist das darauf zurückzuführen, dass die Mitarbeiter der Waage regelmäßig gemeinsame Versammlungen und Schulungen mit den Zuständigen anderer Institutionen durchführen. Die Versammlungen finden im Rahmen eines Runden Tisches, in Bausteinetreffen und bei Fortbildungen für die Polizei statt. Darüber hinaus gibt es den Arbeitskreis TOA der Waage, an dem Richter, Staatsanwälte und Polizisten teilnehmen. Durch die enge Kooperation lernen sich die Mitwirkenden auch persönlich kennen. Diese privaten Kontakte sind durchaus nicht unerwünscht, da so Vertrauen und Zusammenarbeit gefördert werden.

Zur weiteren Entwicklung des TOAs scheint es notwendig, den ständig bestehenden finanziellen sowie personellen Mangel zu beseitigen. Zwar wird die Waage zur Zeit durch die BISS (Beratungs- und Interventionsstelle) des Landes Niedersachsen mit jährlich 9.000 Euro unterstützt, dennoch stellen finanzielle Schwierigkeiten immer noch das Kernproblem bei ihrer Tätigkeit dar. Um die Bedürfnisse beider Betroffener möglichst umfassend zu befriedigen und damit mehr TOA-Fälle erfolgreich abzuschließen, ist weitere staatliche Unterstützung vonnöten.

III. Zusammenfassung und Folgerungen

Die der Sozialkontrolle dienenden restitutiven Konfliktlösungen wie Mediation, Konfliktregelung, Wiedergutmachung und Täter-Opfer-Ausgleich gewinnen heutzutage in verschiedenen Rechtsgebieten immer mehr an Bedeutung. Unter Mediation versteht man eine Vermittlung, bei der eine außergerichtliche oder alternative Streitbeilegung ggf. unter Anleitung eines oder mehrerer Vermittler durchgeführt wird. Bei der Mediation liegt die Konfliktlösung allein in den Händen der Konfliktparteien, deren Freiwilligkeit notwendige Voraussetzung ist. Im strafrechtlichen Rahmen ist diese Freiwilligkeit jedoch vor dem Hintergrund bereitgehaltener Zwangsmittel unter dem Legal- und Officialprinzip unvermeidbar eingeschränkt. Die zentrale Frage der Mediation im Strafverfahren besteht also darin, inwiefern diese Freiwilligkeit eingeschränkt werden soll, bzw. wieviel Flexibilität in der Strafrechtspraxis zugelassen werden darf.

Im Vergleich zur Mediation herrscht beim Begriff Konfliktregelung eher eine strafrechtliche Nuance vor. Dabei handelt es sich um eine umfassende Wiederherstellung des sozialen Friedens bzw. die Befriedung des durch die Straftat ausgelösten oder ihr zugrunde liegenden Konflikts. Eine Vermittlung im Strafrecht sollte daher besser nicht als Mediation, sondern als Konfliktregelung, oder noch genauer, als Wiedergutmachung oder Täter-Opfer-Ausgleich bezeichnet werden.

Die Begriffe Wiedergutmachung und Täter-Opfer-Ausgleich (TOA) sind in der strafrechtlichen Praxis eng miteinander verknüpft. Sowohl bei der Wiedergutmachung als auch beim TOA erhält der Täter einerseits Gelegenheit, sich mit seiner Tat auseinanderzusetzen bzw. Verantwortung zu übernehmen. Andererseits besteht für das Opfer die Möglichkeit, seine materiellen bzw. immateriellen Belastungen abzubauen. Beide Begriffe zielen durch die freiwillige Teilnahme der am restitutiven Verfahren Beteiligten darauf ab, den durch die Tat gestörten Rechtsfrieden wiederherzustellen.

Der Unterschied zwischen Wiedergutmachung und TOA besteht darin, dass bei der Wiedergutmachung die vom Täter zu erbringende Leistung im Vordergrund steht, während beim TOA der kommunikative Prozess zwischen den Betroffenen (Täter, Opfer und ggf. dritten Personen) unerlässlich ist. Beide Termini sind in § 46 a StGB, der mit dem Verbrechensbekämpfungsgesetz im Jahr 1994 ins Strafrecht eingeführt wurde, zu finden.

§ 46 a StGB bietet zwei Alternativen: den TOA (Nr. 1) und die Wiedergutmachung (Nr. 2). Beides sind keine Strafen, sondern eigenständige Reaktionsmittel, die Strafen überflüssig machen oder abmildern können. In diesem Zusammenhang wird § 46 a StGB auch so ausgelegt, dass sich die praktische Bedeutung der Vorschrift hauptsächlich darin erschöpft, dem Täter die Möglichkeit einer Strafmilderung bzw. das Absehen von der Strafe zu ermöglichen. Diese Interpretation stellt zwar mögliche Rechtsfolgen des § 46 a StGB dar, aber sie verkennt den Zweck bzw. das Ziel der Vorschrift. Die kriminalpolitische Bedeutung des § 46 a StGB besteht nämlich gerade darin, das Interesse des Opfers an Schadenskompensation stärker zu berücksichtigen und dem Täter die Verwerflichkeit seines Handelns und dessen Folgen bewusst zu machen. Diesem Verständnis zufolge sollten bei der Anwendung des § 46 a StGB Täter und Opfer gleichermaßen berücksichtigt und möglichst den Interessen beider Seiten entsprochen werden. Damit kann § 46 a StGB zur Wiederherstellung des Rechtsfriedens beitragen, indem sich beide Betroffene an der Befriedung beteiligen.

Betrachtet man von diesem Standpunkt aus die praktische Umsetzung des TOAs in der TOA-Statistik, ist eine eher unerwünschte Tendenz zu erkennen: Während der Anteil der zum TOA bereiten Opfer, vor allem bei Erwachsenen, im untersuchten Zeitraum ständig sank, blieb der Anteil der zum TOA bereiten Täter konstant hoch. Darüber hinaus wird die überwiegende Zahl der TOA-Fälle im Vorverfahren, in der frühestmöglichen Phase des Strafverfahrens, durchgeführt. Daran zeigt sich, dass der TOA vor allem als Diversionsmöglichkeit angesehen wird. Die Ursache der mangelnden Ausgleichsbereitschaft der Opfer ist ungeklärt. Jedoch kann vorläufig aus der Betrachtung der Statistik geschlossen werden, dass das Interesse der Opfer am TOA ständig zurückgegangen ist, während der TOA als wichtiger Weg zur Diversion aufgenommen wurde. Es ist noch zu untersuchen, ob die Mediation im Strafverfahren an ihre Grenzen stößt, da hier der Täter stets im Mittelpunkt steht. Man sollte ohnehin bemüht sein, wie es der AE-WGM fordert, die Stellung des Opfers in der Strafrechtspraxis weiter zu stärken.

Bei der Auswertung der statistischen Daten sind einige bemerkenswerte Ergebnisse zutage getreten, die an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben sollen. So ist der Anteil der über 60-jährigen Täter in den untersuchten Jahren allmählich angestiegen. Im Vergleich zu den anderen Altersstufen ist ihr Anteil zwar noch

gering, jedoch ist hier die weitere Entwicklung zu verfolgen. Derzeit geht im gesellschaftlichen Hintergrund ein signifikantes Wachstum der sog. Alterskriminalität vonstatten. Meiner Meinung nach kann der TOA dieser Altersgruppe eine weitere effektive und kreative Alternative der Konfliktlösung anbieten.

Im Rahmen dieser Arbeit ist die Untersuchung der Bekanntschaft, d. h. des Bekanntheitsgrades der Betroffenen untereinander, von großer Bedeutung. Den Ergebnissen der TOA-Statistik zufolge zeigt sich, dass der TOA für jeden Grad der Bekanntschaft geeignet ist. Eine Vermittlung bei überaus nahen sozialen Beziehungen, z. B. bei häuslicher Gewalt, beschäftigt sich mit vielfältigen und komplexen Problemen, die nicht in der allgemeinen TOA-Statistik erfasst werden können. Im Zusammenhang damit ist die genauere Untersuchung eines speziellen Projektes vonnöten. In dieser Arbeit wird daher das „Hannoversche Interventions-Projekt gegen Männergewalt in der Familie (HAIP)“ als Vorbild einer Maßnahme gegen häusliche Gewalt untersucht.

Das HAIP hat sich zum Ziel gesetzt, die hohe innerfamiliäre Gewaltquote zu reduzieren und den von Gewalt betroffenen Frauen Hilfe und Schutz zu gewähren. Weiterhin sollen Gewalttäter in (ehemaligen) Partnerschaften mehr als bisher die Konsequenzen ihrer Tat tragen; es sollen Verantwortungsübernahme sowie Verhaltensänderungen erreicht werden. Zahlreiche Institutionen – von der Polizei über die Staatsanwaltschaft, die kommunalen Sozialdienste und diverse Beratungsstellen – beteiligen sich an diesem Projekt. Die Waage Hannover e.V. nimmt seit 1997 am HAIP teil. Seitdem hat der TOA in der Waage eine Schlüsselstellung eingenommen. Entsprechend der von der Waage durchgeführten HAIP-Statistik ist der Einsatz des TOAs in Paarbeziehungen bisher positiv zu bewerten. Das ist vor allem auf die erfolgreiche Vernetzung zwischen den verschiedenen Institutionen, wie TOA-Einrichtungen, Polizei, Staatsanwaltschaft, Beratungsstellen, Frauenhäuser, Männerbüros usw. zurückzuführen.

Zur weiteren Entwicklung des TOAs gilt es meiner Meinung nach einige Probleme bzw. Aufgaben zu bewältigen. An erster Stelle sei hier das mangelnde Interesse der Opfer am HAIP-Verfahren genannt. Bei den HAIP-Fällen zeigt sich die gleiche Tendenz wie schon beim im ersten Kapitel III erwähnten allgemeinen TOA, nämlich das ständig sinkende Interesse der Opfer an einem Vermittlungsgespräch.

Um mehr TOA-Fälle erfolgreich abschließen zu können – sowohl im Interesse der Täter als auch zur Zufriedenheit der Opfer – ist es erforderlich, mehr Opfer für einen Vermittlungsversuch zu gewinnen. Diesbezüglich ist eine weitere Untersuchung der Bedürfnisse beider Seiten beim TOA vonnöten.

Das zweite Problem ist die geschlechtliche Ungleichheit bei der Fallzuweisung der HAIP-Fälle. Der überwiegende Teil der HAIP-Fälle wird durch die Amts- bzw. Staatsanwaltschaft zugewiesen. Jedoch ist die Mehrheit der Staats-/ Amtsanwälte, die sich mit dem HAIP beschäftigen, weiblichen Geschlechts: Fünf Amtsanwältinnen und eine Staatsanwältin stehen einem einzigen Amtsanwalt gegenüber. Obwohl die überwiegende Mehrzahl der Opfer häuslicher Gewalt bisher weiblichen Geschlechts ist, sollte „Gewalt gegen Männer“ gleichermaßen berücksichtigt werden. Sowohl Frauen als auch Männer sollten die Möglichkeit haben, ihre Anzeige in einem angenehmen Umfeld erstatten zu können.

Neben den Angeboten für Frauen besteht nur ein Männerbüro, das männlichen Tätern Erst- und Folgeberatungen, Krisenintervention und soziale Trainingsgruppen bietet. Daneben hat das Männerbüro die Option, Opfer initiativ zu beraten, was scheinbar nur in Ausnahmefällen genutzt wird.

Im Zusammenhang mit der geschlechtlichen Ungleichheit erscheinen auch muttersprachliche Beratungsstellen für ausländische Betroffene – auch hier nicht nur für Frauen – erforderlich. Inzwischen steht im Rahmen des HAIPs die Beratungsstelle SUANA zur Verfügung, die für die von Gewalt betroffenen Migrantinnen offen steht.

Die Zunahme der HAIP-Fälle hat gezeigt, wie vielfältig sich häusliche Gewalt äußern kann. Es ist anzunehmen, dass auch weiterhin ein großes Dunkelfeld besteht, da noch immer nicht sämtliche Formen häuslicher Gewalt identifiziert worden sind. So ist es notwendig, sich in der nahen Zukunft für neue Konzepte zu öffnen und sich von stereotypen Gedanken, wie „Männer sind Täter“ zu verabschieden.

Schließlich ist es erforderlich, den ständig bestehenden finanziellen sowie personellen Mangel zu beseitigen. Da finanzielle Schwierigkeiten immer noch das Kernproblem bei der Durchführung des HAIPs darstellen, sind weiterhin staatliche Stützen vonnöten.

Trotz dieser Schwierigkeiten ist dem HAIP eine stetig wachsende Bedeutung bei der konstruktiven Fallbearbeitung bei Gewalt in Paarbeziehungen zugekommen. Man ist ständig bemüht, von der dem TOA inhärenten großen Flexibilität Gebrauch zu machen und sie evtl. auszuweiten. So wird in letzter Zeit beispielsweise die geplante Einführung des TOAs bei Stalking-Fällen heftig diskutiert. Eine weitere Beobachtung der Entwicklung des HAIPs stellt meines Erachtens nach ein lohnendes Forschungsprojekt dar, da es geeignet ist, sowohl Potenzial als auch Grenzen des TOAs im praktischen Bereich zu ermitteln.

In der Konzeption des HAIPs ist der TOA nur als eine von verschiedenen Möglichkeiten zur Konfliktaufarbeitung angelegt. Der TOA stellt dabei eine Alternative dar, die häufig mit anderen Angeboten wie Beratung, psychosozialer Versorgung oder Informationsbereitstellung kombiniert wird. Der Standpunkt, den TOA nicht als ausschließliche Lösungsmöglichkeit anzusehen, ist meiner Meinung nach auch beim Ergreifen gesetzlicher Maßnahmen gegen häusliche Gewalt nötig. In dieser Arbeit wurden drei verschiedene Modelle untersucht: Das klassische Strafverfahren als Strafverfahrensmodell, Maßnahmen nach dem Gewaltschutzgesetz als Zivilklagemodell, sowie der TOA als Konfliktregelungsmodell. Wie im zweiten Kapitel III 1-3 ausführlich erörtert, hat jedes Modell seine Vor- und Nachteile. Die größte Herausforderung bei der Aufarbeitung von Fällen häuslicher Gewalt besteht darin, die von einer Vielzahl von komplexen Konflikten geprägten Fälle beziehungsgeschichtlich aufzulösen. Dazu kann gerade das Konfliktregelungsmodell in Form des TOAs durch seinen interdisziplinären Ansatz beitragen. Zwangsläufig bei der Durchführung des TOAs auftretende Probleme können meistens methodisch gelöst werden. Wenn aber eine Vermittlung durch TOA nach eingehender Einzelfallbetrachtung keinen Erfolg verspricht, sollten andere effektive Modelle eingesetzt werden. Selbst die Entscheidung, ob der TOA in einem bestimmten Fall überhaupt zum Einsatz kommt, spiegelt seine Flexibilität wider. Der TOA sollte daher bei der Eindämmung häuslicher Gewalt nicht als Patentlösung angesehen werden. Nach eingehender Einzelfallbetrachtung sollten die drei Modelle sinnvoll miteinander verknüpft angewandt werden. So kann sich das Potenzial des TOAs noch besser entfalten. Vernetzung bzw. Zusammenarbeit sind sowohl in der Theorie als auch in der Praxis des TOAs unerlässlich, um den Rechtsfrieden im innerfamiliären Bereich wiederherstellen zu können.

Literaturverzeichnis

Bannenberg, Britta: Wiedergutmachung in der Strafrechtspraxis. Eine empirisch-kriminologische Untersuchung von Täter-Opfer-Ausgleichsprojekten in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1993

Bannenberg, Britta / Rössner, Dieter u. a.: Mediation bei Gewaltstraftaten in Paarbeziehungen, Baden-Baden 1999

Bannenberg, Britta / Rössner, Dieter: Die Wirklichkeit des Täter-Opfer-Ausgleichs (TOA) in Deutschland – Eine Zwischenbilanz, in : Kühne, Hans Heiner u.a. (Hrsg.), FS für Klaus Rolinski, Baden-Baden 2002, S. 287 - 307

Bannenberg, Britta: Konfliktregelung bei Gewaltstraftaten in Paarbeziehungen: Eignung und Grenzen der Mediation in einem problematischen Konfliktfeld – Bericht über ein Modellprojekt in Hamburg, in: Forum Mediation – Zeitschrift des SVM/ASM, 2002(2), S. 42 - 53

Barton, Stephan: Verfolgen – Vermitteln – Verklagen?, in: Barton, Stephan (Hrsg.), Beziehungsgewalt und Verfahren. Strafprozess, Mediation, Gewaltschutzgesetz und Schuldfähigkeitsbeurteilung im interdisziplinären Diskurs, Baden-Baden 2004, S. 11 - 27

Baumann, Jürgen u. a.: Alternativ-Entwurf Wiedergutmachung (AE-WGM), Entwurf eines Arbeitskreises deutscher, österreichischer und schweizerischer Strafrechtslehrer, München 1992

Beulke, Werner: Gewalt im sozialen Nahraum, München 1995

Blesinger, Karl: Zur Anwendung des Täter-Opfer-Ausgleichs nach § 46 a StGB im Steuerstrafrecht, in: wistra 1996, S. 90 - 91

BMJ: Mehr Schützt bei häuslicher Gewalt. Informationen zum Gewaltschutzgesetz, Berlin 2003

Brauns, Uwe: Zur Anwendbarkeit des § 46 a StGB im Steuerstrafrecht, in: wistra 1996, S. 214 - 219

Busse, Jochen: Rückfalluntersuchung zum Täter-Opfer-Ausgleich. Eine statistische Untersuchung im Amtsgerichtsbezirk Lüneburg, Marburg 2001

Dölling, Dieter: Der Täter-Opfer-Ausgleich, Möglichkeiten und Grenzen einer neuen kriminalrechtlichen Reaktionsform, JZ 1992, S. 493 - 499

Dölling, Dieter u. a.: Täter-Opfer-Ausgleich in Deutschland. Bestandsaufnahme und Perspektiven, Bonn 1998

Eisenberg, Ulrich: Das betroffene Kind im Verfahren nach dem Gewaltschutzgesetz – Entwurf (GewSchuG-E), ZfJ 2001, S. 176 -178

Gläser, Bernd: Mediation bei Gewalt in Partnerbeziehungen, in: TOA-infodienst Nr. 14, Köln 2001, S. 6 - 13

Gläser, Ulla: Mediation und Beziehungsgewalt. Möglichkeiten, Bedingungen und Grenzen des Einsatzes von Familienmediation bei Gewalt in Paarbeziehungen, Baden-Baden, 2008

Gloor, Daniela / Meiner, Hanna: Staatliche Intervention bei Gewalt im sozialen Nahraum. Eine empirische Untersuchung zum Handeln der Polizei, in: Eisner, Manuel / Manzoni, Patrik (Hrsg.), Gewalt in der Schweiz. Studien zu Entwicklung, Wahrnehmung und staatlicher Reaktion, Zürich 1998, S. 163 - 184

Hartmann, Arthur: Schlichten oder Richten. Der Täter-Opfer-Ausgleich und das (Jugend-) Strafrecht, München 1995

Hartmann, Arthur: Mediation und Verfahrensgarantien, in: Barton (Hrsg.), Baden-Baden 2004, S. 77 - 90

Hirsch, Hans Joachim: Wiedergutmachung des Schadens im Rahmen des materiellen Strafrechts, in: ZStW(102), 1990, S. 534 - 562

Lee, Jin-Kuk: Symbolische Wiedergutmachung im strafrechtlichen Sanktionssystem, Marburg 2000

Kasperek, Sebastian: Zur Auslegung und Anwendung des § 46 a StGB (Täter-Opfer-Ausgleich, Schadenswiedergutmachung), Marburg 2002

Kehlmeier, Claudia / Wiesmann, Heike: Täter-Opfer-Ausgleich bei häuslicher Gewalt, in: TOA-infodienst Nr. 34, Köln 2008, S. 6 - 13

Keiser, Günther: Kriminologie. Ein Lehrbuch, 3. Aufl., Heidelberg 1996

Kerner, Hans-Jürgen: Mediation beim Täter-Opfer-Ausgleich, in: Haft, Fritjof / Katharina von Schlieffen, Handbuch Mediation, München 2002, S. 1252 - 1274

Kerner, Hans-Jürgen / Hartmann, Arthur / Lenz, Sönke: Täter-Opfer-Ausgleich in der Entwicklung – Auswertung der bundesweiten Täter-Opfer-Ausgleichs-Statistik für den Zehnjahreszeitraum 1993 bis 2002 –, Berlin 2005

Keßler, Isabel: Straffälligkeit im Alter: Erscheinungsformen und Ausmaße, Münster 2005

Kilchling, Michael: Aktuelle Perspektiven für Täter-Opfer-Ausgleich und Wiedergutmachung im Erwachsenenstrafrecht. Eine kritische Würdigung der bisherigen höchstrichterlichen Rechtsprechung zu § 46 a StGB aus viktimologischer Sicht, in: NStZ 1996 (16), S. 309 - 317

Klenzner, Jutta: Prävention und Intervention bei häuslicher Gewalt – Möglichkeiten und Grenzen des TOA bei Partnerschaftskonflikten, in: TOA-Infodienst Nr. 14, Köln 2001, S. 21 - 26

König, Peter / Seitz, Helmut: Die Straf – und strafverfahrensrechtlichen Regelungen des Verbrechensbekämpfungsgesetzes, in: NStZ 1995 (1), S. 1 - 6

Krahé, Barbara: Aggression und Gewalt von Männern und Frauen in Partnerschaften, in: Barton, Stephan (Hrsg.), Beziehungsgewalt und Verfahren. Strafprozess, Mediation, Gewaltschutzgesetz und Schuldfähigkeitsbeurteilung im interdisziplinären Diskurs, Baden-Baden 2004, S. 31 - 47

Kreuzer, Arthur / Hürlimann, Michael (Hrsg.): Alte Menschen als Täter und Opfer, Freiburg im Breisgau 1992

Lackner, Karl / Kühl, Kristian: StGB. Strafgesetzbuch mit Erläuterungen. 22. Aufl. München 2007

Landeshauptstadt Hannover (Hrsg.), Hannoversches Interventionsprogramm. Gegen Männergewalt in der Familie, Hannover 2006

Loos, Fritz: Zur Kritik des „Alternativentwurfs Wiedergutmachung“, in: ZRP 1993 (2), S. 51 - 56

Meier, Bernd-Dieter: Täter-Opfer-Ausgleich und Wiedergutmachung im allgemeinen Strafrecht, in: JuS 1996, S. 436 - 442

Meier, Bernd-Dieter: Konstruktive Tatverarbeitung im Strafrecht – Bestandsaufnahme und Reformperspektiven –, in: GA, Hannover 1999, S. 1 - 20

Meier, Bernd-Dieter: Strafprozessuale Probleme der konstruktiven Tatverarbeitung, in: Barton, Stephan (Hrsg.), Beziehungsgewalt und Verfahren. Strafprozess, Mediation, Gewaltschutzgesetz und Schuldfähigkeitsbeurteilung im interdisziplinären Diskurs, Baden-Baden 2004, S. 91 - 109

Meier, Bernd-Dieter: Strafrechtliche Sanktionen, 2. Aufl., Berlin 2006

Müller, Frank: StPO – Grundzüge des Strafverfahrensrechts; Überblick über das OWiG –, Münster 2004

Netzig, Lutz: Gewalt ist nie privat! Möglichkeiten und Grenzen des TOA, in: TOA-Infodienst Nr. 30, Köln 2006, S. 6 - 10

Neumann, Erhard: Bewährte und neue Methoden in der Mediation bei Gewaltstraftaten in Paarbeziehungen im Rahmen des Täter-Opfer-Ausgleichs, Dachau 2001

Oberlies, Dagmar: Der Täter-Opfer-Ausgleich. Theorie und Praxis einer Glaubensrichtung, in: STREIT 2000 (3), S. 99 - 115

Pielsticker, Susanne: § 46 a StGB – Revisionsfalle oder sinnvolle Bereicherung des Sanktionenrechts?, Berlin 2004

Pelikan, Christa: Mediation bei Gewaltstraftaten in Paarbeziehungen, Hamburg 1999

Pollähne, Helmut: Probleme des Gewaltschutzgesetzes aus strafrechtlicher Sicht, in: Barton, Stephan (Hrsg.), Beziehungsgewalt und Verfahren. Strafprozess, Mediation, Gewaltschutzgesetz und Schuldfähigkeitsbeurteilung im interdisziplinären Diskurs, Baden-Baden 2004, S. 133 – 176

Rabe, Heike: Der Täter-Opfer-Ausgleich bei häuslicher Gewalt, STREIT 2002 (3), S. 111 - 117

Ripke, Lis: Was Familienmediation leisten kann – Eine Kasuistik –, ZKM 2003 (2), S. 77 - 80

Rössner, Dieter / Wurf, Rüdiger: Opferbezogene Strafrechtspflege. Leitgedanken und Handlungsvorschläge für Praxis und Gesetzgebung, Bonn 1987

Rössner, Dieter: Autonomie und Zwang im System der Strafrechtsfolgen, in: Arzt, Gunter u. a. (Hrsg.), Festschrift für Jürgen Baumann, Bielefeld 1992, S. 269 - 279

Rössner, Dieter: Wiedergutmachung im Strafrecht – Straftheoretische Grundlagen des AE-WGM, in: Marks, Erich / Klaus, Meyer u. a. (Hrsg.), Wiedergutmachung und Strafrechtspraxis. Erfahrungen, neue Ansätze, Gesetzesvorschläge, Bonn 1993, S. 341 - 358

Rössner, Dieter / Klaus, Thomas: Rechtsgrundlagen und Rechtspraxis, in : Dölling, Dieter u. a. (Hrsg.), Täter-Opfer-Ausgleich in Deutschland. Bestandsaufnahme und Perspektiven, Bonn 1998, S. 49 - 119

Rössner, Dieter / Bannenberg, Britta: Das System der Wiedergutmachung im StGB unter besonderer Berücksichtigung von Auslegung und Anwendung des §46 a StGB Gedächtnisschrift für Dieter Meurer, Berlin 2002, S.157 – 177

Rössner, Dieter / Kempfer, Jacqueline: Die Regelung des § 46 a StGB – ein Leitfaden für die Praxis, in: TOA-infodienst Nr. 27, Köln 2005, S. 5 - 14

Schaumann, Karsten: Alter, Krankheit und Behinderung im deutschen Strafrecht, insbesondere im Strafzumessungsrecht, Marburg 2000

Schönke, Adolf / Schröder, Horst u. a.: Strafgesetzbuch. Kommentar, 27. Aufl. , München 2006

Schulz, Werner: Mediation aus richterlicher Sicht, in: FamRZ 2000 (14), S. 860 - 863

Steffens, Rainer: Wiedergutmachung und Täter-Opfer-Ausgleich im Jugend- und Erwachsenenstrafrecht in den neuen Bundesländern, Godesberg 1999

Strempel, Dieter: Mediation in Rechtspflege und Gesellschaft – eine Einführung, in: Strempel, Dieter (Hrsg.), Mediation für die Praxis, Recht, Verfahren, Trends., Berlin 1998, S. 7 - 18

Trenczek, Thomas: Mediation im Strafrecht – Kritische Bestandsaufnahme und mögliche Perspektiven –, in : ZKM 2003 (3), S. 104 - 108

Tröndle, Herbert / Fischer, Thomas u. a. : Strafgesetzbuch und Nebengesetze, 53 Aufl., München 2006

Volk, Klaus: Grundkurs StPO, München 2006

Waage Hannover e.V.: Tätigkeitsbericht 2006 (<http://www.waage-hannover.de/html/praxis.html>), abgerufen am 20.10.2008, 14:00

Walter, Michael: Der Täter-Opfer-Ausgleich aus der Sicht von Rechtsanwälten – erste Ergebnisse einer Befragung-, in: Dölling, Dieter u. a. (Hrsg.), Täter-Opfer-Ausgleich in Deutschland. Bestandsaufnahme und Perspektiven, Bonn 1998, S. 463 - 480

Walter, Michael: Täter-Opfer-Ausgleich aus der Sicht von Rechtsanwälten. Einschätzungen, Ansichten und persönliche Erfahrungen, Bonn 1999

Walter, Michael: Mediation im strafrechtlichen Bereich: der Täter-Opfer-Ausgleich, in: Henssler, Martin / Koch, Ludwig (Hrsg.), Mediation in der Anwaltspraxis, Bonn 2004, S. 605 - 648

Wasche, Steffen: Zwangsschlichtung oder Schlichtungsanreiz?, in: ZRP 2004 (2), S. 49 - 52

Weller, Cornelia: Mediation im Arbeitsfeld Gerichtshilfe: eine Möglichkeit der Bearbeitung von Gewaltdelikten in Paarbeziehungen, Frankfurt 2001